



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Richtung stimmt?“

Eine Analyse der SPÖ und ihrer WählerInnen von 2016 bis
heute.

verfasst von/ submitted by

Julia Willhalm, BA

angestrebter akademischer Grad/ in partial fulfilment of the requirements for the degree
of

Master of Arts (MA)

Wien, 2020/ Vienna 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt/

degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt/

degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuer/ Supervisor:

Univ. Prof. i. R. Dr. Karl Ucakar

Eidesstattliche Erklärung:

Ich versichere hiermit, die vorliegende Arbeit eigenständig verfasst zu haben.

Die aus fremden Quellen stammenden direkten oder indirekten Zitate wurden als solche kenntlich gemacht.

Diese Arbeit wurde weder in gleicher noch in ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Wien, am:

Unterschrift:

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	V
1 Einleitung	1
1.1 Überblick über das Thema:.....	1
1.2 Vorstellung der Forschungsfragen und der Hypothesen:	2
1.3 Gliederung der Arbeit:.....	3
2 Kontext:	5
2.1 Die SPÖ von 1990 bis 2016	5
2.1.1 Entstehung der Partei – ein kurzer Überblick:.....	5
2.1.2 Die SPÖ ab 1990 – Vranitzkys Popularität:	5
2.1.3 Die SPÖ ab 1994:	7
2.1.4 1995-1997: Anhaltende große Koalition und Wechsel der Parteiführung:	8
2.1.5 1997-1999: Neues Parteiprogramm und EU-Präsidentschaft:.....	10
2.1.6 Das Wahljahr 1999:	11
2.1.7 1999-2006 Die SPÖ in der Opposition:.....	13
2.1.8 2006-2008 - erneute Große Koalition:.....	16
2.1.9 2008-2013: Werner Faymann, Neuwahlen und Große Koalition:	18
2.1.10 Die Wahl 2013: mangelnde politische Optionen:.....	19
3 Aktueller Forschungsstand:.....	21
4 Forschungsansatz:	23
4.1 Methode	23
4.2 Theoretischer Hintergrund:.....	23
4.2.1 Die Cleavage Theorie nach Lipset/ Rokkan und Hooghe/Marks	23
4.2.2 Nils Heisterhagen – ‚Linker Realismus‘	26
5 Hauptteil:.....	29
5.1 Die SPÖ ab 2016:	29
5.1.1 Die Bundespräsidentschaftswahl 2016:.....	29
5.1.2 Werner Faymanns Rücktritt:	30
5.1.3 Christian Kern:	31
5.1.4 Nationalratswahl 2017:.....	32
5.1.5 Die SPÖ in der Opposition:	35
5.1.6 Pamela Rendi-Wagner:.....	36
5.1.7 Nationalratswahl 2019:.....	37
5.1.8 Erneute Opposition und Mitgliederbefragung:	40
5.2 Die SPÖ in der Krise?	40
5.3 Die WählerInnen der SPÖ:	42

5.3.1	Sozialdemografische Faktoren	43
5.3.1.1	Geschlecht:	43
5.3.1.2	Alter:	45
5.3.2	Cleavages nach Lipset und Rokkan:	47
5.3.2.1	Klasse (Kapital/Arbeit):	47
5.3.2.2	Stadt/Land:	53
5.3.2.3	Kirche/Staat:	55
5.3.3	Politische Faktoren:	56
5.3.3.1	Zufriedenheit mit der vorherigen Regierung:	57
5.3.3.2	Gewerkschaften:	60
5.3.3.3	SpitzenkandidatInnen:	62
5.3.4	Wahlmotive:	67
5.3.5	Koalitionsmöglichkeiten:	71
5.3.6	WählerInnenströme: Wer kommt, wer geht von der/zur SPÖ?	74
5.3.7	Wahlkampfthemen:	77
5.3.7.1	SPÖ und Zuwanderung:	77
5.3.7.2	Positionen innerhalb der SPÖ:	77
5.3.7.3	Einstellung der WählerInnen:	79
5.3.7.4	Wahlkampfthema Zuwanderung:	81
5.3.7.5	Die SPÖ und das Thema Klima/Umwelt:	85
5.4.	Ausblick/Entwicklung der Sozialdemokratie:	87
6	Zusammenfassung/Fazit:	92
6.1	Ergebnisse, Verifizierung/ Falsifizierung der Thesen:	92
6.2	Fazit/ offene Fragen:	95
Literaturverzeichnis		XCVII
Anhänge		CVI
Abbildungsverzeichnis:		CVI
Abstract:		CVII

Abkürzungsverzeichnis

BZÖ = Bündnis Zukunft Österreich

EU = Europäische Union

SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands

FPÖ = Freiheitliche Partei Österreichs

NATO = North Atlantic Treaty Organization („Nordatlantikpakt-Organisation“)

SPÖ = Sozialdemokratische Partei Österreichs

ÖGB = Österreichischer Gewerkschaftsbund

ÖVP = Österreichische Volkspartei

1 Einleitung

1.1 Überblick über das Thema:

Die SPÖ befindet sich im Abwärtstrend und das seit beinahe dreißig Jahren, das ist unbestritten. Deutlich erkennbar ist dieser Abstieg in den Wahlergebnissen seit 1990. Die SPÖ hat bei Wahlen in dieser Zeit über 20 Prozent verloren. Konnten 1990 noch 42 Prozent der österreichischen WählerInnenstimmen gewonnen werden, so waren es bei der letzten Nationalratswahl 2019 nur mehr 21 Prozent.

Ich möchte mich in meiner Arbeit mit den Gründen der abnehmenden Popularität der WählerInnen beschäftigen. Hier spielen sowohl interne Faktoren, die von der SPÖ als Partei ausgehen, als auch externe Einflüsse und dem Umgang damit seitens der SPÖ eine Rolle. Gemeinsam ist diesen Faktoren, dass sie zu sinkenden Wahlergebnissen der SPÖ bei Nationalratswahlen führen.

Die komplette Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie darzustellen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Ich habe mich deshalb entschlossen, lediglich die Entwicklung der SPÖ von 1990 bis 2016 einleitend in einem kurzen Überblick wiederzugeben. Die inneren Unstimmigkeiten, der Wandel und der Abstieg der SPÖ bauten sich über viele Jahre auf, es gibt keinen eindeutigen Startpunkt. Ich grenze meinen Überblick daher auf die letzten 30 Jahre ein. Anfang der 1990er Jahre war die sozialdemokratische Ära unter Bruno Kreisky bereits sieben Jahre vorbei und die Wahlergebnisse begannen zu sinken. Die SPÖ hat in diesen letzten dreißig Jahren nicht bei jeder Wahl Prozentpunkte eingebüßt, aber betrachtet man die Zeitspanne genauer, hat sie in dieser Zeit viel Zustimmung in der Bevölkerung verloren.

Das Jahr 2016 habe ich ausgewählt, da die Ära Faymann hier ihr Ende nahm, es kam mit Christian Kern zu einem weiteren Umbruch und auch unter Pamela Rendi-Wagner haben sich die Wahlergebnisse für die SPÖ nicht verbessert. Deshalb erachte ich diesen Untersuchungszeitraum 2016 bis 2020 als relevant für meine Analyse. Außerdem war die SPÖ den Großteil meines ausgewählten Untersuchungszeitraumes (ab 2017) nicht mehr Teil der Regierung, sondern agierte aus der Oppositionsrolle. Mein Betrachtungsschwerpunkt liegt also, wie erwähnt, auf der SPÖ-Bundespartei von 2016 bis heute, 2020.

In meinen Analyse-Zeitraum fallen demnach eine Bundespräsidentswahl (2016) und zwei Nationalratswahlen (2017 und 2019). Da dem sozialdemokratischen Bundes-

präsidentschaftskandidaten Rudolf Hundsdorfer der Einzug in die Stichwahl nicht gelang, somit bei dieser Wahl in der entscheidenden Phase eine Stimmenabgabe für die SPÖ nicht mehr möglich war und eine Persönlichkeitswahl wie die des Bundespräsidenten zusätzliche Aspekte aufwirft, lege ich meinen Fokus auf die letzten beiden Nationalratswahlen, 2017 und 2019.

Ich werde mich in meiner Arbeit sowohl auf die SPÖ als Partei, ihre Themen und ihre SpitzenkandidatInnen, als auch auf ihre WählerInnen, deren Herkunft und Wahlgründe konzentrieren. In dieser Hinsicht werde ich die SPÖ als Partei deskriptiv, mit Hilfe von Literatur analysieren und, die WählerInnen und ihre Einstellungen mit quantitativen und qualitativen Daten der WählerInnenstromanalyse beleuchten. Ziel dieser Analyse ist ein Außenblick auf die SPÖ seit 2016, ihrer WählerInnenschaft und deren Motivation für die SPÖ zu stimmen. Gleichzeitig werde ich mich mit der SPÖ als Partei, der Parteispitze und den unterschiedlichen Meinungen und Einstellungen innerhalb der Partei beschäftigen. Mein Schwerpunkt liegt dabei auf den WählerInnen und deren Bereitschaft die SPÖ (nicht) zu wählen. Diese Darstellung soll als Grundlage für meine Analyse der Wahlverluste der österreichischen Sozialdemokratie dienen.

Die theoretische Basis bildet die Cleavage-Theorie von Seymour Lipset und Stein Rokkan, kombiniert mit der gedanklichen Erweiterung zum transnationalen Cleavage von Liesbet Hooghe und Gary Marks. Zusätzlich werde ich mit den Ideen und Gedanken zum Linken Realismus und der Sozialdemokratie von Nils Heisterhagen arbeiten.

1.2 Vorstellung der Forschungsfragen und der Hypothesen:

Ich werde in meiner Arbeit untersuchen, warum die ehemals erfolgreiche SPÖ in den letzten Jahren bei der Bevölkerung allgemein geringeren Zuspruch findet und die Zustimmung besonders bei Wahlen geringer wurde. Ich werde mich also im Zuge dieser Arbeit mit folgender Forschungsfrage beschäftigen:

Welche gesellschaftlichen und politischen Faktoren führ(t)en zu den Wahlverlusten der SPÖ in den letzten Jahren? Eine Analyse der Partei und ihrer WählerInnen von 2016 bis heute.

Um diese Frage zu beantworten stelle ich sechs Hypothesen auf, auf deren Inhalt ich aus der Literatur, allgemeinen Annahmen und Überlegungen schließe.

- 1) Die SPÖ befindet sich seit 2016 in einer Krise.
- 2) Die SPÖ hat die Verbindung zu ihrer Basis bzw. KernwählerInnengruppe verloren.
- 3) Die SPÖ ist beim Thema Zuwanderung intern gespalten und vertritt keine eindeutige Position. Das führt zu einer Abwendung der WählerInnen.
- 4) Die SPÖ-Bundespartei ist thematisch immer mehr neoliberal und postmodern positioniert, was zu einer Abwendung der Kernwählerschaft führt.
- 5) Das Auftreten und die Einstellungen der SpitzenkandidatInnen führen zu einer abnehmenden Wahlbereitschaft der StammwählerInnen.
- 6) Die SPÖ verliert Stimmen an die FPÖ, da sie kein eigenes Konzept für Migration und Asyl hat und so den Freiheitlichen nicht entgegenhalten kann.

In dieser Arbeit möchte ich mit Hilfe einer Analyse der Konfliktlinien die SPÖ und ihre WählerInnenschaft genauer betrachten. Im Zuge der Auswertung von WählerInnenstromanalysen werde ich mich mit meinen Hypothesen beschäftigen und diese Annahmen verifizieren oder falsifizieren. Hinzukommen eine begleitende Literaturrecherche und Analyse.

1.3 Gliederung der Arbeit:

Nachdem die Forschungsfrage und die Hypothesen bereits aufgeschlüsselt und erläutert wurden, werde ich in diesem Abschnitt den Kontext weiter ausführen und einen kurzen Überblick über die SPÖ ab 2016 geben, verbunden mit einem Rückblick über die Geschichte der Partei seit 1990. Anschließend werde ich einen kurzen Querschnitt des aktuellen Forschungsstandes geben und sowohl die allgemeine als auch die hier verwendete Literatur genauer darlegen. Im nächsten Abschnitt folgt eine genauere Erläuterung des Forschungsansatzes. Um meine Analyse nachvollziehbarer zu machen, werde ich meine Arbeitsmethode und den theoretischen Hintergrund darlegen und genauer erklären. Hier ist mir vor allem wichtig, die Inhalte und Definitionen der Theorien aufzuzeigen und jene Aspekte herauszunehmen, die für meine Arbeit von Bedeutung sind. Danach folgt der Hauptteil und somit meine wesentliche Analyse und Abhandlung der Forschungsfrage und der Hypothesen. Zu Beginn möchte ich den Weg der SPÖ von 2016 bis heute aufzeigen und mich anschließend den sozialdemografischen Faktoren der SPÖ-WählerInnen widmen. Es folgt eine Analyse nach den Cleavages von Lipset und Rokkan, in der die Konfliktlinien und die sozialdemokratische Positionierung im

Fokus stehen werden. Neben den wichtigsten Konfliktlinien halte ich auch politische Faktoren für wesentlich, genauso wie die Rolle der SPÖ in den letzten Wahlkämpfen. In diesem Teil liegt der Schwerpunkt auf den Handlungsmöglichkeiten und dem politischen Spielraum der SPÖ und deren Einfluss und Rezeption bei den WählerInnen. Um die SPÖ ab 2016 analysieren zu können, ist ein Blick auf den Umgang der Partei mit den Wahlkampfthemen Klimaschutz und Zuwanderung sehr wichtig. Migration war in der Analysezeit ein bedeutendes, wenn nicht das bedeutendste Thema in der Gesellschaft und so auch in der Politik. Das Thema spielt deshalb natürlich eine wesentliche Rolle in meiner Abhandlung. In diesem Abschnitt werde ich mich vor allem meinen letzten beiden Hypothesen widmen und mit der Weiterführung der Cleavage-Theorie von Liesbeth Hooghe und Gary Marks arbeiten. Für hilfreich halte ich im Kontext dieser Arbeit auch einen kurzen Blick auf die Außenwirkung der Einstellungen innerhalb der SPÖ und ihrer FunktionärInnen. Hier beziehe ich mich auf Informationen aus der Literatur. Anschließend widme ich mich der Zukunft bzw. einem Ausblick für die Sozialdemokratie. Gibt es denn eine Zukunft für die SPÖ oder wird sie ihren politischen Einfluss irgendwann verlieren? Zum Schluss möchte ich die wesentlichen Punkte meiner Untersuchung noch einmal zusammenfassen, Ergebnisse diskutieren und offene Fragen klären.

2 Kontext:

2.1 Die SPÖ von 1990 bis 2016

2.1.1 Entstehung der Partei – ein kurzer Überblick:

Entstanden aus der ArbeiterInnenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts, gründete sich die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ im damals ungarischen Neudörfel, das heute zum Burgenland gehört. Die folgenden Jahre waren von Uneinigkeit der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei geprägt. Im Zuge des Parteitages in Hainfeld im Jahr 1888/89 gelang es Victor Adler die verschiedenen Gruppierungen unterschiedlicher Ausrichtung zu vereinen. „Die erklärte Absicht des Parteitages war es, das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten [...]“. [Ucakar 2006:313] Kurz nach der Gründung der Partei erfolgte eine Annäherung an den Parlamentarismus, der die Sozialdemokratie sehr stark prägte.

Seit ihrer Gründung wuchs die SPÖ im Laufe der Jahrzehnte bzw. eines Jahrhunderts an Mitgliedern und UnterstützerInnen und gestaltete die österreichische Politik stark mit.

2.1.2 Die SPÖ ab 1990 – Vranitzkys Popularität:

1990 stellte die SPÖ mit Franz Vranitzky den Bundeskanzler, da die Sozialdemokratische Partei bei der Wahl 1986 als stimmenstärkste Partei hervorging. „Nach dem Sturz der FPÖ-Parteiführung und einer von der SPÖ herbeigeführten vorzeitigen Nationalratswahl im Jahre 1986, bildete die SPÖ eine Koalitionsregierung mit der ÖVP.“ [Ucakar 2006:35] Da sich mit den Grünen keine Regierungsmehrheit ausging, war die ÖVP für die SPÖ die einzige Koalitions-Möglichkeit und so setzte sich die neue Regierung aus den beiden Großparteien zusammen. Und so „[...] war die FPÖ dagegen wieder von der Regierung ausgeschlossen. Die SPÖ hatte eine Koalition mit der FPÖ von sich aus vor jeder Wahl ausgeschlossen. Die ÖVP-Position war weniger klar [...]“. [Müller 2006:290] Die ÖVP spielte mit dem Gedanken einer Koalition mit der FPÖ, auch der Parteiobmann Alois Mock zeigte Sympathie für eine schwarz-blaue Zusammenarbeit. Im Spitzengremium der ÖVP fand diese Idee jedoch keinen Anklang und keine Mehrheit und wurde so wieder fallengelassen.

Nach langer Zeit regierte also wieder eine Koalition aus SPÖ und ÖVP, die sich schlussendlich bis 1999 hielt. Und so war das Szenario bei der Nationalratswahl 1990

ähnlich: Die SPÖ hatte ein Prozent an Zustimmung verloren und gewann die Wahl mit 42 Prozent der Stimmen, es folgte erneut eine Koalition mit der ÖVP.

Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der SPÖ war die große Popularität des Spitzenkandidaten. „Mit Franz Vranitzky blieb die SPÖ bei insgesamt vier Nationalratswahlen auf Platz 1, ihr Spitzenkandidat ‚verbrauchte‘ dabei drei jeweils resignierende Hauptkonkurrenten.“ [Pelinka P. 2005:78] Franz Vranitzky war auf Grund seiner Popularität für die SPÖ ein wesentlicher Faktor, beinahe schon fast ein Garant für ein gutes Wahlergebnis. Er war also auch der Grund für die guten Ergebnisse der Nationalratswahlen 1990, 1994 und 1995. Die SPÖ machte sich das Ansehen und die Popularität ihres Spitzenkandidaten im Wahlkampf zu Nutze. Mittels einer Vorzugsstimmenkampagne lenkte die SPÖ den absoluten Fokus auf Vranitzky. „So stellte man wieder einmal Vranitzky als Leit-Identifikations- und ‚Macherfigur‘ in den Mittelpunkt der Kampagne und versuchte, durch seine Präsenz von den Schwächen in den Issues abzulenken.“ [Keusch 2008:54] Es wurde eine stark personalisierte Kampagne geführt, Vranitzky und die Sozialdemokratie sollten Sicherheit und Stabilität verkörpern. „Der Wahlkampf der Sozialdemokraten war ganz auf die Person des Spitzenkandidaten zugeschnitten und präsentierte Vranitzky als den Garanten für eine stabile Zukunft des Landes, als Staatsmann, der allen ideologischen Streits enthoben sei.“ [Pittler 2018:85]

Geprägt war Vranitzkys Regierungszeit auch vom Kampf gegen die FPÖ unter Jörg Haider. Der neue Schwung und die Popularität Haider bereiteten der SPÖ Schwierigkeiten einen ideologischen und politischen Gegenpol zu bilden und gleichzeitig ihre KernwählerInnenschaft nicht an die FPÖ zu verlieren. „Die Freiheitlichen sprachen vor allem – eher jüngere – Modernisierungsverlierer an, die sich durch den Bedeutungsverlust des Parteienstaates von SPÖ und ÖVP nicht mehr ausreichend geschützt sahen.“ [Pelinka A. 2005:81f] Die SPÖ und Vranitzky versuchten vorrangig, sich über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs, von der FPÖ abzugrenzen. „Mit seinen Reden 1991 vor dem Nationalrat und 1993 in Israel, in denen er die Mitverantwortung Österreichs für die nationalsozialistischen Verbrechen klar benannte, setzte er wichtige und letztlich unverzichtbare Schritte.“ [Sandner 2012:67] Das Thema Asyl und Zuwanderung fand mit Jörg Haider Einzug in die Tagespolitik und blieb bis heute erhalten.

Ein weiterer, wichtiger Schritt der Ära Vranitzky war die Namensänderung der Partei, die bis zu diesem Zeitpunkt „Sozialistische Partei Österreichs“ hieß. „Im Jahr 1991 er-

folgte ihre Umbenennung in „Sozialdemokratische Partei Österreichs“, womit sie wieder zu ihrem traditionellen Namen zurückkehrte [...].“ [Sandner 2012:67]

1992 wählte Österreich einen neuen Bundespräsidenten und da der amtierende Kandidat Kurt Waldheim seine Kandidatur für eine weitere Amtsperiode ausschloss, rechnete sich die SPÖ gute Chancen aus, den nächsten Bundespräsidenten stellen zu können. Der ÖVP-Kandidat Thomas Klestil machte jedoch schlussendlich das Rennen gegen den sozialdemokratischen Rudolf Streicher. Diese sozialdemokratische Niederlage führte zu starker Rivalität zwischen dem neu gewählten Bundespräsidenten Thomas Klestil und dem Bundeskanzler Franz Vranitzky.

2.1.3 Die SPÖ ab 1994:

Einen bedeutenden Schritt setzte die SPÖ mit der ÖVP im Jahr 1994: Gemeinsam wurde Österreichs Beitritt zur Europäischen Union beschlossen. „Alle Beteiligten konnten das Ergebnis der EU-Volksabstimmung am 12.Juni 1994 als Riesenerfolg feiern: Zwei Drittel der Österreicher stimmten für den Beitritt, für Vranitzky der Höhepunkt seiner Karriere, [...].“ [Pelinka P. 2005:82] Doch die sozialdemokratische Einstellung zur Europäischen Union war nicht immer von Befürwortung und Zustimmung geprägt, Vorbehalte kennzeichneten die Partei. Der SPÖ-Obmann schlug jedoch eine eindeutige Linie ein: „Die SPÖ war lange Zeit einem Beitritt zur EU (früher. EG) skeptisch gegenübergestanden, erst Vranitzky brachte sie auf einen klaren Pro-Kurs.“ [Pelinka P. 2005:82]

Das Ergebnis bedeutete gleichzeitig auch eine Niederlage für die FPÖ und Jörg Haider, der die „Nein-Bewegung“ gegen den EU-Beitritt anführte. Jedoch kam der Widerstand gegen Vranitzky nicht nur von der Opposition. „Er hatte dabei parteiinterne Widerstände zu überwinden, was ihm freilich deshalb auch leichter fiel, weil die ÖVP, besonders der Außenminister Alois Mock, die Fortsetzung der Koalition vom Gelingen dieses Anpassungsprozesses abhängig machte.“ [Leser 2008:187] Der Beitritt erfolgte mit dem Jahresbeginn 1995.

Österreichs Beitritt zur Europäischen Union zeigte erneut die gespannte Situation zwischen Bundeskanzler Vranitzky und dem Bundespräsidenten Klestil, da mit dem Vertragsabschluss nicht festgelegt war, wer Österreich zukünftig in der Europäischen Union vertreten würde. Sowohl Kanzler Vranitzky als auch Bundespräsident Klestil drängten in die erste Reihe „Die erste EU-Geige spielte weiter Kanzler Vranitzky, die zweite Au-

ßenminister Mock, Klestil hatte in einem anderen Orchester aufzutreten.“ [Pelinka P. 2005:81]

Den Erfolgswind der EU-Beitritts-Abstimmung wollte die SPÖ in die Nationalratswahl 1994 mitnehmen, musste jedoch große Verluste einstecken und rutschte von 42 auf 34 Prozent. Die beiden Regierungsparteien mussten noch weitere Einbußen hinnehmen. „In diesem Jahr hatten SPÖ und ÖVP erstmals ihre gemeinsame ‚Verfassungsmehrheit‘ verloren, die drei stärksten Parteien zusammen waren niemals schwächer (Grüne und Liberale hielten zusammen 24 Sitze).“ [Müller:2006:282]

Das sozialdemokratische Wahlprogramm bei dieser Wahl stach im Vergleich zu den Jahren davor und danach hervor. Postmaterialistische und neoliberale Ideen und Positionen häuften sich in der SPÖ immer öfter. Die SPÖ näherte sich so thematisch ein wenig den Grünen an, das erkennt auch Marcelo Jenny in seinem Text über Parteiprogramme: „Auch bei den relativen Distanzen zwischen den Parteien herrscht trotz unterschiedlicher Skalen Übereinstimmung bezüglich einer geringeren Distanz zwischen Grünen und SPÖ als zwischen SPÖ und ÖVP.“ [Jenny 2006:304] Die Koalitionsmöglichkeiten der SPÖ beschränkten sich auch bei dieser Wahl auf ÖVP und FPÖ. Es kam erneut zur Bildung einer großen Koalition mit der ÖVP, die jedoch nur ein Jahr hielt. „Kurz nach der Wahl gab es heftige Auseinandersetzungen, um das von der Regierung ausgearbeitete Sparpaket.“ [Engl 2015:68] Auslöser der Unstimmigkeiten war die unterschiedliche Wertigkeit der Regierungsthemen. Jede Partei wollte die eigenen Kernthemen besonders hervorheben und in den Vordergrund stellen. „Am Auseinandergehen der Koalition aus SPÖ und ÖVP nur ein Jahr nach der Nationalratswahl 1994 hatten die Differenzen zwischen den beiden Parteien über die sozial- und wirtschaftspolitische Ausrichtung der Regierungspolitik maßgeblichen Anteil.“ [Jenny 2006:308] Der SPÖ-Fokus lag auf sozialpolitischen Themen, die ÖVP konzentrierte sich auf die Wirtschaftspolitik.

2.1.4 1995-1997: Anhaltende große Koalition und Wechsel der Parteiführung:

1995 kündigte die ÖVP unter Wolfgang Schüssel die Zusammenarbeit auf. Die SPÖ setzte in ihrer Wahlkampagne und ihrem Wahlprogramm erneut sehr stark auf ihren Spitzenkandidaten. Der vorgezogene Urnengang brachte der SPÖ Gewinne ein, für die ÖVP brachte er nicht den gewünschten Erfolg: Sie legte nur marginal zu, die SPÖ konnte drei Prozent dazugewinnen, alle anderen Parteien mussten Verluste einstecken.

Mit 38,1% der WählerInnenstimmen und fast 10 Prozent Vorsprung auf die ÖVP ging die SPÖ als eindeutige Siegerin aus der Wahl heraus, der Fokus auf Franz Vranitzky zeigte seine Wirkung: „Gegen den internationalen Neo-Konservatismus und nationalen Rechtspopulismus scheinbar chancenlos, gewann sie gerade in dieser Situation im Wahlkampf an sozialem Profil (auch mittels einer umstrittenen ‚Garantie‘ Vranitzkys für bestehende Pensionen) und damit die Wahl.“ [Pelinka P. 2005:83]

Die Erfolgswelle der SPÖ ebte bei den ersten EU-Parlamentswahlen mit österreichischer Beteiligung 1996, ab und die SPÖ landete auf Platz zwei, hinter der ÖVP. Das Ergebnis brachte eine Diskussion um Franz Vranitzky als SPÖ-Vorsitzender mit sich, Kritik kam auch aus den eigenen Reihen. „[...] der mächtige Wiener SPÖ-Chef Michael Häupl etwa vermisste an ihm die ‚Herzlichkeit‘“. [Pelinka P. 2005:83]. Im Jänner 1997 entschied sich Franz Vranitzky, von seiner Position als SPÖ-Parteiboss und Bundeskanzler zurückzutreten und an seinen Wunsch-Nachfolger, Finanzminister Viktor Klima, zu übergeben. „Zu Beginn des Jahres 1997 gab Vranitzky den Regierungsvorsitz an Klima ab, der 1997 auch den SPÖ-Parteivorsitz übernahm. Die umgestaltete Regierung unter dessen Führung startete aufgrund der hohen Popularitätswerte des neuen Bundeskanzlers mit einem Vertrauensvorschuss.“ [Jakes 2013:26]

Franz Vranitzky agierte elf Jahre (von 1986-1997) als österreichischer Bundeskanzler. Unter seiner Führung fiel die SPÖ von 43 auf 38 Prozent der WählerInnenstimmen. Große Koalitionen waren, nach seinem thematischen und ideologischen Ausschluss der FPÖ, nach allen von ihm bestrittenen Nationalratswahlen die einzige Möglichkeit. Die Zusammenarbeit mit der ÖVP bestimmte seine Zeit als Bundeskanzler. Seine Amtszeit wurde zusätzlich von zwei Punkten geprägt: der EU-Beitritts-Volksabstimmung und sein kritischer Umgang mit dem Nationalsozialismus. Er kam außerdem aus der sozialdemokratischen Basis und konnte das SPÖ-Klientel sehr gut einschätzen. „Der einstige Banker war nicht nur ein begeisterter Konfliktevermeider, er war auch – trotz seines ‚Nadelstreif-Images‘ – von wirklich proletarischer Herkunft.“ [Pelinka P. 2005:79] Die SPÖ verlor unter seiner Führung nur wenige Prozentpunkte und konnte sich, vor allem im Zuge des EU-Beitritts als wichtige Partei mit klaren Einstellungen für die EU und gegen die Migrationspolitik der FPÖ positionieren. Vranitzky war sehr beliebt, seine Persönlichkeit nahm einen großen Teil der Wahlwerbung ein.

2.1.5 1997-1999: Neues Parteiprogramm und EU-Präsidentschaft:

Der ehemalige Finanzminister Viktor Klima startete seine Arbeit als Bundeskanzler mit großen Sympathiepunkten seitens der Bevölkerung, Kritik kam jedoch aus den eigenen, sozialdemokratischen Reihen. Die Erwartungen an den neuen Bundeskanzler waren hoch, denn es herrschte keine parteiinterne Einigkeit. Bei vielen Themen positionierten sich die SPÖ-Mitglieder in einem sehr breit gefächerten Meinungsspektrum. Der Kanzler sollte vereinen und nach außen präsentieren, vor allem bei Zweiterem konnte er Sympathiepunkte sammeln. „Klima brachte eine zentrale Eigenschaft mit, um die bis zum Hass aufgeheizte Anti-Politik-Stimmung kalmieren zu können: Er war unverbraucht, seine stattliche Figur wirkte speziell am TV-Schirm gut. Doch der Spagat zwischen alter Partei und neuen Herausforderungen blieb.“ [Pelinka P. 2005:84] Doch so rasant und dynamisch Klima die Arbeit als Bundeskanzler anging, so schnell wurde er auch wieder gedämpft und Kritik wurde laut: „Während anfänglich Optimismus dominiert, fällt im Laufe der Klima-Zeit als Bundeskanzler zunehmend dessen bereits zu Beginn kritisierte Inhaltslosigkeit und mangelnde Intellektualität auf.“ [Heimlich 2012:82]

Uneinigkeit über die partei- und koalitionspolitische Zukunft beherrschte die SPÖ. Hier standen sich der linksliberale Innenminister und ab 1996 Verkehrsminister Caspar Einem, und sein Nachfolger im Innenministerium Karl Schlögel gegenüber. [vgl. Heimlich 2012:88f.] Letzterer scheute nicht vor der Zusammenarbeit bzw. einer Koalition mit der FPÖ zurück. Für das linksliberalere Lager um Caspar Einem war eine Kooperation mit der FPÖ jedoch keine Option. Jene, die eine Koalition mit der FPÖ ausschlossen, standen den FPÖ-Koalitionsbefürwortern gegenüber. Eine gemeinsame Linie konnte nicht gefunden werden, zu einer Koalition mit der FPÖ kam es jedoch auch nicht. Die SPÖ war sehr bemüht, diese interne Uneinigkeit nicht nach außen zu tragen. Folgendes wurde nach außen kommuniziert: „Die SPÖ hatte eine Koalition mit der FPÖ von sich aus vor jeder Wahl ausgeschlossen.“ [Müller 2006:290]

An ihrem außerordentlichen Parteitag 1998 beschloss die SPÖ ein neues Parteiprogramm und überarbeitete damit den bestehenden Entwurf aus dem Jahr 1995: „Die Grundwerte der Sozialdemokratie bleiben Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten...‘streben eine Gesellschaft an, in der Klassengegensätze überwunden sind, in der Probleme friedlich gelöst werden und in der sich menschliche Persönlichkeit frei von Angst und Not entfalten und ihre Fähigkei-

ten entwickeln kann.‘ Damit war auch der Begriff der gesellschaftlichen Klassen auch in diesem Programm verankert.“ [Ucakar 2006:325]

Die interne Uneinigkeit führte zu einer scheinbaren Passivität der österreichischen Sozialdemokratie. 1998 gewann Thomas Klestil seine zweite Wahl zum Bundespräsidenten mit 63,4 Prozent der WählerInnenstimmen. Erstmals in der Geschichte der SPÖ stellte die Sozialdemokratie keinen Gegenkandidaten. „Die Passivität der Klima-SPÖ ging sogar so weit, dass sie 1998 erstmals auf eine eigene Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen verzichtete.“ [Pittler 2018:98]

In der zweiten Hälfte des Jahres 1998 wurde Österreich erstmals die EU-Präsidentschaft übertragen. Da innerhalb der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP häufig Uneinigkeit herrschte, wollten sowohl Viktor Klima als auch Wolfgang Schüssel diese Zeit nutzen, um sich zu profilieren. „Beide Regierungsparteien schienen von der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft zu profitieren [...]“. [Pelinka P. 2005:86]

2.1.6 Das Wahljahr 1999:

Im Wahljahr 1999 betraf der koalitionsinterne Konflikt vor allem die Sicherheitspolitik. Eine neutralitätsbewahrende SPÖ stand der NATO-befürwortenden ÖVP gegenüber. Für die Umsetzung gemeinsamer, großer Reformen fehlte der koalitionäre Konsens. Die beiden Großparteien rangen miteinander und das führte zu einer politischen Blockade beider Parteien. Ein besonderer Rückschlag für Österreich und damit auch für die regierende SPÖ war der Tod des Nigerianers Marcus Omofuma, der an einer Erkrankung der Atemwege litt und dem im Zuge seiner Abschiebung im Flugzeug der Mund verklebt worden war. „SPÖ-Innenminister Karl Schlögel musste den Vorfall politisch verantworten. Menschenrechtsorganisationen und Grüne kritisierten ihn dafür als Repräsentanten einer unmenschlichen Asylpolitik, während FPÖ-Chef Haider meinte, man müsse das Risiko eines solchen Todesfalles gegen das Leben der österreichischen Drogentoten abwägen.“ [Sandner 2013:69]

Trotzdem ging die SPÖ bei den EU-Wahlen im Juni 1999 mit 31 Prozent der WählerInnenstimmen als knappe Siegerin hervor. Die ÖVP belegte mit 30 Prozent der Stimmen Platz zwei.

Im Herbst 1999 wurde erneut gewählt, diesmal der österreichische Nationalrat. Das wichtigste Wahlkampf-Thema, die Neutralität, war bereits bei der EU-Wahl abgehandelt und ausdiskutiert worden und so setzte die SPÖ bei den Nationalratswahlen 1999

sehr stark auf einen Personenwahlkampf nach internationalem Vorbild. „Nach der Abwahl der Konservativen in Deutschland und Großbritannien sowie der Übernahme der Regierungsverantwortung in diesen Ländern durch Gerhard Schröder beziehungsweise Tony Blair versuchte man sich bei der Inszenierung von Viktor Klima auch sehr stark an diesen Persönlichkeiten anzulehnen.“ [Sidl 2013:46] Der Fokus auf den Spitzenkandidaten Viktor Klima rückte sozialdemokratische Kernthemen jedoch in den Hintergrund und ließ den Wahlkampf etwas oberflächlich wirken. „Wie die Erfahrungen der SPÖ im Wahlkampf 1999 zeigen, genügen Schauspieltalent und moderne Frisuren allein jedoch bei weitem nicht, der Kandidat muss zudem überzeugend Positionen und Themen vertreten.“ [Kraft 2005:162] Die europäischen Vorbilder verhalfen Klima nicht zum großen Wahlsieg. 33 Prozent der WählerInnen stimmten für die SPÖ, die zwar stimmenstärkste Partei blieb, jedoch das schlechteste Ergebnis der eigenen Parteigeschichte einfuhr. Die ÖVP landete hinter der FPÖ auf dem dritten Platz. Das Ergebnis drückte nicht nur auf die Stimmung der beiden Großparteien, es zeigte auch, dass die Rezension ihrer Zusammenarbeit nur von mäßiger Zustimmung in der Bevölkerung geprägt war. „Viele Österreicher waren trotz der objektiv guten ökonomischen Lage des Landes der seit 1986 neuerlich regierenden großen Koalition überdrüssig, speziell auch der seit 1970 dominierenden SPÖ.“ [Pelinka P. 2005:87] Die große Gewinnerin war die FPÖ, die mit 26,9 Prozent der Stimmen erstmals vor der ÖVP landete und ihr bisher stärkstes Ergebnis erzielen konnte.

Gemäß der österreichischen Tradition beauftragt der Bundespräsident den Spitzenkandidaten der stimmenstärksten Partei Koalitionsgespräche zu führen und anschließend eine Regierung zu bilden. Trotz der ungewöhnlichen parteipolitischen Konstellation nach der Wahl beauftragte Thomas Klestil, Viktor Klima mit sogenannten „Sondierungsgesprächen“. Die SPÖ fand sich jedoch in einer verzwickten Situation: Eine Koalition mit der FPÖ wurde kategorisch ausgeschlossen und die ÖVP zeigte sich aufgrund ihres dritten Platzes wenig gesprächsbereit. Das Ergebnis aller anderen Parteien reichte nicht für eine parlamentarisch mehrheitsbildende Koalition. Mit viel Überzeugungskraft und großen politischen Zugeständnissen konnte die ÖVP aus ihrer bereits vorzeitig eingenommenen Oppositionsrolle herausgeholt werden, um anschließend gemeinsame Koalitionsverhandlungen zu führen. „Es brauchte Wochen, um die ÖVP überhaupt aus ihrer selbstgewählten Isolation hervorzuholen, doch auch danach wurden die Verhandlungen nicht leichter, da die Konservativen eine schier unerfüllbare Bedingung nach der anderen stellten, was recht bald den Schluss nahelegte, dass die ÖVP es auf ein Schei-

tern der Gespräche anlegte.“ [Pittler 2018:100] Die SPÖ ließ sich zu großen Zugeständnissen gegenüber der ÖVP hinreißen, woraufhin Vorwürfe, alles für den Erhalt des Kanzleramtes zu tun, nicht lange auf sich warten ließen. Die ÖVP war trotzdem zu keiner Zusammenarbeit bereit, die Verhandlungen zwischen den beiden Großparteien scheiterten. „Obwohl Wolfgang Schüssel vor den Wahlen unmissverständlich angekündigt hatte, dass die ÖVP in Opposition gehen würde, sofern sie auf den dritten Platz abrutschen würde, stellte sie nach den Wahlen 1999 als drittstärkste Partei den Bundeskanzler [...].“ [Sandner 2013:70] SPÖ, ÖVP und FPÖ hatten nach der Wahl die Möglichkeit mit einer der andern zwei Parteien eine Koalition zu bilden. Das Ergebnis der Grünen verhalf keiner der drei Parteien zu einer parlamentarischen Mehrheit, somit ergab sich kein Koalitionspotential. Zusätzlich führte die SPÖ sowohl mit der ÖVP als auch mit der FPÖ Gespräche zu parlamentarischen Koalitionen, also gegenseitigen Abkommen der Toleranz im Parlament. „Die Grünen haben eine Einladung der SPÖ erhalten, sich mit ‚nahe stehenden Experten‘ an einer SPÖ-geführten Minderheitsregierung, die Vertrauenspersonen aller Parlamentsparteien enthalten sollte, zu beteiligen und haben sich dazu bereit erklärt.“ [Müller 2006:290]

Die Verhandlungen blieben jedoch erfolglos. ÖVP und FPÖ erreichten gemeinsam eine parlamentarische Mehrheit und bildeten eine schwarz-blaue Regierung unter Wolfgang Schüssel. Die SPÖ blieb gespalten als Verliererin zurück und warf der ÖVP vor, bereits während der gemeinsamen Sondierungsgespräche, Verhandlungen mit der FPÖ geführt zu haben.

2.1.7 1999-2006 Die SPÖ in der Opposition:

Die SPÖ fand sich nach der Nationalratswahl 1999 in einer lange nicht mehr da gewesenen Rolle: „Nach 30 Jahren ununterbrochener Regierungsverantwortung fand sich die SPÖ in der Oppositionsrolle wieder.“ [Heimlich 2012:94] In der SPÖ gab es auch auch BefürworterInnen der neuen Rolle als Oppositionspartei, denn die Zugeständnisse gegenüber der ÖVP waren für einige bereits zu groß gewesen.

Kurz nach der Wahlniederlage folgte der nächste Rückschlag für die SPÖ: Bundeskanzler Viktor Klima legte am Parteitag sein Amt nieder und brachte die SPÖ damit in die Bredouille, so schnell wie möglich eine/n neue/n NachfolgerIn zu finden. „Die Personalreserven der SPÖ waren in dieser Situation extrem dünn, sie insgesamt auf die ungewohnte Oppositionsrolle zu wenig vorbereitet, [...].“ [Pelinka P. 2005:89]

In die Zeit unter Klimas Vorsitz fielen eine EU-Wahl und eine Nationalratswahl. Bei der EU-Wahl gewann die SPÖ mit ihrem Spitzenkandidaten Hans Peter Martin, im Vergleich zu 1996, leicht dazu und wurde stimmenstärkste Partei. Bei der Nationalratswahl büßte die SPÖ unter Viktor Klima 4,92 Prozent der Stimmen ein, die SPÖ musste die Kanzler-Position nach dreißig Jahren an die ÖVP und Wolfgang Schüssel abgeben. Seine Kanzler-Zeit war geprägt von einer schwächer werdenden SPÖ und einer ÖVP, die eine erneute große Koalition ausschloss und sich zu keiner Zusammenarbeit mit der SPÖ hinreißen ließ. In einem Beitrag zu Viktor Klimas 70. Geburtstag nannte der Standard ihn „den glücklosen Kanzler“ [vgl.

<https://www.derstandard.at/story/2000058651579/viktor-klima-glueckloser-kanzler-wird-70>] Er galt lange Zeit als hoffnungsvoller SPÖ-Kandidat, konnte die Erwartungen jedoch nicht erfüllen und erzielte bei der Nationalratswahl 1999 das bis dahin schlechteste Ergebnis der SPÖ. Auch sein Abgang nach der Wahl brachte ihm bei einigen ParteikollegInnen keine Sympathiepunkte ein. „Zudem waren dem damaligen Parteivorsitzenden viele gram, weil er mit der Angelobung von Schwarz-Blau die Sintflut hinter sich ließ und die Partei relativ ungeordnet Nachfolger Alfred Gusenbauer übergab.“ [Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000058651579/viktor-klima-glueckloser-kanzler-wird-70>]

Im Februar 2000 wurde Klimas Nachfolger im Amt des SPÖ-Vorsitzenden präsentiert: Alfred Gusenbauer, der den Wechsel zu einer jüngeren Generation in der SPÖ einläutete. Alfred Gusenbauer übernahm das Amt des Parteivorsitzenden von Viktor Klima, der die Rolle des Parteichefs nur zwei Jahre bekleidet hatte. Sieht man diese Zeit im Vergleich mit seinen Vorgängern an der SPÖ-Spitze, kann man Klimas Vorsitz als kurze Periode bezeichnen. „Die Tatsache, dass seit dem Einigungsparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Hainfeld 1988/89 mit Alfred Gusenbauer erst der neunte Vorsitzende an der Spitze der SPÖ steht, zeigt ein hohes Maß an Kontinuität.“ [Ucar 2006:319]

Gusenbauer übernahm die Partei in einer Umgewöhnungsphase: Nach dreißig Jahren als Regierungspartei fand die SPÖ nicht leicht in ihre neue Rolle. Gusenbauer sollte frischen Wind in die Partei bringen, die SPÖ wollte sich in der Opposition noch mehr von den restlichen Parteien abgrenzen. „Die Rolle der SPÖ in der Opposition gestaltete sich für eine Partei, die so lange Regierungsverantwortung und seit 1970 durchgehend den Bundeskanzler gestellt hatte, durchaus schwierig.“ [Sidl 2013:52] Von nun an war die SPÖ von allen Regierungsentscheidungen ausgeschlossen, die Partei unter Alfred Gu-

senbauer übte vorrangig Kritik an der Sozialpolitik und dem Abbau der Sozialleistungen der neuen schwarz-blauen Regierung.

2002 spaltete sich die FPÖ auf dem Parteitag in Knittelfeld, die ÖVP nutzte diese Chance und setzte auf Neuwahlen. Das traf vor allem die Opposition unvorbereitet und so stolperte die SPÖ in einen Wahlkampf, dessen Schwerpunkt statt auf thematischen Inhalten, erneut auf der medialen Repräsentation und zukünftigen Koalitionskonstellationen lag. „Der Wahlkampf zur österreichischen Nationalratswahl 2002 war weniger von Inhalten und Themen geprägt als von der Medieninszenierung eines Kopf-an-Kopf-Rennens, der Diskussion um mögliche Koalitionen und Fragen rund um den Wahlkampf selbst.“ [Kraft 2005:161] Das Interesse der SPÖ galt zu Beginn einer zukünftigen rot-grünen Koalition, doch im Laufe des Wahlkampfes wurde die SPÖ von der Realität und dem Erfolg der ÖVP eingeholt. Es wurde klar, dass die SPÖ sich auch gegenüber der ÖVP für eine gemeinsame Koalition offen zeigen musste. Die Wunsch-Zusammenarbeit mit den Grünen bot den politischen GegnerInnen viel Angriffsfläche und spiegelte auch die Stimmung eines großen Teils der Bevölkerung, die mit der bisherigen Regierungsarbeit zufrieden waren, nicht wieder. „The SPÖ under its new party leader, Alfred Gusenbauer, campaigned for a red-green majority as this was seen to be the only way of ousting the government. However, when the polls indicated that this might not work out, the SPÖ increasingly signalled that it would be available for a renewed grand coalition with the ÖVP, although only under SPÖ leadership.“ [Müller 2004:349] Das Ergebnis der Wahl bestätigte die Vormachtstellung der ÖVP und Wolfgang Schüssels, der mit 42 Prozent der Stimmen die Wahl für sich gewinnen konnte. „Bei der vorgezogenen Nationalratswahl 2002 verbesserte die SPÖ zwar ihren Stimmenanteil auf 36,51%, fiel aber erstmals seit 1970 auf die Position der zweitstärksten Partei zurück. Die ‚schwarz-blaue‘ Mehrheit wurde nicht gebrochen und die SPÖ blieb in der Opposition.“ [Ucakar 2006:315]

Die ÖVP nahm bei den Verhandlungen die Rolle des „entscheidenden Spielers“ [vgl. Müller 2006:290] ein. Alle anderen Parteien hätten der ÖVP als Koalitionspartner zu einer Mehrheit im Parlament verholfen, die Koalitionsmöglichkeiten der SPÖ waren jedoch auf die ÖVP beschränkt. Die SPÖ behielt ihre Stellung in der Opposition, konnte sich die zeitweilige Krisenstimmung zwischen den Regierungsparteien zu Nutze machen und gewann nach 2002 alle nachfolgenden Wahlen bis auf die Landtagswahl in Kärnten.

2004 schickte die SPÖ Heinz Fischer als sozialdemokratischen Kandidaten in den Präsidentschaftswahlkampf. Er war in der Bevölkerung durch seine Tätigkeiten als Wissenschaftsminister und Nationalratspräsident in den Jahren 1990 bis 2002, bekannt. „Im Laufe der Kampagne wurde Fischer als staatstragender Politiker dargestellt, der sich um die bestmögliche Vertretung des Landes nach außen bemüht. Mit dem Slogan ‚Politik braucht ein Gewissen‘ wurde Fischers Dialog- und Konsensfähigkeit unterstrichen, aber auch darauf hingewiesen, dass sich Fischer nicht als erster Mann im Staat, sondern als ‚primus inter pares‘ verstand.“ [Kraft 2005:172] Heinz Fischer gewann die Wahl gegen Benita Ferrero-Waldner von der ÖVP und das Präsidentenamt wurde erneut von einem Sozialdemokraten besetzt.

2.1.8 2006-2008 - erneute Große Koalition:

2006 startete die SPÖ wieder mit Alfred Gusenbauer als Spitzenkandidaten in den Nationalrats-Wahlkampf. Doch der Spitzenkandidat sorgte für Diskussionen: „Alfred Gusenbauer war in der Partei nie unumstritten und auch in der Bevölkerung polarisierte er stark.“ [Keusch 2008:70] Auch die sozialdemokratischen StammwählerInnen hatte er nach dem Ergebnis der Wahl 2002 und den gescheiterten Koalitionsverhandlungen vor den Kopf gestoßen. Gusenbauer wollte all jene WählerInnen, die sich von der FPÖ abwandten und der ÖVP zuwandten, für die SPÖ gewinnen. Es gab auch Annäherungsversuche an die FPÖ, hier zeigte sich die innerparteiliche Spaltung der SPÖ und ließ die Uneinigkeit über eine thematische und koalitionäre Annäherung an die FPÖ erkennen.

Im Wahlkampf 2006 setzte die SPÖ auf das Thema Sozialpolitik und kritisierte die schwarz-blaue Regierungsarbeit stark. „The SPÖ ran an essentially negative campaign. Sidelining the BAWAG scandal, it focussed on the ‚social coldness‘ of the government and criticised every cutback in social benefits that the government had introduced.“ [Müller 2008:176] Der SPÖ gelang es, die Themenführerschaft des Wahlkampfes an sich zu reißen und durch ‚Dirty Campaigning‘ die ÖVP zu schwächen. Die SozialdemokratInnen konnten die Wahl mit 35,3 Prozent der Stimmen gewinnen, lagen damit jedoch nur ein Prozent vor der ÖVP. Die Grünen, als potentielle KoalitionspartnerInnen, schnitten bei der Wahl nicht stark genug für eine mehrheitsfähige Zusammenarbeit ab. Als Konsequenz musste die SPÖ eine Koalition mit der ÖVP bilden, Alfred Gusenbauer wurde Bundeskanzler. Erstmals seit fast 20 Jahren stellte die SPÖ wieder sowohl den Bundespräsidenten als auch den Bundeskanzler.

Für den Schritt in eine große Koalition erntete Gusenbauer parteiintern viel Kritik, da er dem Koalitionspartner große Zugeständnisse machte. „Insgesamt erhielt die ÖVP praktisch alle relevanten Ressorts wie Inneres, Äußeres, Finanzen, Wirtschaft, Wissenschaft, Landwirtschaft und Gesundheit, während sich die SPÖ mit weniger prestigeträchtigen Ämtern bescheiden musste, was Gusenbauer ebenfalls viel Kritik einbrachte.“ [Pittler 2018:113]

Auch die koalitionsinterne Zusammenarbeit verlief nicht nach sozialdemokratischen Vorstellungen, da die ÖVP als Koalitionspartner viele Gesetzesänderungen und Vorschläge, die Teil der SPÖ-Wahlversprechen gewesen waren, blockierte. Es ging es doch der SPÖ vorrangig darum, die Politik der schwarz-blauen Regierung wieder rückgängig zu machen. „Gusenbauer hatte einige Reformideen, von denen einige leider erst nach seiner Amtszeit umgesetzt wurden, oder nach wie vor diskutiert werden. So trat er für die Abschaffung der Studiengebühren ein, welche aber erst nach seinem Abtreten im September 2008 beschlossen und im März 2009 verwirklicht wurde.“ [Engl 2015:94] Als eines seiner wichtigsten Ziele galt die Steuer- und Gesundheitsreform, deren Umsetzung er an das Bestehen der gemeinsamen Koalition mit der ÖVP knüpfte. Sollte die ÖVP nicht zustimmen, drohte Gusenbauer mit dem Ende der Zusammenarbeit. Jedoch weder die Steuer- noch die Gesundheitsreform konnte während seiner Kanzlerperiode umgesetzt werden. „Die innerkoalitionären Spannungen wurden im Lauf der Zeit immer gravierender, und auch innerhalb der SPÖ wurde die Kritik an Gusenbauers Führungsstil immer stärker.“ [Sidl 2013:58] Der Unmut richtete sich jedoch nicht nur gegen Alfred Gusenbauer als Person, sondern gleichzeitig stieg auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungsarbeit insgesamt. „Generell war die Unzufriedenheit der Bevölkerung Ende 2007, Anfang 2008 groß. Lt. einer market-Umfrage war nur ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden und drei Viertel der SPÖ-SympathisantInnen waren mit ihrer eigenen Partei unzufrieden.“ [Engl 2015:95] Gusenbauers Konsequenz daraus war sein Rücktritt 2008.

Alfred Gusenbauer holte die SPÖ aus der Opposition, erkämpfte bei der Wahl 2006 für die Partei den ersten Platz und brachte sie zurück auf den Bundeskanzlersessel. Unter seiner Leitung verlor die SPÖ leicht und rutschte von 36 auf 35,3 Prozent der Stimmen. Er polarisierte sowohl in der eigenen Partei als auch in der Öffentlichkeit. Die Bevölkerung kritisierte im Laufe der Jahre seinen Kleidungsstil und sein Auftreten, das zeitweise als ein wenig abgehoben gesehen wurde. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Viktor Klima, brillierte Alfred Gusenbauer auf dem medialen Parkett nicht besonders. „Ein

weiterer Grund für die Unbeliebtheit von Alfred Gusenbauer war der Ruf, in jedes ‚Fettnäpfchen‘ zu treten.“ [Keusch 2008:70]

2.1.9 2008-2013: Werner Faymann, Neuwahlen und Große Koalition:

Im Juli 2008 kündigte die ÖVP nach einigen koalitionsinternen Uneinigkeiten und Differenzen unter dem Slogan „Es reicht!“ die gemeinsame Koalition, für Herbst 2008 wurden Neuwahlen anberaumt. Alfred Gusenbauers Nachfolger wurde der Minister für Verkehr, Innovation und Technologie, Werner Faymann. „Der Bruch der Koalition hatte auch für Faymann einen eindeutigen Hintergrund. ÖVP-Bundesparteivorsitzender und Vizekanzler Molterer habe ‚nur einen für ihn optimalen Zeitpunkt abgewartet, sich aus der ungeliebten Koalition zu befreien.‘“ [Sidl 2013:59] Kurz vor der Wahl präsentierte Werner Faymann sein Fünf-Punkte-Programm, in dem es vorrangig um sozialpolitische Maßnahmen ging über die in einer Sondersitzung des Nationalrates abgestimmt werden sollte. Als einzige Maßnahme fand die Halbierung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel nicht ausreichend Zustimmung. „Weiters versuchte man für die Einführung der 13. Familienbeihilfe – auch für Familien mit Kindern unter sechs Jahren – eine Mehrheit zu bekommen. Darüber hinaus sollte das Pflegegeld erhöht werden und die umgangssprachlich als „Hacklerregelung“ bezeichnete Pensionsregelung solle verlängert werden. Der fünfte SPÖ-Antrag hatte die Abschaffung der Studiengebühren zum Ziel.“ [Sidl 2013:60] In einer sehr langen und intensiven Nationalratssitzung erhielten die restlichen Anträge die notwendige Mehrheit.

Bei der Wahl erreichte die SPÖ 29,3 Prozent und wurde damit stimmenstärkste Partei. Die ÖVP konnte ihre guten Ergebnisse aus den vorherigen Wahlen nicht halten und rutschte auf 25,9 Prozent ab. Beide Regierungsparteien mussten somit Verluste einstecken, die SPÖ blieb zum ersten Mal in ihrer Geschichte unter 30 Prozent. „Die Rechtsparteien profitierten von den Proteststimmen gegen die Regierung. Vor allem die SPÖ musste hier große Verluste einstecken, 181.000 Stimmen ehem. SPÖ-WählerInnen wanderten zur FPÖ und 78.000 zum BZÖ.“ [Engl 2015:103]

Werner Faymann hatte bereits vor der Wahl eine Koalition mit der FPÖ ausgeschlossen und zur Erleichterung der SPÖ reichte es nach der Wahl für keine schwarz-blaue Mehrheit. „Die SPÖ konnte andererseits auch nicht mit den Grünen in Verhandlungen treten, da sich eine Koalition klarer denn je, nicht ausging. Trotz des erneuten Wahlsieges der SPÖ, blieb der Partei nichts anderes übrig, als erneut mit der ÖVP in Verhandlungen zu treten und in die Koalition zu gehen.“ [Heimlich 2012:118] Die gemeinsame Koalition

mit der ÖVP war also neuerlich keine Wunschkonstellation sondern die einzige Möglichkeit. Die erzwungene Zusammenarbeit war geprägt von Konflikten, schwierigen Arbeitsumständen und der Angst durch die schleppende Zusammenarbeit WählerInnen an andere Parteien zu verlieren. „Die neue Große Koalition verlor bei der Wahl ihre Zweidrittelmehrheit im Parlament und aus der ehemals wirklich Großen Koalition wurde eine Regierungskoalition zweier Mittelparteien, die sich vor dem Hintergrund der drohenden Wirtschaftskrise zu behaupten hat und nur mit guter Arbeit das wiedererstarkte Dritte Lager daran hindern kann, weiteren Zulauf von ProtestwählerInnen zu erhalten.“ [Jakes 2013:35] Dass diese Befürchtungen begründet waren, zeigte sich bei der EU-Wahl 2009: die SPÖ erreichte lediglich 23,7 Prozent der Stimmen, büßte also im Vergleich zur vorhergehenden EU-Wahl 10 Prozent ein.

Das Jahr 2009 war jedoch für die SPÖ nicht nur von Niederlagen geprägt, bei der Bundespräsidentenwahl konnte die Partei einen Erfolg für sich verbuchen: „[...]die Wiederwahl des amtierenden Präsidenten Dr. Heinz Fischer. Die ÖVP verzichtete auf die Aufstellung einer/eines eigenen Kandidatin/Kandidaten. Mit 79,33 Prozent setzte sich schließlich der Amtsinhaber bereits im ersten Wahlgang klar durch.“ [Sidl 2013:62f] Der klare Sieg gegen die freiheitliche Kandidatin Barbara Rosenkranz und der damit einhergehende Aufwind war jedoch nur von kurzer Dauer, die SPÖ schaffte es nicht, die positive Stimmung in die nächsten Wahlen mitzunehmen. Das ständig wiederkehrende Muster der sinkenden Wahlergebnisse und des unliebsamen Koalitionspartners kehrte immer wieder und setzte sich in den nächsten Jahren, die von der Finanzkrise und Bankenrettungen in Europa geprägt waren, fort.

2.1.10 Die Wahl 2013: mangelnde politische Optionen:

Bei der Nationalratswahl 2013 erzielten die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP erstmals gemeinsam keine 100 Mandate mehr. Nach einer Verlängerung der Legislaturperiode wurde zum ersten Mal nach fünf Jahren wieder gewählt. „Die SPÖ erreichte 26,8 Prozent und damit mit einem Vorsprung von 3 Prozent vor der ÖVP den ersten Platz. „Wahlmotive für die SPÖ waren sowohl ihre Programmatik, als auch ihr Spitzenkandidat und die bisherige Regierungsarbeit.“ [Engl 2015:106] Auf Grund von mangelnden Optionen wurde die Koalition zwischen SPÖ und ÖVP fortgesetzt. Für SPÖ und ÖVP ging sich mit keiner anderen Partei eine parlamentarische Mehrheit aus, die gemeinsame Zusammenarbeit war jedoch weiterhin nicht von Harmonie geprägt.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich wesentliche Themen der letzten dreißig Jahre bzw. den eben dargestellten Zeitraum der Sozialdemokratie beherrschen: Die letzten Jahrzehnte der SPÖ sind geprägt von Uneinigkeit in den eigenen Reihen, parteiinterne Diskordanz und ein Mangel an Koalitionsmöglichkeiten. Diese Uneinigkeit zeigte sich zeitweise auch nach außen und sorgte für Verwirrung, wenn es um eine eindeutige Positionierung der SPÖ als Partei ging. Die Mitglieder teilen sich in einen eher liberalen Flügel, der eine Koalition mit der FPÖ aus ideologischen Gründen ablehnt und in jene GenossInnen, die eine „rot-blaue“ Zusammenarbeit weniger kritisch sehen. Offiziell schloss die SPÖ eine Koalition mit der FPÖ immer kategorisch aus. Das sorgte zeitweise für einen Mangel an Koalitionsoptionen, sodass die ÖVP die einzig verfügbare oder mögliche Partei für eine Zusammenarbeit blieb. Die eingeschränkte Auswahl bewirkte, dass die Entscheidungsmacht oftmals bei der ÖVP lag, die sich dann bitten ließ und große Zugeständnisse erwartete. Die immer gleich bleibende Regierungskonstellation rief bei den WählerInnen Unzufriedenheit und ein Gefühl von politischem Stillstand hervor und wirkte sich negativ auf das Image der SPÖ aus.

3 Aktueller Forschungsstand:

Die SPÖ ist, auf Grund ihres langen Bestehens und ihrer Präsenz in der österreichischen Politik, eine umfangreich erforschte Partei. Die Literatursammlung ist vielfältig und umfassend. Das gilt vor allem für die österreichische Sozialdemokratie bis zur Nationalratswahl 2013. Hier sind zahlreiche Analysen und Studien zu finden, die hilfreich für meine Arbeit sind. Für die Zeit zwischen 2017 und 2020 ist die Auswahl geringer. Klarerweise gilt hier, wie auch in vielen anderen Bereichen: umso aktueller das Ereignis oder das Thema, desto weniger Literatur gibt es im Moment.

Meine theoretische Grundlage bilden die Texte „*Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments*“ von Seymour Lipset und Stein Rokkan, „*Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage*“ von Liesbet Hooghe und Gary Marks und „*Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen.*“ von Nils Heisterhagen.

Diese Werke stammen aus unterschiedlichen Kontexten und Zeiten: Der Text von Lipset und Rokkan stammt aus dem Jahr 1967 und gehört zum politikwissenschaftlichen Kanon. Hooghe und Marks haben in ihrer Analyse aus dem Jahr 2018 die Theorie und die Lipsets und Rokkans Ideen zu sozialpolitischen Konfliktlinien in einen aktuellen, politischen Kontext gebracht. Ein wenig gesondert davon ist Nils Heisterhagens Buch aus dem Jahr 2018 zu betrachten. Er befasst sich in seinem Werk mit der Sozialdemokratie und ihrem Abstieg der letzten Jahre. Heisterhagens Buch bringt einen etwas anderen Blickwinkel auf die moderne Sozialdemokratie und ihre Entwicklung, ich halte es deshalb für eine gute Erweiterung meiner Arbeit. Während der ältere Text von Lipset und Rokkan meine politikwissenschaftliche Grundlage bietet, helfen mir die beiden anderen Werke die Theorie und die Problematik in die aktuelle Zeit zu setzen. Diese drei grundlegenden Werke ergänze ich mit dem Artikel „Was erklärt die Krise der Sozialdemokratie? Ein Literaturüberblick.“ von Frank Bandau aus dem Jahr 2019 und Michael Hartmanns „*Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden.*“ Erweitert werden diese grundlegenden Werke mit Büchern und Artikeln zu den Themen Cleavages, Parteienpolitik und Wahlverhalten.

Literatur zur österreichischen Sozialdemokratie ab 2016 ist zwar vorhanden, jedoch nicht im Übermaß. Um die Wahlen genauer analysieren zu können, arbeite ich mit den Büchern von Thomas Hofer und Barbara Toth („*Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership*“ und „*Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale*“), ergänzend verwende

ich hier auch „*Wahlen im Schatten der Flüchtlingskrise*“ von Fritz Plasser und Franz Sommer. Hinzukommen das kürzlich erschienene Buch von Gerhard Zeiler und die Publikationen von Josef Cap und Reinhold Mitterlehner. Mir ist bewusst, dass es sich hier, besonders bei den beiden Letztgenannten, um Politiker und nicht um Wissenschaftler handelt. Ich möchte ihre Sichtweise und Eindrücke mit dem Wissen, dass es sich dabei um keine vollständig neutralen Beurteilungen und Anschauungen handelt, für meine Arbeit verwenden.

4 Forschungsansatz:

4.1 Methode

Ich werde in meiner Arbeit mit der Auswertung von WählerInnenstromanalysen arbeiten. Wie bereits erwähnt, verwende ich die Grafiken und den Analysedaten des SORA-Instituts for Social Research and Consulting. Hier arbeite ich mit den SORA-Veröffentlichungen zu den Nationalratswahlen 2017 und 2019. Ich erachte die Daten als hilfreich um die Einstellungen und Meinungen der WählerInnen darstellen und WählerInnenströme aufzeigen zu können. Ich möchte mir mit den Daten und Veröffentlichungen dieser Institute die Rezeption der SPÖ bei den WählerInnen ansehen. Welche Entscheidungen haben ehemalige SPÖ-WählerInnen bei der nächsten Wahl getroffen, welche Alternativen haben sie gewählt? Zu welchen anderen Parteien sind ehemalige SPÖ-Stimmen gegangen und warum? Wichtig für meine Analyse ist vor allem die Frage, aus welchen Gründen WählerInnen die SPÖ nicht mehr gewählt haben, um so den Abstieg der SPÖ besser verstehen zu können. Die Grafiken von SORA dienen der Veranschaulichung der Daten.

Zusätzlich werde ich mit einer Literaturrecherche und Literaturanalyse arbeiten. Dabei geht es um die Anwendung der Theorien (von Lipset/Rokkan und Heisterhagen) auf die Situation der SPÖ und um die Ergänzung und nähere Erklärung der Daten und der Cleavages.

4.2 Theoretischer Hintergrund:

4.2.1 Die Cleavage Theorie nach Lipset/ Rokkan und Hooghe/Marks

Die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan wird die theoretische Grundlage meiner Arbeit darstellen. Die Theorie der beiden Politologen arbeitet mit Cleavages (Konfliktlinien) um das westeuropäische, politische System besser erklären und einordnen zu können. „Vor allem CleavageStrukturen und Wahlsysteme beeinflussen wesentliche Faktoren des Parteiensystems, beispielsweise welche Parteienfamilien in einem Land besonders relevant sind oder ob wir es mit Zwei- oder Mehrparteiensystemen zu tun haben.“ [Jahn 2013:103] Meist findet die Theorie ihre Anwendung in Analysen der Entstehung von Parteiensystemen. „Diese kann, wie für die Entstehung von sozialen Bewegungen und Verbänden, auch für die Entstehung von Parteien herangezogen werden.

Eine gesellschaftliche Konfliktlinie („Cleavage“) tritt von einer latenten in die manifeste Phase. Entlang dieser Linie entstehen Konflikte, es bilden sich soziale Bewegungen, aus denen Parteien entstehen.“ [Pelinka 2005:75] Lipset und Rokkans Analyse umfasst folgende wichtige Konfliktlinien: Stadt/Land, Religion, Land-Industrie und Klasse/Schicht. Politische Parteien positionieren ihre Einstellungen, Ideologie an diesen Konfliktlinien und repräsentieren ein oftmals gegensätzliches Meinungsspektrum.

<i>Cleavage</i>	<i>Critical Juncture</i>	<i>Issues</i>
Center-Periphery	Reformation-Counterreformation: 16th-17th centuries	National vs. Supranational religion, national language vs. Latin
State-Church	National Revolution 1789 and after	Secular vs. Religious control of mass education
Land-Industry	Industrial Revolution 19th Century	Tarif levels for agricultural products, control vs. Freedom for industrial enterprise
Owner-Worker	Russian Revolution 1917 and after	Integration into national polity vs. commitment to international revolutionary movement

(Lipset/Rokkan 1967, S.47)

Abbildung 1: Cleavages nach Lipset und Rokkan

Der Übergang von der Autokratie zur Demokratie der westeuropäischen Länder stellt einen wesentlichen Faktor der Theorie dar und legte ihren Grundstein. Wesentliche Einflüsse auf die Entstehung der Konfliktlinien hatten auch kulturelle Auseinandersetzungen, die Bildung der Nationen und ein Modernisierungsprozess, der mit der industriellen Revolution zusammenhing. „Die für die spätere Parteienbildung maßgeblichen Cleavages entstanden nach Lipset und Rokkan im Zuge der nationalen und industriellen Revolutionen und bildeten die Basis für Koalitionen zwischen politischen Eliten und bestimmten Bevölkerungsgruppen.“ [Gabriel/Keil 2012:49]

Die Parteien positionieren sich mit ihren Ideologien und Auffassungen anhand der Konfliktlinien und versuchen sich auf diese Weise von den Einstellungen der anderen Parteien abzugrenzen, da die Ideen oftmals sehr konträr sind. Entlang der Cleavages ändern Parteien ihre Positionierung kaum. Eine gut positionierte und gefestigte Ideologie hilft einer Partei, ihre WählerInnen über eine längere Dauer zu halten. „Sind die Konfliktstrukturen stark ausgeprägt und bilden Parteien in vielen Bereichen ihre Programmatik anhand dieser Strukturen aus, so können sie mit einer nachhaltigen Bindungsfähigkeit

rechnen. Lösen sich die Konfliktstrukturen auf, leidet darunter auch die Bindungsfähigkeit der Parteien und es kommt zur Auflösung (dealignment) einer deutlich abgrenzbaren Wählerschaft einer Partei.“ [Jahn 2013:106]

In der ursprünglichen Form der Theorie befassten sich Lipset und Rokkan vorwiegend mit der Entstehung von Parteien anhand bestehender Konfliktlinien. Für meine Analyse werde ich mich jedoch auf eine etwas später entstandene Komponente zu Wahl- und Parteipräferenzen der WählerInnen konzentrieren. „In ihrer ursprünglichen Form enthielt die Cleavagetheorie Annahmen über die gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen des Entstehens von Parteiensystemen und fand erst später Eingang in mikroanalytische Erklärungen der Bildung individueller Parteipräferenzen.“ [Gabriel/Keil 2012:49]

Lipset und Rokkans Texte zur Cleavage-Theorie stammen aus den späten 1960er-Jahren, ihre Theorie ist heute also bereits 60 Jahre alt. Die Politik und ihre Herausforderungen haben sich in dieser Zeit verändert und so werde ich meine Analyse um eine aktuelle Konfliktlinie, dem *transnational Cleavage* von Lisbeth Hooghe und Gary Marks aus dem Jahr 2018 erweitern.

Die beiden AutorInnen argumentieren, dass Europa von einer neuen Konfliktlinie getrennt wird: der Zu- bzw. Abneigung zum Thema Immigration und Integration. „The perforation of national states by immigration, integration and trade may signify a critical juncture in the political development of Europe no less decisive for parties and party systems than the previous junctures that Lipset and Rokkan (1967) detect in their classic article.“ [Hooghe/ Marks 2018:109] Analysiert wird dabei die politische Reaktion auf die Zuwanderung in Europa und die gesellschaftliche und politische Spaltung, die damit einhergeht. Die Konfliktlinie spaltet das Parteiensystem in zwei Gruppen: die erste Gruppe toleriert bzw. begrüßt Immigration. Bei der Zweiten wird das Thema Zuwanderung von Angst und Unsicherheit begleitet. „We term this cleavage a transnational cleavage because it has as its focal point the defense of national political, social and economic ways of life against external actors who penetrate the state by migrating, exchanging goods or exerting rule.“ [Hooghe/ Marks 2018:110] Hooghe und Marks nennen vor allem soziale Kräfte innerhalb eines politischen Systems, die die Entstehung eines neuen Cleavages auslösen.

Immigration und Integration waren schon zuvor viel diskutierte Themen in Österreich: 2015 kam es zu einer großen Welle an Flüchtlingen, die in Europa Zuflucht suchten.

Auf diese große Anzahl an Asylwerbenden reagierten die österreichischen Parteien sehr unterschiedlich und deckten ein großes Meinungsspektrum ab. „Immigration is perceived as a particular threat by those who resent cultural intermixing and the erosion of national values, by those who must compete with immigrants for housing and jobs, and, more generally, by those who seek cultural or economic shelter in the rights of citizenship.“ [Hooghe/ Marks 2018:110] Das Thema Zuwanderung prägte die Nationalratswahl 2017 besonders und hatte Einfluss auf die Entscheidung der WählerInnen.

Die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan bietet eine gute Basis für meine Analyse der Sozialdemokratischen Partei in Österreich. Mein besonderer Fokus wird dabei auf den Parteipräferenzen der WählerInnen liegen. Ich werde so, anhand der Cleavages, die Veränderungen in der WählerInnenschaft der SPÖ analysieren. Ein Teil meiner Arbeit wird eine Analyse der Auswirkungen des dominierenden Themas der Zuwanderung auf die aktuelle Lage und die letzten Wahlkämpfe, 2017 und 2019, der SPÖ sein. Dabei halte ich die Erweiterung der Cleavage-Theorie von Hooghe und Marks für hilfreich, die Auswirkungen und die aktuelle Lage der Sozialdemokratie in Österreich darzustellen. Genauso nützlich für meine Analyse halte ich Nils Heisterhagen, der sich in seinen Ausführungen explizit mit der Sozialdemokratie beschäftigt.

4.2.2 Nils Heisterhagen – ‚Linker Realismus‘

Nils Heisterhagen ist Politikwissenschaftler und ehemaliges Mitglied der SPD. In seinem Werk *„Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen“* setzt er sich mit der Sozialdemokratie und ihrem Misserfolg in den letzten Jahren auseinander. Er kritisiert die aktuelle, sozialdemokratische Strategie als *„Life-is-good-Politik“* und kritisiert das linke Streben nach einer liberalen, postmodernen Gesellschaft. Für ihn geht es in den Programmen sozialdemokratischer Parteien vorrangig um Akzeptanz und um das Streben nach einer offeneren Gesellschaft. „Mehr Toleranz zu verbreiten und für eine neue liberale Gesellschaftspolitik zu werben, war nun also zum letzten Auftrag einer liberalen Elite geworden.“ [Heisterhagen 2018:16] Zu dieser Elite zählt Heisterhagen auch die aktuelle Führungsebene der Sozialdemokratie. Der Aspekt des Liberalismus gewinnt zunehmend an Bedeutung und beherrscht die sozialdemokratische Ideologie immer mehr. Als Beispiel für die bereits genannte Toleranz nennt Heisterhagen unter anderem die Einführung der Ehe für alle, die vor allem den linken, darunter auch die sozialdemokratischen, Parteien ein wichtiges Anliegen war. Er kritisiert, dass linke, liberale und akademisch gebildete Parteispitzen in einer gesellschaftlichen Blase agie-

ren, Politik für Gleichgesinnte machen und dabei auf einen Großteil der Gesellschaft vergessen. Ihre postmaterialistische Einstellung bedient einen ökonomisch unabhängigen und gut situierten Teil der Gesellschaft, dem sich die PolitikerInnen meist selbst zugehörig fühlen. „Es entstand eine liberale *Alles-ist-doch-gut-Philosophie*, die suggeriert, dass es keine großen Probleme mehr gibt und man grundsätzlich auf dem richtigen Weg ist. Und das kritisiere ich, weil man die ‚kleinen Leute‘ und die Besorgten in der Mittelschicht dabei vergisst. Sie wurden mit ihren Sorgen und Nöten zuletzt kaum noch repräsentiert.“ [Heisterhagen 2018:82] Als Auslöser für diesen linken Liberalismus sieht Heisterhagen den nach 1990 eingeschlagenen *Dritten Weg*. „Man hoffte im Dritten Weg somit, dass Wirtschaftswachstum und der freie – deregulierte – Markt nicht nur alle irgendwie reicher macht und mehr Wohlstand erzeugt, sondern mit steigenden Steuereinnahmen durch Konsum (Mehrwertsteuer) und durch nachziehende Beschäftigung durch das Wachstum (und in der Folge auch mehr Einkommensteueraufkommen) selbst der Staat mehr Geld zur Verfügung hat, was er dann wieder ausgeben kann – auch für Soziales.“ [Heisterhagen 2018:18] Die Bindung der ArbeiterInnen an die Sozialdemokratie nahm langsam ab. Um ihre Wahlergebnisse halten zu können, war die SPÖ auf der Suche nach neuen WählerInnengruppen: „In response to decline in the size of the working class, social democratic parties have typically moderated their economic positions – in an attempt to find an intermediate way between social democracy and neoliberalism (‚Third Way‘) – in order to appeal to middle class voters.“ [Rennwald/ Evans 2014:1112] Deregulierte Märkte und Globalisierung bedienen allerdings eine finanziell unabhängige Elite und vergessen ModernisierungsverliererInnen.

Die bereits erwähnte und für postmoderne PolitikerInnen so wichtige Toleranz gegenüber Andersdenkenden sieht Heisterhagen kritisch. Diese Akzeptanz existiert in einer postmodernen, liberalen Blase und endet bei den politischen Gegenpositionen der RechtspopulistInnen, die als intolerant verurteilt werden. „Sie sind genauso intolerant und daher ein Negativbeispiel des ‚postfaktischen Zeitalters‘.“ [Heisterhagen 2018:30] Heisterhagen kritisiert, dass die neuen postmodernen SozialdemokratInnen mit ihrem Programm vor allem gebildete WählerInnen und AkademikerInnen ansprechen wollen. Ihre ursprüngliche KernwählerInnenschaft, die ArbeiterInnen, werden dabei vergessen und fühlen sich im Stich gelassen. Als Konsequenz wenden sie sich jenen Parteien zu, die ihnen das Gefühl geben, ihre Ängste und Sorgen verstehen zu können. „In der *neuen liberalen Version* haben viele Menschen, vor allem das traditionelle Wählermilieu der Sozialdemokratie, nicht nur keinen Platz mehr, sondern sie werden auch von oben herab

behandelt.“ [Heisterhagen 2018:109] Als Beispiel für diese Entwicklung nennt der Autor den Umgang mit der Flüchtlingskrise und dem Klimaschutz. Auf diese beiden Themen werde ich im Kontext der österreichischen Sozialdemokratie an einem späteren Zeitpunkt dieser Arbeit eingehen und sie hier nicht weiter behandeln. Nils Heisterhagen plädiert für ein Umdenken der SozialdemokratInnen und die Erkenntnis, dass der aktuell herrschende Finanzkapitalismus aus den Fugen geraten ist. Er sieht die Rückkehr zu einem „sozialdemokratisch-korporatistischen Industriekapitalismus“ [vgl. Heisterhagen 2018:310] als mögliche Lösung. Die Rückkehr zu einem linken Realismus, außerhalb seiner liberalen Blase, sieht Heisterhagen als Lösung gegen den stetigen Abstieg der Sozialdemokratie. „*Realismus* nenne ich das, wenn die Linke, inklusive der neuen Linksliberalen, endlich begreift, dass der Neoliberalismus das Problem ist.“ [Heisterhagen 2018:310] Nils Heisterhagen bezieht sich mit seinen Ausführungen auf die sozialdemokratischen Probleme der letzten Jahre, seine Überlegungen sind also aktuell. Er selbst ist ein ehemaliges Mitglied der SPD, hat er den Blick eines „Insiders“ und kann innerparteilich Aspekte in seine Analyse miteinbeziehen.

5 Hauptteil:

5.1 Die SPÖ ab 2016:

Das Jahr 2016 war vor allem von den Auswirkungen des Vorjahres geprägt. Die große Anzahl an Flüchtlingen und der Umgang bzw. die Einstellung der Regierung und der Politik zu Migration und Integration prägten das Ende des Jahres 2015. Bundeskanzler Werner Faymann unterstützte als Parteiboss der SPÖ die anfangs vorherrschende Willkommenskultur in Österreich. Als Ende September 2015 die Wien-Wahlen anstanden, führte diese Einstellung für die SPÖ zum Wahlsieg. „In Wien zeigte Bürgermeister Michael Häupl [...], dass man auch mit einer Pro-Flüchtlings-Strategie Erfolg haben konnte.“ [Mitterlehner 2019:130] Häupl und Faymann waren mit dieser Meinung auch auf einer Linie mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die offene Migrationspolitik brachte jedoch Uneinigkeit innerhalb der regierenden Koalition mit der ÖVP. „Faymann erntete parteiintern ab Beginn 2016 immer mehr Widerspruch, weil er seine Linien in der Flüchtlingsfrage unter Druck des Koalitionspartners (mehr von Außenminister Kurz als von Vizkanzler Mitterlehner) restriktiver gestaltete – auch mit hörbaren Dissonanzen mit Angela Merkel.“ [Cap 2018:174] Werner Faymann stimmte dann jedoch gegen die Erwartungen und Einstellungen von Teilen seiner eigenen Partei für eine verstärkte Grenzsicherung und für die Einführung einer variablen jährlichen Obergrenze für Asylanträge. Die SPÖ fand zu diesem Thema keine einheitliche Linie und vor allem keine parteiumfangfassende Einigung. Hier zeigte sich, dass die SPÖ als Partei durch ihre Größe und die Vielzahl an Mitgliedern ein großes Meinungs-Spektrum abbildet. „Und auch in der SPÖ sind die Ansichten – hier der burgenländische Landeshauptmann Droschitz, dort Teile der Wiener SPÖ und der frühere Bürgermeister Michael Häupl – meilenweit voneinander entfernt.“ [Zeiler 2019:123] Es gab innerparteilich keine Einigung.

5.1.1 Die Bundespräsidentenwahl 2016:

In das Jahr 2016 fiel auch die Bundespräsidentenwahl um das Amt des Sozialdemokraten Heinz Fischer. Im ersten Wahldurchgang am 24. April 2016 standen sechs KandidatInnen zur Wahl. Für die SPÖ trat der ehemalige ÖGB-Präsident und Sozialminister Rudolf Hundsdorfer an, die ÖVP wählte Andreas Kohl, die FPÖ Norbert Hofer als Kandidaten, die Grünen schickten Alexander van der Bellen ins Rennen und Irmgard Gries trat als unabhängige Kandidatin an. Aus dieser ersten Wahl qualifizierten sich

Norbert Hofer und Alexander van der Bellen für die Stichwahl. „Die eigentliche Sensation dieses Wahlgangs aber war das Ausscheiden der beiden Kandidaten der einstigen Großparteien [...]“ [Cap 2018:176] Beide konnten nur je 11 Prozent der WählerInnenstimmen für sich gewinnen: Die Kandidaten der beiden regierenden Parteien waren somit abgewählt, so auch das Fazit des damaligen Vizekanzlers: „Das Image der Koalition war am Tiefpunkt angelangt, ich wage zu bezweifeln, ob ein gemeinsamer Kandidat gewonnen hätte.“ [Mitterlehner 2019:153] Für die SPÖ brachte dieses Ergebnis ein historisches Novum mit sich: erstmals in der Parteigeschichte erreichte ein sozialdemokratischer Kandidat bei seinem Antreten nicht die Stichwahl. Das nicht zufriedenstellende Abschneiden Rudolf Hundsdorfers sorgte innerparteilich für Unstimmigkeiten und die Kritik am Obmann aus den eigenen Reihen wurde immer lauter. „Auch aufgrund der klaren Niederlage Hundsdorfers bei der Bundespräsidentenwahl wuchs der innerparteiliche Druck auf den Bundeskanzler. Die SPÖ-Landesparteivorsitzenden von Vorarlberg, Salzburg, Kärnten, Steiermark, und Niederösterreich forderten einen außerordentlichen Bundesparteitag.“ [Cap 2018:177] Die Wahl beschäftigte das Land länger als geplant. Nach mehr als einem halben Jahr und drei Wahlgängen stand Alexander van der Bellen als neuer Bundespräsident fest.

5.1.2 Werner Faymanns Rücktritt:

Die Bundespräsidentenwahl kann jedoch nicht als einziger Auslöser für sozialdemokratische, innerparteiliche Diskussionen gesehen werden. Meinungen und Ansichten waren unterschiedlich, der ehemalige Nationalratspräsident und Bundespräsidentenchaftskandidat der ÖVP, Andreas Kohl, hält zum Beispiel Werner Faymanns Verhalten in der Flüchtlingspolitik für ausschlaggebend. „Das Verhängnis brachte Faymann 2016 seine Migrationspolitik der Willkommenskultur, die er gemeinsam mit Angela Merkel entwickelt und vertreten hatte.“ [Kohl 2019:176] Am ersten Mai, dem wichtigsten Festtag der österreichischen Sozialdemokratie, erreichte die Kritik der GenossInnen an Werner Faymann ihren Höhepunkt. „Er wurde mit Pfiffen am 1.Mai immer mehr Richtung Rücktritt getrieben.“ [Mitterlehner 2019:155] Diese Demonstration der Unzufriedenheit hatte seine Wirkung. Über eine Woche später zog der Parteiobmann der SPÖ seine Konsequenz. „Am 9.5.2016 trat Werner Faymann schließlich als Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender zurück: „In dieser schwierigen Zeit der großen Herausforderung geht es nicht um innerparteiliche Mehrheiten, sondern um die Frage, ob man den voll-

sten Rückhalt hat. Das muss ich mit Nein beantworten‘, sagte er bei einer extra einberufenen Pressekonferenz.“ [Cap 2018:177]

Die SPÖ startete sofort die Suche nach einem/r NachfolgerIn. In den Medien wurde von zwei Kandidaten in der engeren Auswahl berichtet: der ÖBB-Chef Christian Kern und Gerhard Zeiler, ehemaliger Pressesprecher von Bundeskanzler Fred Sinowatz und früherer ORF-Generalintendant. Entscheidungstragende Gremien der SPÖ entschieden sich für Christian Kern als neuen Bundeskanzler. Die ÖVP indes begrüßte diese Entscheidung, man sah die SPÖ mit Gerhard Zeiler an ihrer Spitze weiter davonziehen, sich schneller neu aufstellen, also als stärkere Konkurrenz. „Mit Kern gab es seit Mai 2016 zwar einen nicht zu unterschätzenden Kontrahenten, vor Gerhard Zeiler allerdings hatte man sich im Kreis um Kurz mehr gefürchtet, galt der Medienmanager doch als rücksichtsloser und zielstrebig, auch was parteiinterne Reformen in der SPÖ anlangte.“ [Hofer 2017:15]

5.1.3 Christian Kern:

Der ehemalige ÖBB-Manager wurde am 17. Mai 2016 als österreichischer Bundeskanzler angelobt. Die Hoffnungen innerhalb der Partei waren groß. Viele erwarteten, dass er die SPÖ aus ihrem Abwärtstrend holen und damit auch die Konkurrenz schwächen würde. „Als Christian Kern im Mai 2016 in einer Art Palastrevolte zum SPÖ-Vorsitzenden und Bundeskanzler wurde, lag über Österreich eine Stimmung bleierner politischer Depression. Die rechtspopulistische FPÖ lag auch in Umfragen seit vielen Monaten stabil an erster Stelle.“ [Misik 2017:9f] Die Erwartungen der Öffentlichkeit und der Parteimitglieder der SPÖ waren hoch. Die Reaktion der ÖVP und des Vizekanzlers zu Kerns Kür war klarerweise nicht ganz so positiv: „Und wir sahen uns mit einem sehr populären neuen SPÖ-Chef konfrontiert.“ [Mitterlehner 2019:156] Zu diesem Zeitpunkt stand die Frage nach Neuwahlen immer wieder im Raum, es wurde beinahe erwartet, dass der neue SPÖ-Chef die bestehende Koalition mit der ÖVP nicht mehr lange fortführen würde. „Gleich mehrfach bot sich Kern die Möglichkeit, die wahltechnische Reißleine zu ziehen und als „Macher“ in vorgezogenen Neuwahlen zu ziehen. Erst verhinderte das die verschobene Wiederholung der Bundespräsidenten-Stichwahl. Dann mangelte es dem Kanzler am für einen solchen Schritt notwendigen Mumm.“ [Hofer 2017:26] Kern präsentierte Anfang 2017 seinen „Plan A“ für Österreich, der seine Vorhaben für die nächsten Jahre darstellen sollte. Bei der Präsentation in der Welser Messehalle herrschte Aufbruchsstimmung, so wirkten Kerns Pläne nicht unbedingt nur als

reines Regierungsprogramm. „Nicht zuletzt wegen des Titels ‚Worauf warten? Zeit, die Dinge neu zu ordnen!‘vermittelten der Plan A und seine Präsentation das Gefühl, einem Wahlprogramm und einen Wahlauftakt beizuwohnen.“ [Cap 2018:178] Doch die Veranstaltung war nicht als Wahlauftakt geplant, Christian Kern wollte in der bereits bestehenden Koalition mit der ÖVP bleiben.

Nach der Präsentation von Kerns Plan A musste die ÖVP rasch reagieren und sich ebenfalls neu positionieren. Das geschah auch in einem Wechsel an der Parteispitze. Lange im Voraus geplant und vorbereitet übernahm der bisherige Außenminister Sebastian Kurz die ÖVP. Dieser Wechsel hätte Christian Kern die Möglichkeit geboten, Neuwahlen auszurufen. Er zögerte jedoch und bot Sebastian Kurz die Position als Vizekanzler an. „Kern und Kurz – diese Kombination hatten Zeitungen zuvor immer wieder als Dream-Team der österreichischen Politik beschrieben.“ [Brandstätter 2019:69] Es kam jedoch zu keiner Zusammenarbeit der beiden. Der neue ÖVP-Chef und sein Team hielten sich genau an ihre Pläne, Justizminister Wolfgang Brandstetter nahm die Position des Vizekanzlers stattdessen ein. „Auch, dass Kurz, sobald er ÖVP-Chef war, keinesfalls als Vizekanzler in der großen Koalition dienen wollte, hatten er und sein Team schon damals festgelegt.“ [Mitterlehner 2019:159]

5.1.4 Nationalratswahl 2017:

Und so war es Sebastian Kurz, der die Koalition zwischen ÖVP und SPÖ sprengte, Neuwahlen ausrief und den Wahlkampf startete. „Der Wahlkampf 2017 brachte eine bemerkenswerte Rollenumkehr: War es in den vergangenen Nationalratswahlkämpfen so, dass jeweils die Volkspartei durch ihre eigene Kampagne (2008 und 2013) stolperte [...], irrlichterte diesmal die ansonsten so geschlossene und professionell agierende Sozialdemokratie durch den Wahlkampf.“ [Hofer 2017:11] Beide Spitzenkandidaten galten als neu und brachten frischen Wind in ihre Partei, doch der Wahlkampf der SPÖ war von vielen Pannen und Ungereimtheiten geprägt. Obwohl Sebastian Kurz schon einige Jahre Teil Regierung gewesen war, wurde Christian Kern als Kandidat des Establishments gesehen. Wenngleich er aus der Rolle des Bundeskanzlers agierte, war es Kerns erster Wahlkampf. „Der größte Fehler der SPÖ und ihres Obmanns Christian Kern im Wahlkampf 2017 war zweifellos das Engagement von Tal Silberstein.“ [Brandstätter 2019:83] Der israelische Wahlkampf-Berater ließ mit einer Dirty-Campaigning Affäre gegen Sebastian Kurz und die ÖVP aufhorchen, die SPÖ war mitten im Wahlkampf zu

einem Wahlkampf-Berater-Wechsel gezwungen. Darüber hinaus wurde ein Video mit Kern als Pizzabote veröffentlicht, es sollte ihn näher dran sozialdemokratischen WählerInnen wirken lassen. Auch der plakatierte Wahlkampfslogan “Hol’ Dir, was Dir zu steht” wurde viel diskutiert und in den Medien sehr kontrovers gesehen. “Man versuchte krampfhaft und unter Verletzung der sozialdemokratischen Solidaritäts-DNA noch zu jenen frustrierten Zielgruppen zu gelangen, die schon über Monate und Jahre von Kerns Kontrahenten Strache und Kurz bearbeitet worden waren.” [Hofer 2017:33]

Für die ÖVP und die FPÖ war es leicht, das bestimmende Wahlkampfthema zu bespielen: die Migration. Die Flüchtlingskrise, die 2015 begonnen hatte, dominierte alle Diskussionen, öffentlichen Auftritte und Interviews. Balkanroute, Integration, Asylverfahren und Grenzzäune waren einige der geflügelten Worte, die den Wahlkampf bestimmten und laufend zu hören waren. Diese Themen weckten das Interesse der WählerInnen, denn die Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen polarisierte stark und betraf viele in ihrem Alltag. “Im Vergleich zu vorangegangenen Nationalratswahlkämpfen war das Interesse der Wähler und WählerInnen für das Wahlkampfgeschehen deutlich höher, wozu der Bruch der Koalition, das den Wahlkampf umschattende Migrationsthema, wie die Konfrontation eines amtierenden Kanzlers mit einem neuen, chancenreichen Herausforderer beitrugen.” [Plasser/Sommer 2018:77f] Doch das Wahlkampfthema kam der SPÖ nicht zu Gute, es gab keine klare Positionierung und keine eindeutige Linie, sodass die Partei sich selbst in den Hintergrund drängte und die Bühne anderen Parteien überlies. “Gerade der ÖVP gelang es, auch andere Politikfelder unter der umfassenden Klammer Migration zu vereinen. Soziale Themen wurden so immer auch in einen kulturellen Rahmen gepresst.” [Hofer 2017:43]

Nach der Aufdeckung der DirtyCampaigning-Affäre von SPÖ-Berater Tal Silberstein wurde Silberstein durch den erfahrenen Berater Josef Kalina ersetzt. Der sollte Christian Kern auf der Schlussgeraden des Wahlkampfes noch Schwung mitgeben und die Kampagne wieder auf den richtigen Weg bringen, um spät entschlossene WählerInnen auf der Zielgerade für die SPÖ gewinnen zu können. “Bei der SPÖ hielten sich Zu- und Abwanderer während des gesamten Wahlkampfes die Waage. [...] Erst in der letzten Woche vor der Wahl überwogen die Zuwanderer, von denen viele aus dem Grün-Wählerbereich stammten, ganz leicht die Abwanderer.” [Plasser/Sommer 2018:80] Christian Kern und die SPÖ erreichten bei der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017

schlussendlich 26,9 Prozent der Stimmen, konnten im Vergleich zur Wahl 2013 0,1 Prozent dazugewinnen und erreichten hinter der ÖVP Platz zwei.

Gewinne und Verluste 2013 - 2017

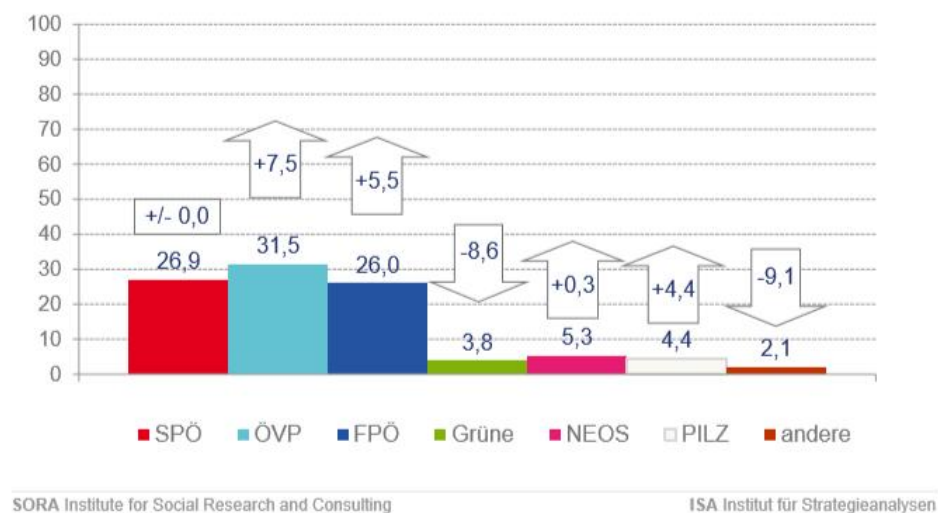


Abbildung 2: Ergebnis Nationalratswahl 2017 (Vergleich mit 2013)

Die Wahl 2017 brachte für die SPÖ ein offizielles Endergebnis von 26,9 Prozent der WählerInnenstimmen und damit den zweiten Platz hinter der ÖVP. Zum sechsten Mal in der Geschichte reichte das Ergebnis nicht zur stimmenstärksten Partei, zum ersten Mal seit elf Jahren konnte aber ein Stimmenzuwachs erzielt werden. 100.000 Stimmen Zuwachs sind in der Grafik nicht zu erkennen, der Stimmenzugewinn war also eher überschaubar. Die SPÖ kann bei dieser Wahl 76% ihrer WählerInnen von 2013 wieder für sich gewinnen. Zuge-

Mandate – Veränderung gegenüber Wahl 2013

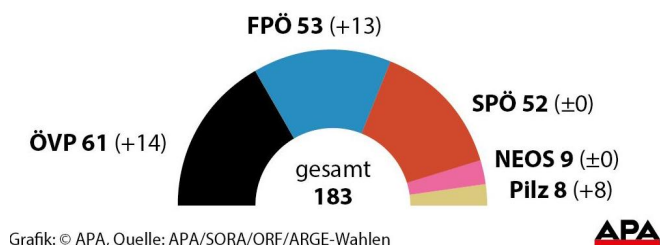


Abbildung 3: Mandatsverteilung 2017 (Veränderung zu 2013)

winne von anderen Parteien erzielt sie mit 161.000 Stimmen vor allem von den Grünen. 156.000 Stimmen kommen von NichtwählerInnen.“ [SORA/Institut für Strategieberatungen 2017:3] Den größten Verlust, mit 155.000 Stimmen, erleiden die SozialdemokratInnen an die FPÖ.

Das Wahlergebnis bringt für die SPÖ, wie auch schon nach der Wahl 2013, 52 Abgeordneten-Sitze im Nationalrat. Mit Doris Bures stellte die SPÖ nach der Wahl hinter Wolfgang Sobotka die zweite Nationalratspräsidentin. Nach der Wahl übernahm Christian Kern den Vorsitz des SPÖ-Parlamentsklubs von Andreas Schieder, der jedoch seine Arbeit als geschäftsführender Klubvorsitzender fortsetzte.

Das Wahlergebnis hätte für die SPÖ zwei mögliche Koalitionsvarianten ergeben: die schon im Vorhinein unwahrscheinlich geltende Möglichkeit einer Koalition aus SPÖ und FPÖ oder die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der ÖVP. Christian Kern hatte schon zuvor erklärt, dass die SPÖ bei Platz zwei nicht Teil der Regierung sein würde. Die ÖVP, unter Sebastian Kurz, als stimmenstärkste Partei einigte sich auf eine Koalition mit der FPÖ. So blieb der SPÖ, nach 1966 und 1999 zum dritten Mal in ihrer Geschichte nur der Weg in die Opposition. Christian Kern blieb Parteiboss der SPÖ.

5.1.5 Die SPÖ in der Opposition:

Die SPÖ fand nicht sofort in die neue Rolle als Oppositionspartei. Sie versuchte sich neu zu orientieren und neu aufzustellen, doch ihre Arbeit und politische Präsenz wirkte eher zurückhaltend. „Die SPÖ schafft es z.B. in den ersten Tagen in Opposition nicht, aus den vielen Fehlern und Unfähigkeiten der Regierungsparteien, vor allem, der FPÖ zu profitieren.“ [Fürst 2018:111] Die SPÖ blieb im Hintergrund, wirkte unscheinbar und schien mit der Aufarbeitung des Wahlergebnisses und der Oppositionsrolle beschäftigt. Ihre Beteiligung bzw. ihr Mitwirken an der Tagespolitik war überschaubar. Die erste Zeit in der Opposition erweckte die SPÖ einen regungslosen und unbeteiligten Eindruck. „Das hat zum einen damit zu tun, dass sowohl die SPÖ, als auch Liste Pilz/Jetzt bis dato viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt sind und weder Zeit noch Nerven für einen nennenswerten Beitrag zur Innenpolitik haben.“ [Vahrner/Zenhäuser 2019:192] Die mangelnde Beteiligung an der tagespolitischen Gestaltung Österreichs war nicht der einzige Kritikpunkt der Öffentlichkeit. Zweifel am Parteichef und seiner Fähigkeit, die SPÖ auch abseits der Kanzlerrolle führen zu können wurden laut. „Dazu gesellte sich bei Kern ein massives öffentliches Glaubwürdigkeitsproblem. Viele politische Beobachter hatten seit dem Oktober 2017 das Gefühl gehabt, Kern suche nach einer Tür, durch die er das politische System wieder verlassen könne.“ [Hofer 2019:385]

Christian Kern leitete die SPÖ bis September 2018. Zwei Wochen vor dem Parteitag der SPÖ gab er bekannt, bei der EU-Wahl als sozialdemokratischer Spitzenkandidat antre-

ten zu wollen. Für diesen Entschluss erntete er innerparteiliche Kritik, verwarf dieses Vorhaben und gab, zur Überraschung der restlichen SPÖ, seinen vollständigen Rücktritt aus der Politik bekannt. „Die Umstände seines Rücktrittes als Parteivorsitzender zwei Wochen vor einem Parteitag, nachdem er mehrmals öffentlich bekundet hatte, selbstverständlich wieder kandidieren zu wollen, haben der SPÖ schwer geschadet.“ [Zeiler 2019:18] Dieser überraschende Rücktritt brachte die SPÖ personell in eine missliche Lage und die Suche nach einer/m NachfolgerIn gestaltete sich schwieriger als gedacht. Keine/r wollte die Partei in dieser Krisensituation übernehmen. „Durch die überfallsartige Ankündigung Kerns hagelte es in den ersten Tagen nach der Bekanntgabe seines Rücktritts vor allem Absagen für den SP-Vorsitz.“ [Hofer 2019:388]

5.1.6 Pamela Rendi-Wagner:

Am 22. September 2018 übernahm die frühere Bundesministerin für Gesundheit und Frauen, Pamela Rendi-Wagner, den Parteivorsitz der SPÖ. Es hieß, sie wäre Christian Kerns Wunschkandidatin gewesen. „Kern hinterließ der neuen SPÖ-Vorsitzenden Dr. Pamela Rendi-Wagner, der ersten Frau an der Spitze der Partei seit ihrem Bestehen, eine verunsicherte SPÖ.“ [Nehammer 2019:75]

Die neue sozialdemokratische Vorsitzende führte die Partei wie bisher weiter und brachte keinen großen Umschwung mit sich. Auch eine radikale Reformierung der Partei blieb aus. Stattdessen startete Rendi-Wagner mit medialer Zurückhaltung in ihre neue Aufgabe. Das gab den Parteigranden der SPÖ die Möglichkeit, sich neben die Parteivorsitzende vor den Vorhang zu stellen und Kritik an der neuen Führung zu äußern. „Die einst so disziplinierte und für ihre Strategiefähigkeit bekannte SPÖ-Führung unterminierte so von Beginn an die Autorität der neuen Nummer eins und ließ die für das Image der Partei entscheidende Neuaufstellphase zu einer Serie an Selbstbeschädigungen verkommen.“ [Hofer 2019:30] Dabei wurde Kritik, statt parteiintern, öffentlich geäußert und kam vor allem von SPÖ-Vertretern der Länderorganisationen. Michael Ludwig (Wien), Hans-Peter Doskozil (Burgenland), Georg Dornauer (Tirol) und auch Peter Kaiser (Kärnten) präferierten die mediale statt der parteiinternen Kommunikation. Das erzeugte ein schwaches Bild der Parteiobfrau und somit keinen guten Start in die neue Phase der SPÖ. „Die Anfangszeit von Pamela Rendi-Wagner an der Spitze der SPÖ wurde so jedenfalls zu einer der defensivsten Startphasen von Parteiobleuten in der jüngeren österreichischen Parteiengeschichte.“ [Hofer 2019:389]

Gerhard Zeiler formulierte den Neuanfang der Partei folgendermaßen: „Es ist Zeit für einen Generationenwechsel, und es ist Zeit für mehr Frauen in den Führungsgremien der Partei. Und es ist ebenfalls Zeit für ein professionelles Team in der Parteizentrale, das kommunikations- und marketingtechnisch aufrüstet.“ [Zeiler 2019:19] Die große Personalrochade der SPÖ blieb aus, die Führungsgremien der Partei wurden nur sehr wenig umbesetzt.

5.1.7 Nationalratswahl 2019:

Im Mai 2019 tauchte in den Medien ein Video aus dem Jahr 2017 auf und sorgte für Aufregung. Darin sind Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus, also der Parteichef und der Wiener Landeschef der FPÖ, mit einer angeblichen, russischen Oligarchennichte auf einer Finca auf der spanischen Insel Ibiza zu sehen. Das Gespräch drehte sich um Einflussnahme in der österreichischen Medienlandschaft, Parteienfinanzierung und die Vergabe von Staatsaufträgen. Strache und Gudenus mussten nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos ihre Positionen innerhalb der FPÖ niederlegen. In seiner Mitteilung an die Presse löste Bundeskanzler Sebastian Kurz die Regierungskoalition mit der FPÖ auf und kündigte Neuwahlen an. Ein Weiterführen der Koalition scheiterte an Personalfragen. „Zum endgültigen Bruch der Koalition kam es jedenfalls als Kurz Bundespräsident Alexander van der Bellen die Entlassung Kickls vorschlug.“ [Toth 2019:131] Daraufhin traten alle freiheitlichen Regierungsmitglieder zurück, Sebastian Kurz bildete eine Übergangsregierung und besetzte die vorher freiheitlichen MinisterInnenposten mit ExpertInnen. So hätte er bis zur Nationalratswahl im September Bundeskanzler bleiben können, hatte jedoch keine parlamentarische Mehrheit mehr. „Hier rächte sich, dass es offenbar keinen Gesprächsfaden mehr zur SPÖ gab, oder er wollte ohnehin beweisen, dass er mit Sozialdemokraten nichts zu tun haben wollte.“ [Brandstätter 2019:173f] So stimmte die SPÖ gemeinsam mit der FPÖ für den von der Liste Jetzt eingebrachten Misstrauensantrag zur Abwahl Sebastian Kurz. Der Bundeskanzler musste seinen Platz räumen. Sebastian Kurz hatte zu keiner Zeit das Gespräch mit der SPÖ gesucht und so sprach Pamela Rendi-Wagner eine Empfehlung für die Zustimmung zum Misstrauensantrag aus. „Der massive Gegenwind, der der SPÖ und ihrer Vorsitzenden nach dem erfolgreichen Misstrauensantrag entgegenblies, war absehbar. Mit Kritik in der öffentlichen Meinung wurde gerechnet.“ [Hirsch 2019:78] Zu diesem Zeitpunkt sank die SPÖ in den Umfragen auf bis zu 20 Prozent und damit auf den dritten Platz hinter der FPÖ.

Die SPÖ setzte im Wahlkampf 2019 auf den Slogan “Menschlichkeit siegt” und unter anderem auf Themen wie Gesundheitsversorgung, ein Klimaticket und leistbares Wohnen. Die Partei startete mit internen Diskussionen um den/die Spitzenkandidatin in den Wahlkampf. Wie auch schon vor der Wahl 2017 war Gerhard Zeiler immer wieder im Gespräch, die SPÖ in den Wahlkampf zu führen. Am Ende wurde der Parteivorsitzenden ihre Möglichkeit auf die Kandidatur nicht abgesprochen und Pamela Rendi-Wagner trat für die SPÖ an.

Sie startete mit schlechten Sympathiewerten in den Wahlkampf und konnte diesen Rückstand nur schwer aufholen. “Die Kandidatin verbesserte sich zwar inhaltlich in den TV-Duellen und überraschte professionelle Beobachter in deren negativer Erwartungshaltung positiv. Der in zahlreichen Umfragen schon davor dokumentierte Absturz bei den Sympathiewerten war damit aber nicht auszugleichen.” [Hofer 2019:33f] Persönliche Angriffe auf Sebastian Kurz, unklare Äußerungen zum Thema Vermögenssteuer und ein scheinbar unerreichbares Wahlziel, stimmenstärkste Partei zu werden, prägten den Wahlkampf. Das Ergebnis fiel sehr ernüchternd aus: 21,18 Prozent der Stimmen konnte die SPÖ für sich gewinnen, 5,68 Prozent weniger als bei der Wahl 2017.

Gewinne und Verluste 2017- 2019

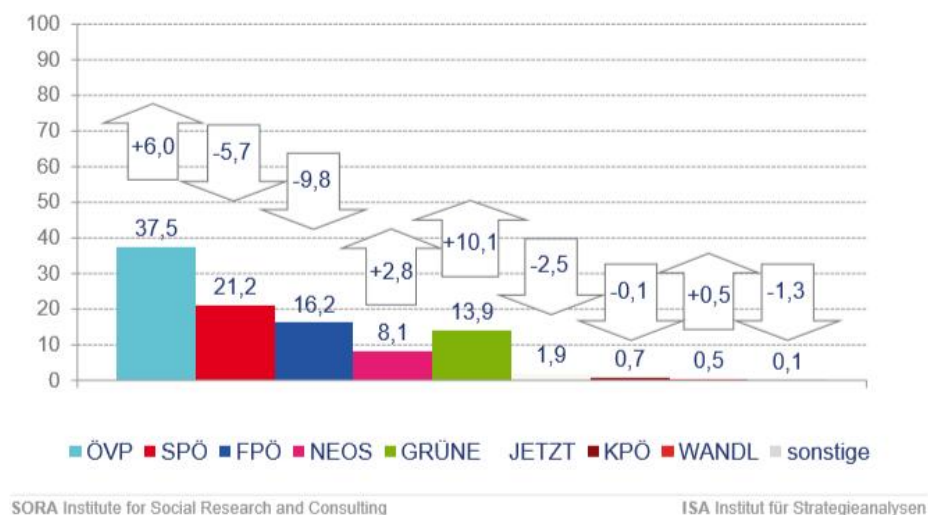


Abbildung 4: Ergebnis Nationalratswahl 2019 (Vergleich zu 2017)

Bei der Nationalratswahl 2019 kam die SPÖ auf 21,2 Prozent der Stimmen und belegte so, wie auch bei vorhergehenden Wahl 2017, hinter der ÖVP den zweiten Platz. Im Vergleich zur Wahl 2017 hat die SPÖ 5,7 Prozent der WählerInnenstimmen verloren und das schlechteste Ergebnis der Parteigeschichte erzielt. Bei der Nationalratswahl 1990 kam die Partei auf 42 Prozent der Stimmen, fast 30 Jahre später hat sich die Zustimmung halbiert. “Rechnet man die Nichtwähler dazu, haben sich nicht einmal 20 Prozent aller Wahlberechtigten dafür entschieden, die SPÖ zu wählen.” [Zeiler 2019:11] Es kam nach der Wahl auch zu keiner Regierungsbeteiligung der SPÖ.

Anders als 2017 verlor die SPÖ den Großteil der Stimmen nicht an die FPÖ, sondern die Grünen zogen am meisten ehemalige SPÖ-WählerInnen an. “Die SPÖ kann bei dieser Wahl 68% ihrer WählerInnen von 2017 wieder für sich gewinnen. Zugewinne erzielt die SPÖ mit 36.000 Stimmen von der FPÖ. 45.000 SPÖ-Stimmen kommen von

ehemaligen NichtwählerInnen (inkl. Personen, die 2017 noch nicht wahlberechtigt waren). Mit 193.000 Stimmen erleidet die SPÖ den größten Verlust an die Grünen, gefolgt von 74.000 an die ÖVP.” [SORA/Institut für Strategieanalysen 2019:3] Die großen Verluste bringen auch weniger Mandate im Nationalrat mit sich: Waren es 2017 noch 52, verliert die SPÖ nun 12 Mandate und kommt 2019 nur mehr auf 40 Sitze im Parlament. Doris Bures bleibt weiterhin zweite Nationalratspräsidentin. Nach Christian Kerns Rückzug aus der Politik, folgte ihm Pamela Rendi-Wagner als sozialdemokratische Klubvorsitzende.

“Zumindest das öffentlich kommunizierte Ziel, stärkste Partei zu werden, wurde um mehr als 15 Prozent verfehlt.” [Zeiler 2019:11] Anzumerken ist hier jedoch, dass ein Erreichen dieses Ziels bereits vor der Wahl als sehr unwahrscheinlich galt. Die SPÖ hatte im Rennen um den ersten Platz bei dieser Wahl, realistisch gesehen, nie ernsthaft teilgenommen.

NR-Wahl 2019 – Sitze im Nationalrat

Vorläufiges Endergebnis mit Briefwahl (ohne Wahlkarten)

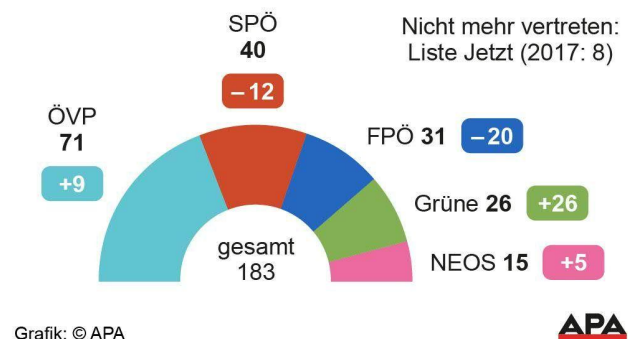


Abbildung 5: Mandatsverteilung 2019 (Veränderung zu 2017)

5.1.8 Erneute Opposition und Mitgliederbefragung:

Auch bei den anschließenden Koalitionsverhandlungen stellte die SPÖ für Sebastian Kurz keine wirkliche Option dar, eine Regierungsbeteiligung war also nicht absehbar. „Das Ergebnis der Nationalratswahl am 29. September 2019 hat gezeigt, dass die SPÖ weit davon entfernt ist, von den Wählerinnen und Wählern Verantwortung übertragen zu bekommen.“ [Zeiler 2019:11] Der SPÖ blieb also auch nach dieser Wahl nur der Gang in die Opposition übrig.

Mitte Februar 2020 nahm Pamela Rendi-Wagner die Sache selbst in die Hand und stellte allen Mitgliedern der SPÖ die Vertrauensfrage. Die Parteimitglieder sollten nun entscheiden, ob sie an der Spitze der SPÖ bleiben soll und ihr das Vertrauen in ihre Arbeit bzw. ihren Weg aussprechen. Anfang Mai präsentierte die SPÖ das Ergebnis der partei-internen Umfrage. 41,3 Prozent der SPÖ Mitglieder nahmen an dem Votum über Rendi-Wagners Zukunft teil und 71,4 Prozent der Befragten sprachen sich für eine Fortsetzung ihrer Arbeit aus. Pamela Rendi-Wagner bleibt also weiterhin SPÖ-Parteivorsitzende.

5.2 Die SPÖ in der Krise?

Betrachtet man die Wahlergebnisse der SPÖ in den letzten dreißig Jahren, sieht man häufig Stimmenverluste. Bei den meisten Nationalratswahlen sank die Zustimmung im Vergleich zum vorhergehenden Urnengang. Das zeigen auch die konkreten Zahlen: Konnte die SPÖ bei der Wahl 1990 noch 42,7 Prozent der WählerInnenstimmen für sich gewinnen, so war es bei der letzten Nationalratswahl 2019 mit 21,2 Prozent nur mehr die Hälfte. Die Zahlen spiegeln also keinen positiven Trend der österreichischen Sozialdemokratie wieder. Doch reicht das um die aktuelle Situation der SPÖ als „Krise“ zu bezeichnen? Wolf-Dieter Narr kritisiert in seinem Buchkapitel *„Zur Genesis und Funktion von Krisen - einige systemanalytische Marginalien“* den inflationären, leichtfertigen Umgang mit dem Begriff „Krise“. „Man spricht von einer Krise der Persönlichkeit ebenso wie von einer der Regierung oder der Umwelt. Dieses inflationären Gebrauchs halber ist auch das Rekognitionsproblem für den Krisenbegriff, d. h. die Beantwortung der Frage, was jeweils an Wirklichkeit dem Begriff entspreche, welche Wirklichkeit er indiziere oder mehr noch begreife, besonders prekär.“ [Narr 1973:224] Der Terminus findet seinen Gebrauch also in mehreren Kontexten. Die Krise wird als Ausnahmezustand gesehen, der vorhergehende oder anschließend bestehende, Normalzustand wird

vorausgesetzt. „Klar scheint nur, daß der Krisenterminus jeweils einen Zustand der Gefahr benennt, sei es die Gefahr des Identitäts-oder Bestandsverlusts einer in der ‚Krise‘ sich befindenden Person oder Institution.“ [Narr 1973:224] Diese Definition ist allgemein gehalten, lässt sich aber trotzdem auf die SPÖ umlegen: So würde die Krise der österreichischen Sozialdemokratie die Gefahr des Ausscheidens der SPÖ aus dem politischen Einflussbereich, beinhalten. Die Gefahr, dass die SPÖ in den nächsten Jahren nicht mehr Teil der österreichischen Politik ist, sehe ich nicht gegeben. Eine markante Minimierung ihres politischen Einflusses ist hingegen schon eher wahrscheinlich. Ihre bestehende politische Macht und Mitgestaltungsmöglichkeit verringert sich auf Grund der sinkenden Wahlergebnisse. „Wenn sich die SPÖ nicht programmatisch, kommunikativ und organisatorisch neu ausrichtet; wenn sie nicht versteht, was die echten Sorgen der Menschen sind, und Antworten darauf findet, wird sie zu einer Kleinpartei werden.“ [Zeiler 2019:12] Gerd Mielke beschreibt die Krisensymptomatik politischer Parteien in seinem Buchkapitel *„Parteienkrise durch Parteieliten? Anmerkungen zur Diskussion über den Niedergang der deutschen Parteien“* folgendermaßen: „Unter Parteienkrise werden hier – in Anlehnung an die gängigen Funktionszuweisungen für Parteien in den liberalen Wettbewerbsdemokratien – Funktionsverluste in den drei zentralen Funktionsbereichen der Repräsentation und Integration, der Regierungsbildung und der politischen Teilhabe verstanden.“ [Mielke 2009:378] Legt man diese Definition auf die aktuelle Lage der SPÖ um, ist zu erkennen, dass die SPÖ genau in diesen drei Funktionsbereichen in den letzten Jahren an Einfluss verloren hat. Ganz offensichtlich zeigt sich das in den Wahniederlagen, also dem sinkenden Zuspruch der WählerInnen. Diese Wahlverluste bringen auch einen wesentlichen Einschnitt in der sozialdemokratischen Repräsentation mit sich: deutlich zeigt sich der Verlust von Repräsentation und Regierungsbildung bei der Wahl 2017. Von 2008 bis 2017 besetzte die SPÖ die Position des Bundeskanzlers und musste das Amt anschließend an die ÖVP abgeben. Die SPÖ agierte von diesem Zeitpunkt an aus der Opposition, war also auch nicht Teil der Regierungskoalition, was einen Einschnitt in die Präsenz der Sozialdemokratie bedeutete. „Die SPÖ als größte Oppositionspartei ist ohnedies auf Tauchstation.“ [Klien 2018:129] Das bedeutete einen wesentlichen Einschnitt der Repräsentation und der Mitbestimmungsmöglichkeiten. Hinzu kommt, dass sich die Anzahl der SPÖ Nationalratsmandate in den letzten dreißig Jahren halbiert hat, von 80 Abgeordneten 1990 auf 40 Mandate im Jahr 2019. Betrachtet man den näheren Zeitabschnitt der letzten beiden Wahlen 2017 und 2019, ist der oben genannte Funktionsverlust auch zu erkennen. Die SPÖ verlor bei

der Nationalratswahl 2019 zwölf Mandate und rutschte von 52 auf 40 Angeordnete. Nicht nur die institutionelle Repräsentation ist merkbar kleiner geworden, auch die öffentliche Präsenz hat sich verringert. „SPÖ? Sie fokussiert aktuell leider allem voran auf die parlamentarische Ebene, spielt hier eine beleidigte Minderheit, nützt bestenfalls das von den Vorgängerregierungen beschlossene Minderheitenrecht, ist aber hinsichtlich der öffentlichen Meinung (fast) nicht vorhanden.“ [Schoibl 2018:240]

Blickt man von der Außenposition auf die SPÖ, wirkt die Parteispitze nicht unbedingt im Krisenmodus. Bei der Wahl 2019 trat Pamela Rendi-Wagner mit dem häufig kommunizierten Ziel, stimmenstärkste Fraktion werden zu wollen, an. Wie bereits erwähnt, kämpfte die SPÖ aber real gesehen nie um den Wahlsieg mit. Die SPÖ hätte sich ehrlich eingestehen müssen, dass dieses Ziel zu hoch gesteckt war. Die Außenwirkung dieses Vorhabens ist jedoch eindeutig: die Parteispitze der SPÖ hat die aktuelle Lage der Sozialdemokratie nicht erkannt bzw. will sie nicht wahrhaben. „Doch erstaunlicherweise empfinden die Sozialdemokraten die Dramatik und Tiefe der Krise nicht.“ [Micus 2011:40] Die SPÖ vermittelt also nach außen das Gefühl, sich ihrer Krise nicht bewusst zu sein.

Zusammenfassend ist zu sagen: Bei der näheren Auseinandersetzung mit dem Begriff „Parteienkrise“ hat sich für mich herausgestellt, dass sich die SPÖ in einer Krise befindet, da sie alle angeführten Kriterien erfüllt und sich ihr Einflussbereich auf Bundesebene in den letzten Jahren merkbar verringert hat. „Die Sozialdemokratie steckt in ihrer tiefsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Eindrucksvoll wird dies durch einen Blick auf die Wahlergebnisse der jüngeren Vergangenheit verdeutlicht.“ [Bandau 2019:588] Damit bestätigt sich auch meine erste Hypothese, die SPÖ befindet sich eindeutig in einer parteipolitischen Krise.

5.3 Die WählerInnen der SPÖ:

In diesem Kapitel werde ich mich mit den WählerInnen der SPÖ beschäftigen. Wer sind sie und welche Faktoren machen sie aus? In meinen Hypothesen und den theoretischen Hintergründen geht es unter anderem auch um die sozialdemokratische KernwählerInnengruppe, also jene/r Wähler/in, der/ die auf Grund seines/ ihres sozialen und gesellschaftlichen Kontextes mit hoher Wahrscheinlichkeit die SPÖ wählt. „Dieser lebt also in einem bestimmten Kontext. Sein ökonomischer Status, seine Religion, sein Wohnort, sein Beruf und das Alter definieren die sozialen Kreise, die Einfluss auf seine Entscheidung gewinnen. Jeder soziale Kreis hat seine eigene Norm, deren Einhaltung mit Integ-

ration belohnt wird.“ [Roth 2008:30] Und so gibt es auch den/ die typische/n SPÖ-WählerIn, der/die sich folgendermaßen beschrieben lässt: „Der weitaus größte Teil der Arbeiter, der Bewohner von Wien und anderen großen Städten sowie der religiös Nicht-Aktiven gehört dagegen dem SPÖ-Lager an.“ [Müller 1997:228]

Unter der Überschrift „sozialdemografische Faktoren“ führe ich Geschlecht und Alter der WählerInnen an. Wichtig zu erwähnen ist jedoch, dass es sich auch bei den Cleavages um soziale Konfliktlinien handelt, die auch sozialdemografische Hintergründe der WählerInnen beinhalten. Dasselbe gilt auch für die politischen Faktoren.

5.3.1 Sozialdemografische Faktoren

5.3.1.1 Geschlecht:

Die SPÖ weist traditionell keinen signifikanten Gender-Gap (Unterschied in der Anzahl der Wählerinnen gegenüber den Wählern) auf. Über die Jahre hat sich jedoch gezeigt, dass Frauen ein wenig stärker zur SPÖ tendieren. „Analysing the overall gender gap in vote choice models for the period of 1986– 2006, our data reveal that indeed more women than men voted for the SPÖ [...].“ [Kritzinger/ Zeglovits/ Lewis-Beck/ Nadeau 2013:40] Ein eindeutiger Trend ist jedoch nicht zu beobachten. Bei einigen Wahlen hatte die SPÖ mehr weibliche Zustimmung, bei anderen sind die Zahlen ausgeglichen. Existiert ein Geschlechterunterschied bei den WählerInnen der SPÖ, dann äußert sich diese Differenz zu Gunsten der Wählerinnen. „Male voters tended more often to vote for the ÖVP, while women preferred the SPÖ more often.“ [Plasser 2016: 174f] Das zeigt sich auch bei den letzten Nationalratswahlen: 2017 stimmten ein wenig mehr Frauen für die SPÖ. Die Grafik zeigt uns einen Unterschied von 4 Prozent-Punkten. „Auffallend ist, dass der Gender-Gap (Geschlechterdifferenz) bei den Rest-Grünen nur mehr sehr schwach ausgeprägt ist, währenddessen dieser bei der SPÖ größer geworden ist.“ [Hajek 2017:185]

Wahlverhalten nach Geschlecht

In Prozent aller Deklarierenden, Wahltagsbefragung Nationalratswahl 2017 im Auftrag des ORF

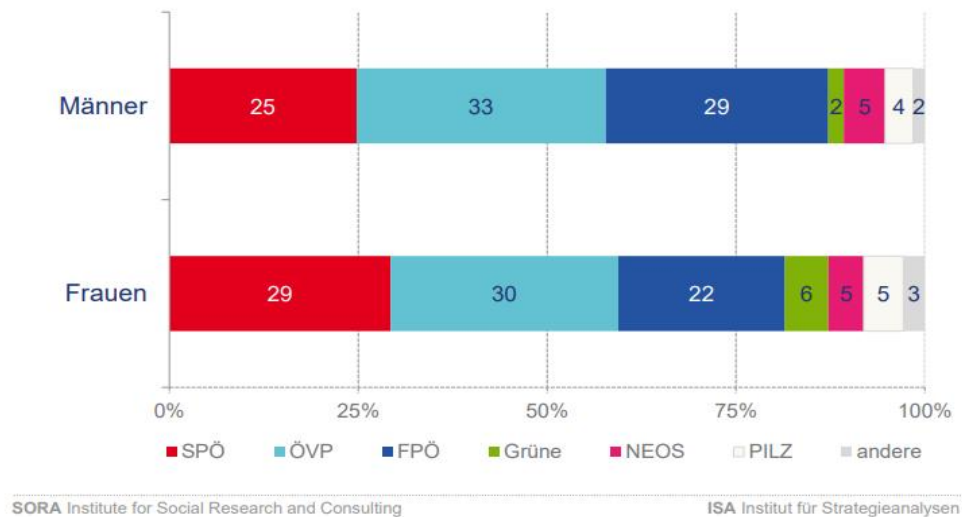


Abbildung 6: Wahlverhalten nach Geschlecht 2017

Die SPÖ konnte bei dieser Wahl viele der tendenziell eher weiblichen Stimmen der Grünen gewinnen. Das hat auch einen Einfluss auf die Geschlechterdifferenz der beiden Parteien: der Gender-Gap ist 2017 bei den Grünen rückgängig, bei der SPÖ ist er angestiegen.

Wahlverhalten nach Geschlecht

In Prozent der Deklarierenden, Wahltagsbefragung Nationalratswahl 2019 im Auftrag des ORF

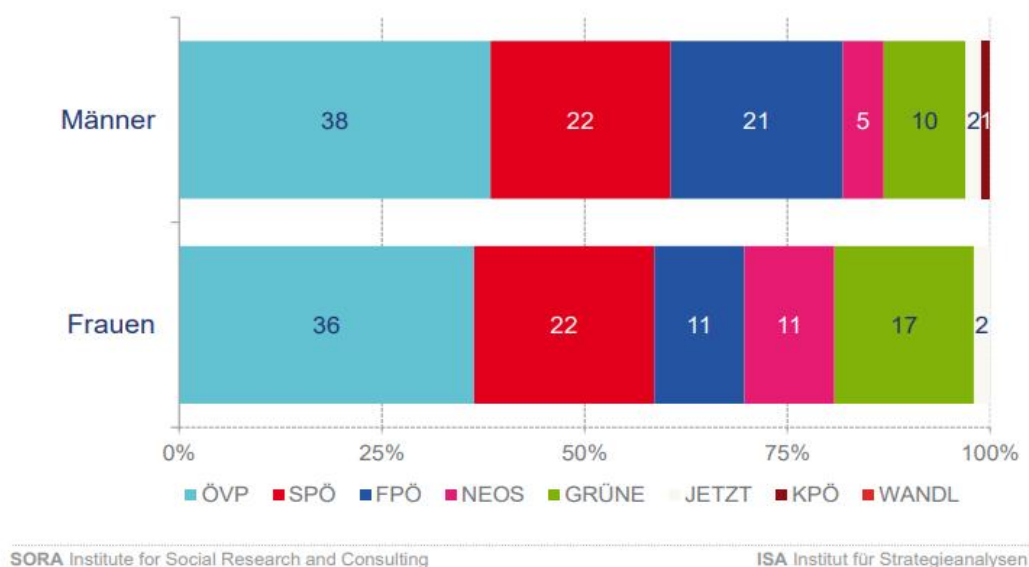


Abbildung 7: Wahlverhalten nach Geschlecht 2019

Bei der Wahl 2019 ist diese Differenz dann rückläufig, die Zahlen sind wieder angeglichen. Viele der Grünwählerinnen, die 2017 für die SPÖ stimmten, kehrten 2019 wieder zu ihrer Ursprungspartei zurück und so sind die Zahlen der Wählerinnen wieder angeglichen. „Bei der Nationalratswahl 2019 unterschied sich das Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen vor allem bei FPÖ, NEOS und den Grünen. [...] Bei ÖVP und SPÖ gab es dieses Mal hingegen kaum Unterschiede.“ [SORA/Institut für Strategieanalysen 2019:4]

5.3.1.2 Alter:

Wie die beiden Grafiken der Wahlen 2017 und 2019 zeigen, akquiriert die SPÖ die meisten Stimmen aus der Altersgruppe über 60 Jahren. Am wenigsten Zuspruch erhält sie von den unter 29-Jährigen. Hier ergibt sich also folgender Trend: je älter die WählerInnen umso wahrscheinlicher ist ihre Stimme für die SPÖ. Ähnlich ist es übrigens bei der ÖVP: „[...] the SPÖ and the ÖVP had always been more successful among old voters, while the FPÖ and the Greens gained the most votes from younger age groups.“ [Kritzinger/ Zeglovits/ Lewis-Beck/ Nadeau 2013:43] Die ÖVP ist jedoch bei ihrem Wahlsieg 2017 in allen drei Altersgruppen am stärksten vertreten.

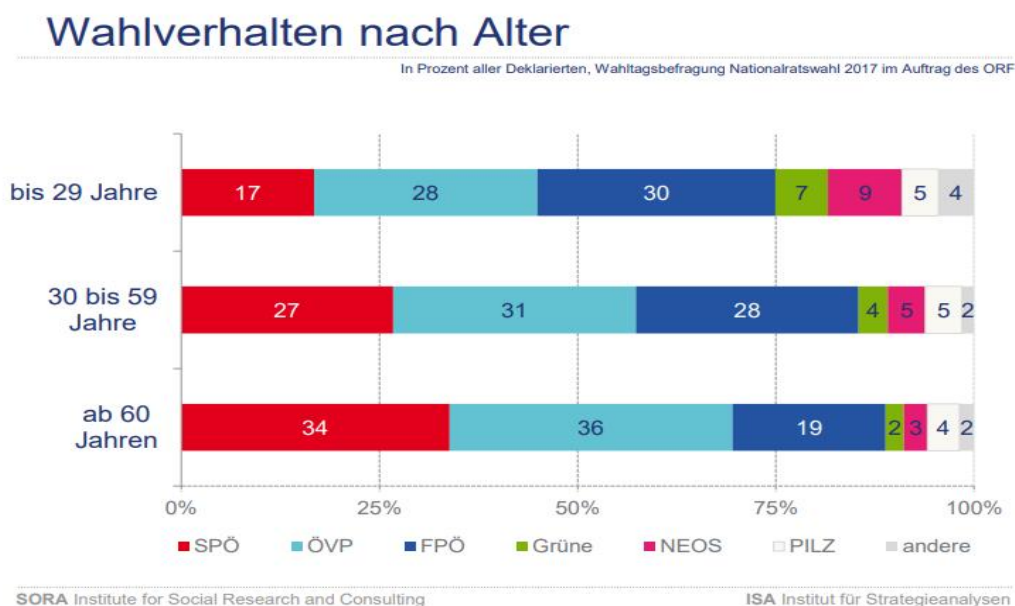


Abbildung 8: Wahlverhalten nach Alter 2017

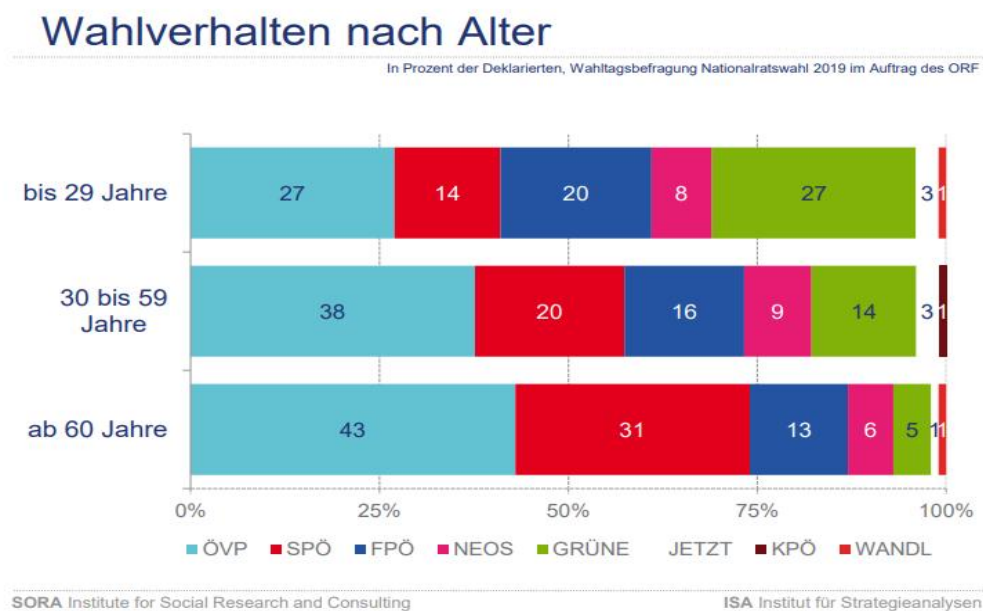


Abbildung 9: Wahlverhalten nach Alter 2019

Das Ergebnis der Wahl 2019 zeigt eine große Kluft: ÖVP und SPÖ erhielten insbesondere Stimmen der WählerInnen ab 60 Jahren (43 bzw. 31 Prozent), gemeinsam kamen sie auf rund drei Viertel der Stimmen.“ [SORA/Institut für Strategieanalysen 2019:4] Es zeigt sich auch, dass die FPÖ und die Grünen bei den Jüngeren stark abschneiden und deutlich vor der SPÖ liegen.

Die Grafiken zeigen auch, dass die SPÖ vermehrt von Frauen über 45 Jahren gewählt wird, 2017 lag sie in dieser Gruppe, mit 33 Prozent, an erster Stelle. Das schlechteste Ergebnis erreicht die SPÖ bei den Männern bis 44 Jahren. 2017 konnte sie 21 Prozent dieser WählerInnengruppe für sich gewinnen, 2019 zeigt sich: „Dass die Nachwahlumfragen aufzeigen, dass die SPÖ bei den Unter-Dreißigjährigen gerade einmal drittstärkste Partei geworden ist und auch bei den Frauen die Nummer-eins-Position an die ÖVP abgegeben hat, ist ein echtes Warnsignal.“ [Zeiler 2019:13f]

Zusammenfassend kann man sagen, dass die SPÖ vor allem bei den Unter-29-Jährigen von allen Parteien am schlechtesten abschneidet, ebenso in der Kategorie der Männer unter 44. Dieses Muster hat sich zwischen den Wahlen 2017 und 2019 noch verstärkt.

5.3.2 Cleavages nach Lipset und Rokkan:

5.3.2.1 Klasse (Kapital/Arbeit):

Um die Konfliktlinie Arbeit-Kapital darzustellen, werden meist die Faktoren Bildung und beruflicher Hintergrund herangezogen. „‘Klasse‘, also die Zugehörigkeit zu einer durch ihre Funktion im Wirtschaftssystem definierte Bevölkerungsgruppe – Bauern, Gewerbetreibende, Beamte/Angestellte, Arbeiter;“ [Müller 1997:228] Auch ich werde mich der Analysefaktoren der Bildung und des beruflichen Hintergrundes bedienen um die KernwählerInnenschaft der SPÖ genauer beschreiben zu können. Die Konfliktlinie der „Klasse“ spielt sich zwischen Elite und ArbeiterInnen ab. „Class conflict takes place most fundamentally between workers and capitalists in industrial sectors of the economy, but it takes place primarily between peasants (or, later, agricultural workers) and large landowners in the agricultural sectors.“ [Clark 2013:627] Sozialdemokratische Parteien, so auch die SPÖ, entstanden entlang dieser Konfliktlinie, ihr Ziel ist es für eine Umverteilung des Wohlstandes zu kämpfen und so für mehr Gleichstellung zu sorgen. Diese Einstellung zog besonders ArbeiterInnen und Angestellte an, die so die KernwählerInnenschaft der SPÖ bildeten.

„Die Faktoren Bildung und Erwerbsstatus haben sich im Laufe der Jahre verändert, lange Zeit stellte die Bildung eine wesentlich Trennlinie zwischen den WählerInnen der ÖVP und SPÖ dar. „Wählerinnen und Wählern mit niedrigerem Bildungsabschluss wählten früher vornehmlich die SPÖ.“ [Johann/ Glantschnigg/ Glinitzer/ Kritzingner/Wagner 2014:192] Das Cleavage verschob sich über die Jahre, es stellt mittlerweile keinen Unterschied mehr zwischen ÖVP und SPÖ dar. Das Bildungsniveau zeigt jedoch einen Kontrast zu den restlichen, im Nationalrat vertretenen, Parteien auf. Während die FPÖ eher Leute mit niedrigem Bildungsabschluss anspricht, wählen gebildete Menschen eher die Grünen oder die NEOS. Für NEOS-SympathisantInnen spielt allerdings auch die Unzufriedenheit mit den langjährigen Regierungsparteien eine Rolle für die Wahlentscheidung: „The Neos mainly appeal to the younger, urban, educated, and skilled workers electorate and to those who are discontent with the performance of SPÖ and ÖVP.“ [Plasser 2016:173]

Die SPÖ hat sich im Laufe der Jahre von der Partei einer ArbeiterInnen-Schicht mit tendenziell niedrigerem Bildungsniveau zu einer Partei der Mittelschicht entwickelt. Dabei ist sie in ihren WählerInnenschichten mit Konkurrenz konfrontiert. „Consequent-

ly, social democrats have faced the same competition for votes among their working class constituencies (from the radical right) and for new targets among middle class segments (from the Greens).“ [Rennwald/Evans 2014:1109] Die Rolle der Partei für die Unterprivilegierten musste an die FPÖ abgetreten werden, die mittlerweile die Wahlergebnisse bei den ArbeiterInnen anführt. „Die Wählergruppe der Industriearbeiter ist aber nicht bloß geschrumpft. Sie wurde auch konservativer und dabei empfänglicher für rechtspopulistische, nationalistische, fremdenfeindliche Agitation.“ [Nowotny 2018:31] Bei diesem Ruck nach rechts folgte die SPÖ-Spitze ihren WählerInnen nicht und die KernwählerInnenschaft hat sich abgewandt. So wurde die traditionelle Zuordnung aufgehoben und die Selbstverständlichkeit mit der ArbeiterInnen viele Jahre sozialdemokratisch gewählt hatten, geht zurück. Die SPÖ stellt für sie keine politische Heimat mehr dar. „Eigentlich ist es so, dass die Personengruppe, die als Arbeiter_innenklasse bezeichnet wird, einfach nicht mehr automatisch die Sozialdemokratie wählt.“ [Foltin 2018:101]

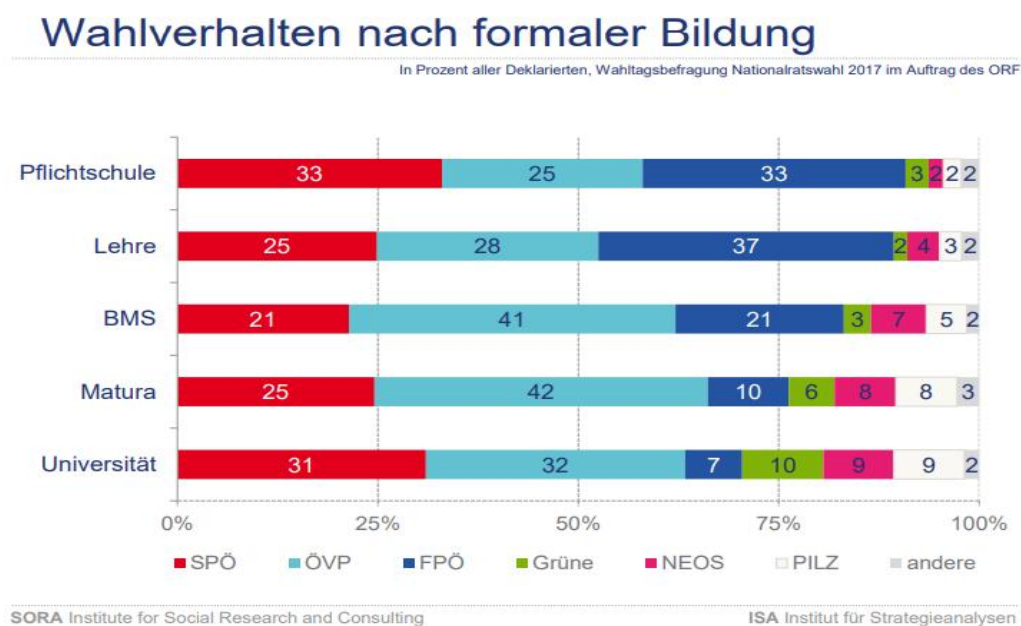


Abbildung 10: Wahlverhalten nach formaler Bildung 2017

Das zeigte sich auch bei der Wahl 2017. Hier schnitt die SPÖ bei Menschen mit Matura und bei AkademikerInnen sehr gut ab. „Die SPÖ ist nicht mehr die Partei der Unterprivilegierten. Sie ist in der Arbeiterschaft nur mehr Dritter, ebenso bei den Pflichtschul- und Berufsschulabsolventen.“ [Hajek 2017:184f] Die SPÖ ist zwar weiterhin bei Ab-

solventInnen der Pflichtschule stark vertreten, jedoch teilt sie sich dieses Ergebnis mit der FPÖ. Bei AkademikerInnen liegt die SPÖ knapp hinter der ÖVP auf dem zweiten Platz, ein besonders gutes Ergebnis für die sozialdemokratische Partei. Den Grund für die große Zustimmung aus dem universitären Bereich könnte auch hier die WählerInnenstromanalyse zeigen. Wie bereits erwähnt, konnte die SPÖ bei dieser Wahl besonders viele Stimmen von ehemaligen Grün-WählerInnen gewinnen und musste bei ihrem traditionellen Klientel Verluste hinnehmen. „Die SPÖ verlor massiv Stimmen von enttäuschten ArbeiterInnen und Angestellten an die FPÖ. Zugleich gewann sie Stimmen relativ privilegierter Lohnabhängiger, vorwiegend AkademikerInnen, dazu, die vormalig die Grünen gewählt hatten.“ [Zeller 2018:294] Wie obenangeführt, sind die WählerInnen der Grünen tendenziell besser gebildet, das hebt in diesem Fall den Bildungsdurchschnitt der SPÖ-WählerInnen und erklärt den steigenden Erfolg bei AkademikerInnen. „Die Unterscheidung nach formaler Bildung zeigt, dass SPÖ und FPÖ diesmal bei Personen mit Pflichtschulabschluss gleichauf bei je 33 Prozent lagen. Neben einem ebenfalls guten Abschneiden unter AkademikerInnen war dies gleichzeitig das beste Teilergebnis der SPÖ nach Bildungsgrad.“ [SORA/Institut für Strategieanalysen 2017:5f]

Sieht man sich die Wahl nach dem Faktor „Erwerbsstatus“ an, sticht eine Zahl besonders heraus. Die SPÖ war vor allem bei PensionistInnen erfolgreich. Diese Zahlen bekräftigen meine vorherigen Überlegungen: Anders jedoch bei ihrer eigentlichen StammwählerInnenschaft, den ArbeiterInnen, muss sich die SPÖ jedoch ganz eindeutig der FPÖ geschlagen geben. „Diese ursprüngliche Kerngruppe ist kleiner geworden.“ [Nowotny 2018: 31] Bei dieser Wahl konnte die SPÖ also vorwiegend bei Angestellten und PensionistInnen punkten, ihre ursprünglichen StammwählerInnen verlor sie jedoch zum größten Teil an die FPÖ.

Wahlverhalten nach Erwerbsstatus

In Prozent aller Deklarierenden, Wahltagsbefragung Nationalratswahl 2017 im Auftrag des ORF

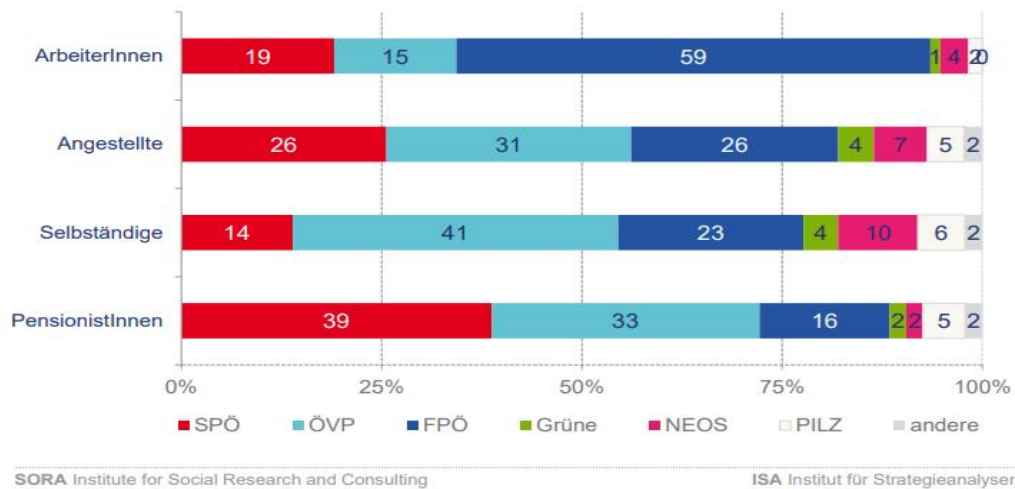


Abbildung 11: Wahlverhalten nach Erwerbsstatus 2017

Bei der Wahl 2019 sah das Ergebnis ein wenig anders aus: Die SPÖ konnte ihr gutes Ergebnis bei AkademikerInnen nicht halten. Die Grünen konnten ihre StammwählerInnen wieder zurückgewinnen und die Stimmen von Menschen mit Matura oder Hochschulabschluss wanderten zu ihnen zurück. Bei PflichtschulabsolventInnen ist die SPÖ jedoch weiterhin am stärksten vertreten. „Die Unterscheidung nach formaler Bildung zeigt ebenfalls starke Abweichungen: Personen ohne Matura stimmten häufiger für

Wahlverhalten nach formaler Bildung

In Prozent der Deklarierenden, Wahltagsbefragung Nationalratswahl 2019 im Auftrag des ORF

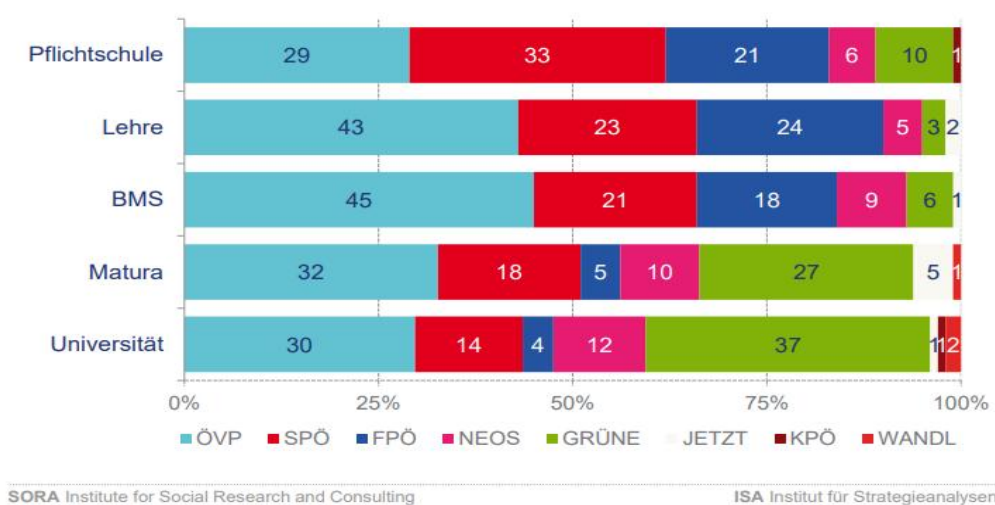


Abbildung 12: Wahlverhalten nach formaler Bildung 2019

ÖVP, SPÖ und vor allem FPÖ, jene mit Matura oder Hochschulabschluss für die Grünen – sie waren mit rund einem Drittel der Stimmen stärkste Partei in dieser Gruppe. Unter Personen mit Pflichtschulabschluss lag die SPÖ auf Platz eins.“ [SORA/Institut für Strategieanalysen 2019:5f]

Bei der Kategorie „Erwerbsstatus“ zeigt sich, dass die SPÖ bei den PensionistInnen verloren hat. Konnte sie gemäß der Analyse von 2017 noch 38 Prozent für sich gewinnen, sind es 2019 nur mehr 31 Prozent, der erste Platz in dieser Kategorie musste an die ÖVP abgegeben werden. Auch bei den Angestellten hat die SPÖ an Zustimmung verloren. Nur bei den ArbeiterInnen profitiert die SPÖ vom rückgängigen Ergebnis der FPÖ und kann zulegen. Trotzdem ist weiterhin deutlich zu sehen, dass die SPÖ bei PensionistInnen den meisten Zuspruch hat, mit Abstand folgen die ArbeiterInnen und die Angestellten.

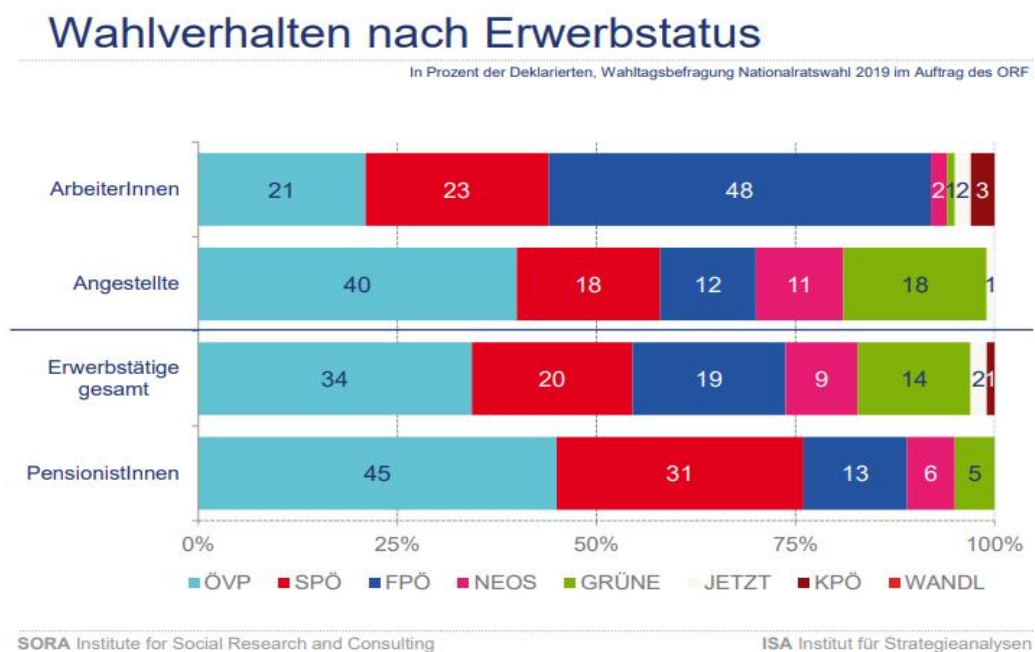


Abbildung 13: Wahlverhalten nach Erwerbsstatus 2019

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die SPÖ besonders bei WählerInnen mit Pflichtschulabschluss erfolgreich ist. Die Analyse zeigt bei den zwei untersuchten Wahlen jedoch ein Muster: Ist die FPÖ bei der Wahl erfolgreich, stimmen weniger ArbeiterInnen für die SPÖ. Erlebt die FPÖ, wie 2019 eine Wahlschlappe, kann die SPÖ Stimmen

der ArbeiterInnen von der FPÖ gewinnen. Stark vertreten ist die SPÖ hingegen jedenfalls bei PensionistInnen.

Die traditionelle Dominanz der SPÖ in der ArbeiterInnenschicht nimmt weiter langsam ab, es gibt dafür mehrere Gründe: „Die klassische Form des Arguments sieht im Schrumpfen der Arbeiterschaft, die seit jeher die Stammwählerschaft sozialdemokratischer Parteien bildete, die zentrale Ursache für deren Niedergang.“ [Bandau 2019:590] Die SPÖ schöpft also aus einem abnehmenden WählerInnen-Kontingent. „Social democratic parties appear to have lost a good deal of the vote share they received from manual workers in the past.“ [Best 2011:291] Um diesem Trend entgegenzuwirken, gab es bei den SozialdemokratInnen einen sogenannten elektoralen Trade-Off (vgl. Bandau 2019:590) zwischen den Stimmen der ArbeiterInnen und der Mittelschicht. Die ehemalige KernwählerInnenschaft wurde gegen eine neue, anwachsende Bevölkerungsgruppe eingetauscht. „Neuere Studien bestätigen das sozialdemokratische Wahldilemma, indem sie nachweisen, dass die immer stärkere wahlstrategische Ausrichtung an der Mittelschicht zu einer Abwendung der Arbeiterschaft führt [...].“ [Bandau 2019:590f] Die ArbeiterInnen wenden sich so immer häufiger ab und entscheiden sich für politische Alternativen, häufig fällt die Wahl dabei auf die FPÖ.

Die österreichische Sozialdemokratie befindet sich demnach in einer elektoralen Breddoullie: sie kämpft mit der FPÖ um die Stimmen der ArbeiterInnen und mit den Grünen um die Mittelschicht. Das sozialdemokratische Problem dabei ist, dass sie keine der beiden WählerInnengruppen geschlossen hinter sich hat und sich in einer wahltechnisch ungünstigen Position befindet. „Denn während sozialdemokratische Parteien mit linksliberalen Parteien um die Stimmen der liberalen Mittelschichten kämpfen, erwächst ihnen mit den Rechtspopulisten gleichzeitig ein starker Herausforderer um die Stimmen der traditionellen Arbeiterschaft“ [Bandau 2019:591]

Dabei ist eine Wechselwirkung zwischen der Partei und ihren WählerInnen zu beobachten: „Zu gleich hat nicht die SPÖ ihre Kernwählerschaft aufgegeben, sondern ihre Kernwählerschaft hat teilweise die SPÖ aufgegeben.“ [Turrini 2018:280] Die Einstellungen und Ideen der SPÖ orientieren sich immer mehr an Postmodernismus und Liberalismus. Diese Grundpositionen entfernen die SPÖ von ihrer ArbeiterInnen-KernwählerInnenschaft, die sich von der Sozialdemokratie nicht mehr verstanden fühlt und sich nach politischen Alternativen umsieht. „In der neuen liberalen Version haben

viele Menschen, vor allem das traditionelle Wählermilieu der Sozialdemokratie, nicht mehr nur keinen Platz mehr, sondern sie werden auch noch von oben herab behandelt.“ [Heisterhagen 2018:109] Die SPÖ ist sowohl in ihrer Parteispitze als auch in ihrer WählerInnenschaft elitärer geworden und verliert auf diesem Weg ihre Verbindung zu ihrer KernwählerInnenschaft, den ArbeiterInnen.

5.3.2.2 Stadt/Land:

Das Cleavage Stadt/Land definiert sich folgendermaßen: „Region: hier ging es vor allem um den Gegensatz zwischen Zentrum („Wasserkopf“ Wien) und Peripherie (womit insbesondere die westlichen und südlichen Bundesländer gemeint sind), was weitgehend auch dem Gegensatz Stadt/Land entsprach.“ [Müller 1997:228] Es ist anzumerken, dass die Stadt/Land- Konfliktlinie in Österreich eher schwach ausgeprägt ist und der Einfluss auf das Wahlergebnis eher gering ist. Es zeigen sich kein starker Einfluss und vor allem keine eindeutige Präferenz der ländlichen oder städtischen WählerInnen.

Das war nicht immer so. Die Konfliktlinie und ihr Einfluss bzw. ihre Bedeutung haben sich über die Jahrzehnte verändert. Nach dem zweiten Weltkrieg konnten die WählerInnen-Präferenzen anhand der Konfliktlinie eindeutiger eingeordnet und analysiert werden: “In the decades after WWII, urbanized voters supported the SPÖ to a great extent, while most of the rural citizens voted for the ÖVP.” [Kritzinger/ Zeglovits/ Lewis-Beck/ Nadeau 2013:33] Mögliche Gründe für das Aufbrechen dieser Konfliktlinien sind zum Beispiel starke, regionale Zugehörigkeitsgefühle. Während im industrialisierten Osten Österreichs, in und rund um die Hauptstadt Wien, eher sozialdemokratisch gewählt wurde, konnte die ÖVP den meisten Zuspruch im ländlicheren Westen gewinnen. „Here, SPOe has its strongholds in the industrialised city of Linz, the former industrialised region of upper Styria, the rural Burgenland, and SPOe’s traditional heartland Vienna.“ [Glantschnigg 2018:29f] Oft änderte sich diese politische Einstellung auch bei inner-österreichischer Migration nicht. Hinzu kommt, dass sich im Laufe der Zeit die österreichische Parteienlandschaft verändert hat und sich mit dem BZÖ, dem Team Stronach (beide über kürzere Zeit), den Grünen und den NEOS den WählerInnen mehr Möglichkeiten bieten.

Dennoch ist eine österreichische Tendenz zu erkennen: “In general, in small areas voters are more likely to support the ÖVP, while in bigger areas (50,000 inhabitants and more) the SPÖ has more supporters.” [Kritzinger/ Zeglovits/ Lewis-Beck/ Nadeau 2013:35]

Hier kann jedoch nicht nach einer schwarz-weiß-Einteilung vorgegangen werden. GroßstadtbewohnerInnen tendieren lediglich ein wenig stärker zu einer Stimme für die SPÖ.

Wie die Grafik zeigt, konnte sich die SPÖ sowohl 2017 als auch 2019 im urbanen Bereich als stimmenstärkste Partei positionieren. Ihr deutlicher Vorsprung bei der Wahl 2017 verringerte sich bei der Wahl 2019 und die ÖVP kam auf 0,2 Prozent an die SPÖ heran. „Gleichzeitig verliert die SPÖ in den Städten stärker als in den Landgemeinden. Der Erklärungsgrund dafür ist einfach: Die Wählerdynamik in Richtung Grüne und NEOS ist im städtisch-urbanen Bereich viel ausgeprägter als ‚am flachen Land‘.“ [Sommer 2019:189] Ein Erstarren der Grünen bedeutete 2019 für SPÖ und ÖVP den ‚Verlust‘ einiger Wiener Bezirke. Die SPÖ kann jene taktischen Stimmen der Grün-WählerInnen von 2017 nicht halten und muss in Wien starke Verluste hinnehmen. Hinzu kommt, dass Parteien wie die Grünen und die NEOS in den letzten Jahren im urbanen Raum deutlich zulegen konnten und somit zum schrittweisen Verkleinern des jahrzehntelangen, sozialdemokratischen Vorsprungs beitragen. „Die SPÖ hat die sozialen Bindungen in die Stadtteile, in die Wohnsiedlungen, in die Betriebe und zu ehemaligen gewerkschaftlichen Basis verloren.“ [Zeller 2018:297]

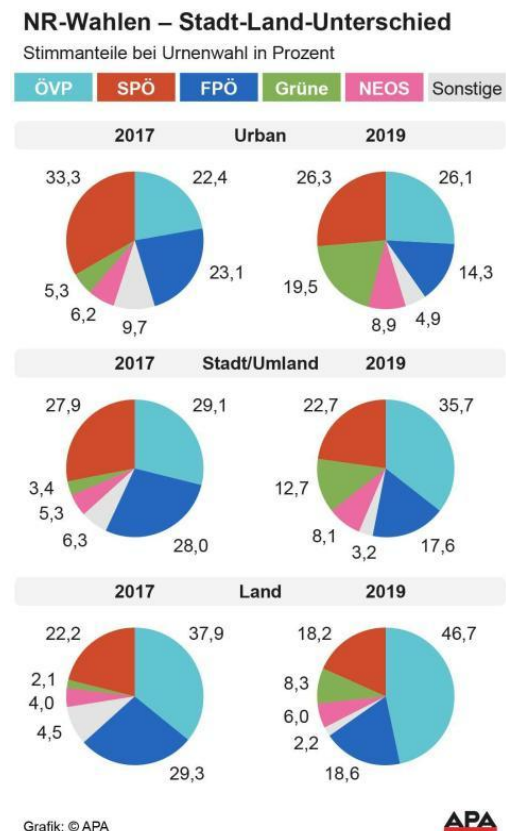


Abbildung 14: Unterschied Stadt/Land Nationalratswahlen 2017/2019

Auch im Bereich Stadt/Umland hat die SPÖ an Zustimmung verloren. Der Rückstand zur ÖVP wurde größer und auch hier kam es zu einem Erstarren der Grün-WählerInnen und somit zu Verlusten der Sozialdemokratie. Die ländliche Region konnte die ÖVP bei beiden Wahlen klar für sich gewinnen. Hier liegt die SPÖ auch hinter der FPÖ nur auf Platz drei.

Zusammenfassend ist zu sagen: Je städtischer der Wohnraum des/der WählerIn desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass er/sie SPÖ wählen. „Tosumup, the distinction-

between the SPÖ and ÖVP on the rural-urban divide is still visible, though it diminishes over time. Other parties exhibit different success rates depending on the size of the area.” [Kritzinger/ Zeglovits/ Lewis-Beck/ Nadeau 2013:35] Ein eindeutiger Trend ist hier jedoch nicht zu beobachten.

5.3.2.3 Kirche/Staat:

Das Cleavage Kirche-Staat ordnet die Parteien eines Systems bzw. deren WählerInnen anhand ihrer Religiosität und Kirchenzugehörigkeit ein. „Religion, wobei hier der wichtigste einzelne Konflikt derjenige zwischen den aktiven Katholiken und den Antiklerikalen ist“ [Müller 1997:228] Betrachtet man diese Konfliktlinie jedoch genauer, kann man einen Rückgang des Einflusses der Konfliktlinie Religion beobachten. „As with other European countries, Austria went through a period of secularization, with fewer people declaring themselves a member of the catholic church or attending church services.“ [Kritzinger/Zeglovits/Lewis-Beck/Nadeau 2013:54]

Religiosität und Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft spielten die ersten Jahre nach 1945 eine bedeutendere Rolle als heutzutage. Die österreichischen Parteien positionieren sich anhand der Konfliktlinie folgendermaßen: „Personen, die häufiger in die Kirche gehen, mehr ‚orthodox‘ im Sinne einer Zustimmung zu Glaubenswahrheiten sind, die (in einem faktorenanalytischen Verfahren) als religiös bzw. kirchlich gelten können, stehen meist der ÖVP näher als der SPÖ oder den übrigen Parteien.“ [Zulehner 1973:116]

Die SPÖ vertritt bis heute eher die säkularen WählerInnen Österreichs. Nach 1945 bildete sie das Gegenüber zur religiös geprägten ÖVP. SPÖ-WählerInnen haben also eine geringe bis gar keine Verbindung zu religiösen Gemeinschaften. Folgender Zusammenhang besteht zwischen dem Kirchengang und der Wahl der SPÖ: „Der regelmäßige Kirchgang bedeutet sogar von Mal zu Mal ein verstärktes Alignment und erzeugt ein politisches Gefühl für Politik in einem stratifizierten Verhältnis je seltener der Kirchgang desto größer die Wahrscheinlichkeit die SPÖ zu wählen.“ [Neubauer 2010:47]

Viele SPÖ-Mitglieder sind zwar Mitglied einer Glaubensgemeinschaft, die Mitgliedschaft besteht jedoch nur auf dem Papier, die meisten zählen zu der Gruppe der ‚Marginalreligiösen‘. Dabei handelt es sich um Menschen, die zwar Mitglied einer Glaubensgemeinschaft sind, diese spielt in ihrem Leben jedoch nur eine marginale Rolle. „Als

Marginal-Religiöser ist die Wahrscheinlichkeit die SPÖ zu wählen am größten.“ [Neubauer 2010:47] Das zeigt auch, dass der Faktor Religionszugehörigkeit auf das tatsächliche Wahlverhalten kaum Einfluss hat. Auch Einstellungen und Programm der SPÖ standen oftmals nicht im Einklang mit manchen Glaubensgemeinschaften. Besonders die Katholische Kirche und die SPÖ unterschieden sich in ihren Meinungen häufig. „Dennoch kam es im Verlauf der Zweiten Republik zu klaren Konflikten mit der Kirche, etwa im Zusammenhang mit der Abtreibungsfrage oder auch in der praktischen Umsetzung des Religionsunterrichts.“ [Sully 1977, In: Dolezal 2019:142]

Um den Einfluss des Cleavages Religion auf die SPÖ vollständig abzubilden, ist es wichtig, MuslimInnen als WählerInnengruppe zu erwähnen. Das Wahlverhalten muslimischer BürgerInnen ist noch nicht so ausgiebig erforscht wie jenes christlicher WählerInnen. Es zeigt sich jedoch, dass MuslimInnen soziale, eher linke Parteien wählen, hier vor allem die SPÖ. „Election research indicates that although Muslims tend to share conservative societal views, naturalized Muslims tend to vote for left-wing parties, in particular for the Social Democratic Party of Austria (SPÖ) rather than for right-wing parties.“ [ISA/SORA 2010; Schlaffer 2010:8, In: Mattes/Rosenberger 2015:131f]

Da die Bedeutung von Religion im Allgemeinen und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung immer mehr in den Hintergrund tritt, gibt es auch für die letzten Nationalratswahlen 2017 und 2019 nur wenig Forschung. Bei der Wahl 2017 zeigt sich weiterhin eine eindeutige Dominanz der ÖVP bei der katholischen WählerInnenschaft. „38 Prozent der Katholiken haben die ÖVP gewählt. Von katholischen sonntäglichen Kirchengängern wählten 65 Prozent die ÖVP. Auch unter Katholiken, die nur zu den gebotenen Feiertagen die Messe besuchen, ist die ÖVP die mit Abstand stärkste Partei.“ [Plasser/Sommer 2018:26] Ein Einfluss von Religion auf das sozialdemokratische Wahlverhalten ist aktuell nicht so klar zu beobachten, eindeutige Zusammenhänge sind nicht mehr zu erkennen.

5.3.3 Politische Faktoren:

Neben den sozialen, örtlichen und religiösen Hintergründen werde ich in diesem Abschnitt politische Faktoren als Wahlgrund aufzeigen und analysieren. WählerInnen sympathisieren nicht nur aus persönlichen, sozialen Gründen mit einer Partei, meist ist bereits umgesetzte oder zukünftige Politik ein wichtiger Wahlgrund. Parteien müssen mit ihrer politischen Performance ihr WählerInnenklientel überzeugen. „Und dafür muss man wissen, für wen man Politik macht, welche Interessen diese Menschen haben,

wie sie denken und fühlen, argumentieren und leben.“ [Heisterhagen 2018:56] Politische Faktoren gewinnen als Wahlgrund an Bedeutung. Dabei spielen das Erstarken des Postmaterialismus innerhalb der SPÖ und die dadurch gewonnenen WählerInnen eine wichtige Rolle. Die Wichtigkeit politischer Entscheidungen als ausschlaggebender Wahlgrund steigt vor allem bei postmaterialistischer Klientel, auch bei der SPÖ. „Post-materialists are more interested in politics than are materialists and more likely to translate this interest into political action.“ [Dalton 2008:92]

Zu den politischen Faktoren zählen für mich die Zufriedenheit mit der vorherigen Regierung, der Einfluss der Gewerkschaften und die Koalitionsmöglichkeiten. Aus der Literatur schließe ich noch auf zwei weitere Themen: „Zum anderen werden auch die Bewertung der Spitzenpolitiker und die Einschätzung der wichtigsten politischen Themen als situative Momente zur Erklärung der Wahlentscheidung berücksichtigt.“ [Wiencierz 2017:78]

Am Ende dieses Abschnitts widme ich mich noch der Analyse der WählerInnenströme um den Effekt bzw. die Auswirkungen der sozialdemokratischen Politik genauer aufzeigen zu können.

5.3.3.1 Zufriedenheit mit der vorherigen Regierung:

Die Zufriedenheit mit der vorherigen Regierung kann sich bei Wahlen in unterschiedlichen Formen äußern. Zufriedenheit wird mit einer erneuten Stimme für die jeweilige Partei belohnt, bei Kritik oder Unzufriedenheit suchen sich WählerInnen politische Alternativen oder wählen aus Protest andere Parteien. „Bewertungen der Regierungsarbeit reflektieren das Kräfteverhältnis zwischen Wählern der Regierungsparteien, die ihre Kritik am Regierungshandeln verhaltener artikulieren, und Wählern der Oppositionsparteien, die üblicherweise der Regierungsarbeit besonders kritisch gegenüberstehen.“ [Plasser/ Sommer 2018:35]

Das zeigt sich auch für die SPÖ bei den Nationalratswahlen 2017 und 2019. Bei der Analyse dieser Kategorie ist es wichtig, die beiden Wahlen gesondert von einander zu betrachten, da die Ausgangssituationen sehr unterschiedlich waren. Vor der Wahl 2017 stellte die SPÖ mit Christian Kern den Bundeskanzler. Sie war somit Teil der Regierung, die aus einer Koalition mit der ÖVP bestand. Sebastian Kurz beendete diese Zusammenarbeit und es kam zu Neuwahlen. 2019 ging die SPÖ als Oppositionspartei in

den Wahlkampf, die vorhergehende Regierung setzte sich aus ÖVP und FPÖ zusammen. Die Unterscheidung, ob die präferierte Partei zuvor Teil der Regierung oder Teil der Opposition war, prägt oftmals auch die Sicht der WählerInnen.

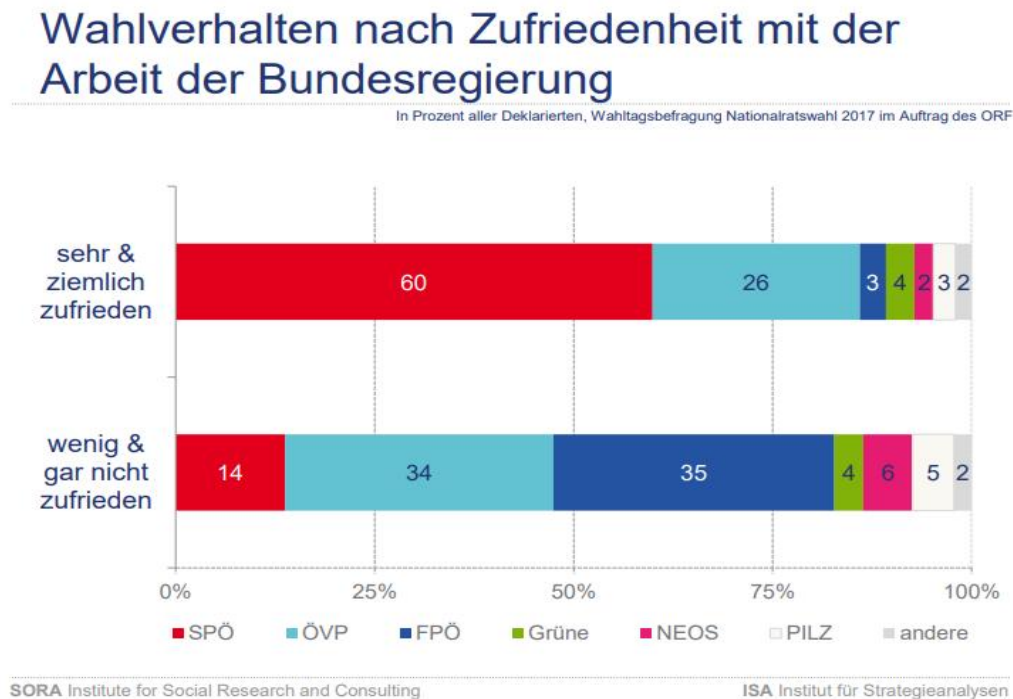


Abbildung 15: Wahlverhalten nach Zufriedenheit mit der vorherigen Regierung 2017

Vor der Wahl 2017 war die SPÖ Teil der Regierung. Als stimmenstärkste Partei bei der Wahl 2013 stellte sie den Bundeskanzler. Christian Kern hatte die Führung der Partei zwar erst kurz davor übernommen, doch die SPÖ-WählerInnen zeigten sich zum großen Teil mit der Regierungsarbeit zufrieden. „Befragte, die der Bundesregierung zumindest ein bedingt positives Zeugnis ausstellen, haben in erster Linie SPÖ gewählt.“ [SORA/Institut für Strategieanalysen 2017:7] Das zeigt auch die Grafik: SPÖ-WählerInnen waren mit der Arbeit der Regierung eindeutig am zufriedensten.

Obwohl die ÖVP bis 2017 als Juniorpartner ebenfalls Teil der Regierung war, ist die Zufriedenheit ihrer WählerInnen deutlich niedriger. Ein wesentlicher Faktor ist hier wohl die Tatsache, dass das Ende der Koalition von der ÖVP ausging. Sebastian Kurz brachte damit seine Unzufriedenheit mit der bisherigen Zusammenarbeit in der Regierung zum Ausdruck. In den Hintergrund tritt dabei die Tatsache, dass er selbst als Außenminister Teil der Regierung gewesen war. Seine Rolle ist nicht eindeutig: „Kurz als

politischer Führer, der Anti-Establishment und Establishment zugleich ist.“ [Horaczek/Toth 2017:22] Kurz wollte sich und die ÖVP auf diese Weise von der SPÖ und der gemeinsamen Arbeit abgrenzen. „Teil der ÖVP-Erzählung war freilich auch die Fremdpositionierung der SPÖ und ihres frisch in die Spitzenpolitik aufgerückten Kandidaten als das „Establishment“.“ [Hofer 2017:39] Das zeigt sich auch in den Zahlen der ÖVP, die bei der Regierungszustimmung deutlich hinter der SPÖ liegt. Die Oppositionsparteien, FPÖ, Grüne, PILZ und NEOS liegen mit Abstand hinter der ÖVP. „Nach den Daten der SORA/ISA-Wahltagsbefragung wählt jeweils ein Drittel der Unzufriedenen die FPÖ bzw. die ÖVP, während 60 Prozent derer, die mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden waren, der SPÖ ihre Stimme gaben.“ [Plasser/ Sommer 2018:36]

Die Wahl 2019 fand als Folge der Veröffentlichung des sogenannten Ibiza-Videos früher als geplant statt. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es in der Bevölkerung Zustimmung zur und Sympathie mit der schwarz/ türkis-blauen Regierung. „Die Bevölkerung hatte überwiegend den Eindruck, dass die Regierung gut und effizient arbeitet, kaum streitet und mehr weiterbringt als frühere Regierungen. Auch retrospektiv bewerteten die Befragten die ÖVP/ FPÖ-Koalitionsregierung unverändert eher positiv: 58 Prozent der Befragten waren mit ihrer Arbeit sehr zufrieden, 40 Prozent unzufrieden.“ [Sommer 2019:193] Trotz der guten Resonanz, auch nach dem Erscheinen des Ibiza-Videos, beendete Sebastian Kurz die ÖVP/FPÖ-Koalition und rief Neuwahlen aus. Als Oppositionspartei standen die SPÖ und ihre WählerInnen der Regierung und besonders der FPÖ kritisch gegenüber. Das zeigt sich auch bei der Resonanz zum Ibiza-Video. „Nach Parteien sprechen vor allem SPÖ- und Grün-WählerInnen davon, dass das Gezeigte typisch für die FPÖ insgesamt sei, ÖVP-WählerInnen sehen es eher als typisch für einzelne PolitikerInnen.“ [SORA/Institut für Strategieberatungen 2019:4] Der von Sebastian Kurz neu eingesetzten ÖVP-Regierung mit einigen ExpertInnen-MinisterInnen wurde nach fünf Tagen das Vertrauen entzogen, die Regierung wurde abgesetzt und als Übergangslösung durch eine ausschließlich Expertenregierung ersetzt. Die prominente Rolle der SPÖ bei dieser Abwahl schmälerte die Sympathie bei manchen WählerInnen. „Allein die Ankündigung, dass die SPÖ einen Misstrauensantrag gegen Bundeskanzler Sebastian Kurz unterstützen beziehungsweise selbst einbringen wird, hat wenige Tage danach bei der Europawahl zu einem sehr starken Mobilisierungsschub zugunsten der ÖVP geführt.“ [Sommer 2019:184]

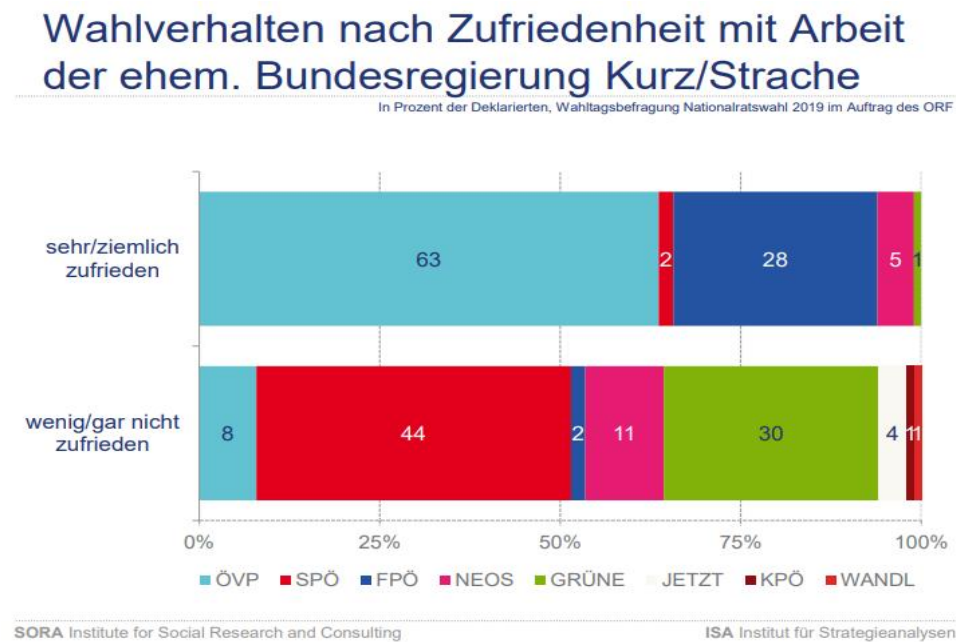


Abbildung 16: Wahlverhalten nach Zufriedenheit mit der vorherigen Regierung 2019

Wie die Grafik zeigt, standen UnterstützerInnen der SPÖ der schwarz/türkis-blauen Regierung besonders kritisch gegenüber. Wie auch bei der Wahl 2017 zeigt sich, dass die WählerInnen der ehemaligen Regierungsparteien besonders zufrieden mit der Arbeit waren, die Opposition ist mit großem Abstand sehr unzufrieden. „Befragte, die der ÖVP/FPÖ-Bundesregierung zumindest ein bedingt positives Zeugnis ausstellen, haben zu 63 Prozent die ÖVP und zu 28 Prozent die FPÖ gewählt. KritikerInnen der Regierungsarbeit wählten zu 44 Prozent die SPÖ und zu 30 Prozent die Grünen, sowie zu elf Prozent die NEOS.“ [SORA/Institut für Strategieberatungen 2019:7]

Die Zahlen bestätigen hier also das zu Erwartende: War die SPÖ also Teil der Regierungskoalition sind ihre WählerInnen mit der Regierungsarbeit zufrieden, ist die SPÖ in der Opposition äußern sie sich besonders kritisch gegenüber der Arbeit der Regierung.

5.3.3.2 Gewerkschaften:

Eine starke, gewerkschaftliche Bindung erhöhte traditionell die Wahrscheinlichkeit einer Stimme für die SPÖ. Die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft stellte ein Kernsegment der sozialdemokratischen WählerInnenschaft dar „[...]weil insbesondere die klassischen Arbeitergewerkschaften eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Arbeiterschaft bei Wahlen spielen.“ [Bandau 2019:599] Die SPÖ stellt in sieben Bundesländern im Gewerkschaftsbund die stärkste Fraktion und diese Bindung zeigte sich häufig auch

bei Nationalratswahlen. Außerdem ist der ÖGB eng mit der Spitze der SPÖ-Bundespartei verbunden. Das äußert sich personell und funktionell. „Das Verhältnis der SPÖ zu den Gewerkschaften, gemeint ist der ÖGB, ist von einer engen personellen und organisatorischen Zusammenarbeit und strukturellen Überschneidungen geprägt.“ [Huber 2004:66] Der ehemalige Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz und sozialdemokratischer Bundespräsidentenskandidat, Rudolf Hundsdorfer, war zum Beispiel vor seiner Regierungstätigkeit Chef des ÖGB.

Die Mitgliederzahlen bei den Gewerkschaften sind in den letzten dreißig Jahren zurückgegangen, in den letzten Jahren haben sie sich jedoch stabilisiert. „Nach Daten der ÖGB-Mitgliederstatistik haben sich die Gesamtzahl der ÖGB-Mitglieder seit 2010 bei rund 1,2 Millionen Mitgliedern stabilisiert.“ [Plasser/Sommer 2018:27] Heutzutage bewirkt die Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht mehr automatisch eine Stimme für die SPÖ. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bindung ist also gesunken, der SPÖ fehlt somit eines ihrer WählerInnen-Kernsegmente. „Als problematisch erweist sich in dieser Hinsicht auch die mehr oder weniger starke organisatorische Entkopplung sozialdemokratischer Parteien von den ebenfalls schwächelnden Gewerkschaften [...]“. [Bandau 2019:599] Die ArbeiterInnenschaft lässt sich auf diesem Weg nicht mehr mobilisieren. Es besteht ein enger Zusammenhang mit dem Erstarken der FPÖ in den 90er-Jahren. Die FPÖ konnte, wie bereits dargelegt, über die Jahre immer mehr ArbeiterInnen für sich gewinnen und wilderte so zu sagen im sozialdemokratischen Revier. Das zeigen auch die Zahlen der Nationalratswahl 2017 deutlich: „Die FPÖ war in das traditionelle Kernwählersegment der Sozialdemokratischen Partei vorgedrungen. Bei der Nationalratswahl 2017 wählten nur mehr 44 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die SPÖ. Jedes vierte ÖGB-Mitglied entschied sich für die FPÖ.“ [Plasser/Sommer 2018:28] 11 von den gesamten 27 Prozent der SPÖ-Stimmen 2017 wurden von Gewerkschaftsmitgliedern abgegeben.

Auch vor dem Hintergrund der Gewerkschaftsmitgliedschaft zeigt sich erneut ein immer wiederkehrendes Muster der SPÖ-WählerInnenschaft. Die Rekrutierung der KernwählerInnenschaft, also der ArbeiterInnen wird für die SPÖ immer schwieriger und gelingt immer seltener. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hat nicht mehr unbedingt eine Stimme für die SPÖ zur Konsequenz.

5.3.3.3 SpitzenkandidatInnen:

Manwaring und Kennedy betonen in ihrer Analyse „Why the left loses“ die steigende Bedeutung von Individuen innerhalb politischer Parteien. „If the parties are broadly shifting into new entities, and the liberal democracies are becoming more ‘leader-centric’ and personalised, then a focus on individuals and leadership is arguably becoming a stronger factor in understanding social democratic performance.“ [Manwaring/Kennedy 2018:16] Die Konzentration und der Fokus auf den/die Spitzenkandidatin haben sich in den letzten Jahren also verstärkt. Einzelne Personen und nicht mehr die ganze Partei stehen im Mittelpunkt der Wahlkämpfe. Damit einher geht auch die Notwendigkeit einer Analyse der Personen im Fokus, um die Performance einer Partei besser darstellen zu können und so werde ich mich nun mit den sozialdemokratischen SpitzenkandidatInnen beschäftigen.

Der/die SpitzenkandidatIn spielt im Wahlkampf eine wichtige Rolle, er oder sie steht für die Partei im Fokus und repräsentiert Ideologie und Programm in der Öffentlichkeit. Er oder sie sollte auch das WählerInnenklientel repräsentieren und den glaubwürdigen Eindruck erwecken ‚eine/r von ihnen‘ zu sein. Die Person an der Spitze kann auch wesentlich zur WählerInnen-Mobilisierung beitragen und durch ihre Persönlichkeit Stimmen dazugewinnen. Die Nationalratswahl 2017 trug dem Rechnung und brachte einen neuen, intensiveren Schwerpunkt auf die SpitzenkandidatInnen mit sich. „Wie bei keiner vorangegangenen Nationalratswahl standen diesmal Kandidatenpersönlichkeiten im Mittelpunkt des Wahlkampfes.“ [Plasser/Sommer 2018:93] Die SPÖ wurde in der Zeit von 2016 bis heute von den 3 SpitzenkandidatInnen Werner Faymann, Christian Kern und Pamela Rendi-Wagner geleitet.

Werner Faymann wurde im Mai 2016 von Christian Kern als SPÖ Parteivorsitzender und Spitzenkandidat abgelöst. Die Reaktionen der Bevölkerung waren durchwegs positiv und der Wechsel an der Spitze gut für das Image der SPÖ. „Die Österreicher fanden Kern sympathischer als Faymann, sie sprachen ihm mehr Kompetenz zu, brachten ihm mehr Vertrauen als seinem Vorgänger entgegen und nahmen ihm von Beginn an ab, dass er für das Land etwas weiterbringen wolle.“ [Hajek 2017:175]

Direktwahl des Bundeskanzlers / der Bundeskanzlerin

„Wenn Sie den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin direkt wählen könnten, wem würden Sie da Ihre Stimme geben?“ In Prozent aller Befragten, Wahltagsbefragung Nationalratswahl 2017 im Auftrag des ORF

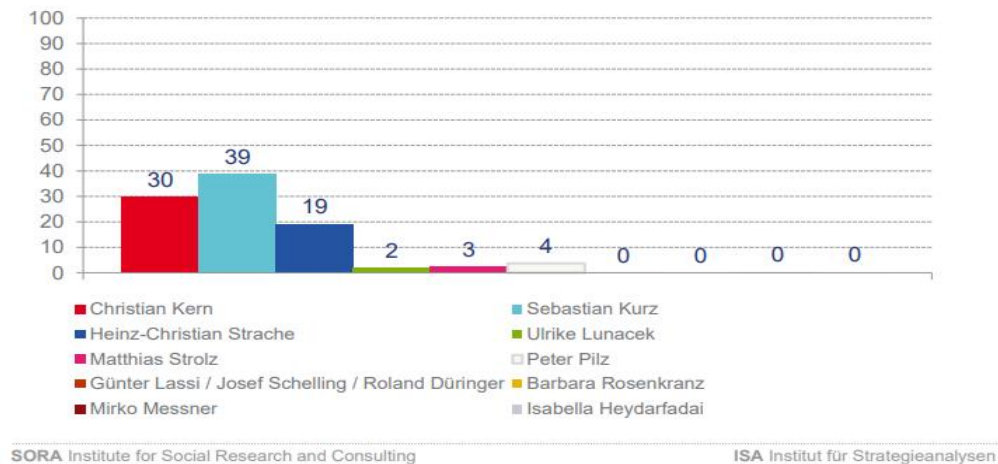


Abbildung 17: Direktwahl BundeskanzlerIn 2017

Bei der Wahl 2017 war Christian Kern für viele WählerInnen ein wichtiger Grund die SPÖ zu wählen, jedoch lange nicht so bedeutend wie Sebastian Kurz bei der ÖVP. Die Grafik zeigt, dass Christian Kern, hinter Sebastian Kurz, bei einer direkten Kanzlerwahl den zweiten Platz belegt hätte. „Bei einer Direktwahl hätten sich 34 Prozent der Wähler für Christian Kern ausgesprochen. Kern hätte wie Kurz bei einem Kanzlerplebiszit deutlich mehr Stimmen erwarten können als seine Partei bei der Listenwahl erreicht hat.“ [Plasser/Sommer 2018:105] Für Kern sprach vor allem sein beruflicher Lebensweg, als ÖBB-Vorstandsvorsitzender brachte er Manager-Erfahrungen in einem großen Unternehmen mit. Kern verkörperte nicht den „typischen Berufspolitiker“. Er trat seine neue Position als österreichischer Bundeskanzler ohne viel Vorerfahrung an und „Kern hatte diese ohne klassische Ochsentour nun erreicht [...]“. [Brandstätter 2019:69] Auf seinem Weg an die Politikspitze klapperte er nicht diverse Positionen innerhalb der Partei ab und repräsentierte nicht das politische Establishment Österreichs. Dieser unübliche Weg in die Politik brachte frischen Wind mit sich und kam bei den WählerInnen gut an. „Kern verfügte auch über eine besondere rhetorische Fähigkeit, die nicht nur seine Anhängerschaft beeindruckte.“ [Zeiler 2019:17] Christian Kern hatte hohe Sympathiewerte und gab den Menschen, auch durch die Präsentation seines Plan A, das Gefühl etwas weiterzubringen und die Koalition mit der ÖVP wiederzubeleben. Seine bewusste Entscheidung in die Politik zu gehen, erweckte bei den WählerInnen den Anschein des per-

sönlichen Engagements und der Glaubwürdigkeit. So stellte Christian Kern für viele WählerInnen einen wichtigen Wahlentscheidungsgrund dar. „Für die Wahl der SPÖ sprachen aus Sicht deklarerter SPÖ-Wähler in erster Linie persönliche Charaktereigenschaften der Kanzlerkandidaten Kern.“ [Plasser/Sommer 2018:96]

Kritik gab es jedoch immer wieder an Kerns mangelnder Nähe zu und Verständnis für seiner WählerInnenschaft. Kern war der Kandidat der neuen, postmaterialistischen SPÖ und nicht der traditionellen, sozialdemokratischen Partei. Als ehemaliger Manager und Akademiker zählte er zur Elite. Das erweckte Zweifel, ob er sich tatsächlich mit der Lebenswelt der SPÖ-StammwählerInnen identifizieren könnte bzw. sein Einsatz für diese glaubwürdig wirken würde. „Die soziale Rekrutierung der politischen Eliten prägt ihre Politik merklich, wenn es um Fragen sozialer Ungleichheit und sozialer Gerechtigkeit geht.“ [Hartmann 2018: 152] Betrachtet man diese Aussage von Michael Hartmann näher, stellt sich die Frage: Kann der ehemalige Spitzenmanager Christian Kern überhaupt Sozialpolitik für ArbeiterInnen machen? Er selbst stammt aus einer ArbeiterInnen-Familie, geht man nach der These von Michael Hartmann, könnte er diese ob seiner Herkunft gut vertreten. Sein politisches Image spiegelte seine Herkunft jedoch nicht wieder. Christian Kern war der Kandidat der postmaterialistischen AkademikerInnen und des ökonomisch stabilen Teils der SPÖ-WählerInnenschaft, also der Kandidat für Menschen, wie er selbst einer war. Er sorgte damit für noch größere Spaltung und Unverständnis innerhalb der sozialdemokratischen WählerInnenschaft. „Die Lebenswelt im Seminarraum des postmodernen Linken – aber eigentlich liberalen – Linken – Akademikers ist eine andere als die des prekär Beschäftigten. Wer aber nur von seiner ‚Lebenswelt‘ ausgeht und sich nicht mehr in die ‚andere Lebenswelt‘ einfühlen kann, der wird den anderen nicht nur nicht verstehen, sondern vielleicht auch irgendwann von oben herab behandeln.“ [Heisterhagen 2018:36] Dieses Phänomen kann man aktuell auch bei Pamela Rendi-Wagner, konnte man aber noch stärker bei Christian Kern beobachten. Beide verkörpern eine elitäre, abgehobene Spitze der SPÖ. Das führte zu einer Abwanderung der ursprünglich sozialdemokratischen WählerInnenschaft, die sich nicht mehr verstanden und vor allem nicht mehr gut repräsentiert fühlt. „Zudem traute man dem SPÖ-Parteichef nicht zu, dass er Sorgen und Nöte der Menschen versteht. Dieses Manko konnte Kern auch bis zum Schluss nicht ganz loswerden. Immer wieder versuchte der politische Mitbewerber, den SPÖ-Parteiboss als abgehobenen Manager darzustellen.“ [Hajek 2017:176] Christian Kern legte sein neoliberales, postmaterialisti-

sches Image bis zur Wahl, und auch danach nicht ab, er konnte damit aber das Wahlergebnis aus 2013 halten.

„Schlussendlich konnte sich die SPÖ bei Parteichef Christian Kern bedanken, dass man zumindest das Niveau der Nationalratswahl 2013 halten konnte. Kern war für einen Großteil der Wähler ein emotionaler Anker, die SPÖ – noch einmal – zu wählen. [Hajek 2017:183] Christian Kern legte im September 2018 seinen Posten als SPÖ-Parteivorsitzender und alle politischen Ämter zurück, Pamela Rendi-Wagner folgte ihm in dieser Position.

„Eine Sozialdemokratie etwa, die denkt, wenn sie Frauen nach vorne stellt, wird schon alles gut werden, ist naiv.“ [Heisterhagen 2018:247] Als erste Frau in der Parteigeschichte führt Rendi-Wagner die SPÖ nun seit 2018 als Bundesparteivorsitzende an. Die weibliche Leitung der SPÖ änderte jedoch nichts an der Krise der Partei. Pamela Rendi-Wagner ist zwar keine typische Berufspolitikerin, sie arbeitete sehr viele Jahre als Ärztin, jedoch war sie bereits als Ministerin für Gesundheit und Frauen Teil der Regierung. Auch sie ist Akademikerin und sie zeigt offen ihre positive Einstellung zu bzw. ein Priorisieren postmaterialistischer Themen wie Emanzipation, Minderheitenschutz und Integration von Flüchtlingen. „Die zu beobachtende Moralisierung kultureller Fragen seitens der sozialdemokratischen Funktionäre trägt demnach zur völligen Entfremdung von der früheren Stammwählerschaft bei.“ [Bandau 2019:599] Die SPÖ warb bei der Wahl 2019 stärker mit Inhalten als mit ihrer Spitzenkandidatin. Anders als bei Christian Kern 2017 war der Wahlkampf nicht so stark auf die Person Pamela Rendi-Wagner ausgerichtet.

Wenn Sie den Kanzler / die Kanzlerin direkt wählen könnten:

Quelle: ORF/SORA/ISA

In Prozent der Deklarierenden, Wahltagsbefragung Nationalratswahl 2019 im Auftrag des ORF

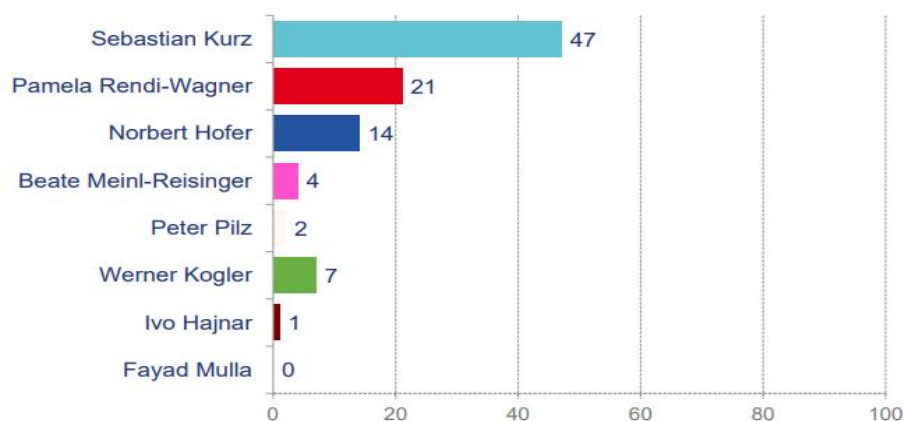


Abbildung 18: Direktwahl BundeskanzlerIn 2019

en

Die Grafik zeigt, dass die Person Sebastian Kurz bei einer Direktwahl des/der KanzlerIn noch häufiger als 2017 als stärkstes Wahlmotiv zählte. Pamela Rendi-Wagner landete mit weitem Abstand hinter Sebastian Kurz mit 21 Prozent auf Platz zwei im „KanzlerInnen-Duell“. Doch im Rennen um den Kanzlerposten hatte die SPÖ keine wirkliche Chance, der Vorsprung von Sebastian Kurz war zu groß. „Die SPÖ-Chefin kam nie auch nur annähernd in ein Kanzlerrennen und diskutierte so den gesamten Wahlkampf über auch nicht auf Augenhöhe mit ihrem Kontrahenten Kurz.“ [Hofer 2019:34] Vergleicht man die beiden SpitzenkandidatInnen der SPÖ und ÖVP hat Sebastian Kurz das Rennen eindeutig gewonnen.

Der Spitzenkandidat der ÖVP war auch bei dieser Wahl für viele ein entscheidender Wahlgrund. „Befragte, die den Spitzenkandidaten/ die Spitzenkandidatin für das wichtigste Kriterium der Wahlentscheidung halten, haben nach eigenen Angaben zu 75 Prozent ÖVP gewählt.“ [Sommer 2019:194] Für SPÖ-WählerInnen war die Spitzenkandidatin als Wahlgrund nicht mehr so wichtig wie 2017 bei Christian Kern, sie rückt 2019 als Wahlgrund hinter die inhaltlichen Standpunkte der Partei. 2019 entschieden sich also weniger Leute wegen der Spitzenkandidatin und mehr WählerInnen auf Grund der Inhalte und der Tradition für die SPÖ. Damit fehlte der Sozialdemokratie aber auch ein sehr präzentes Zugpferd wie Christian Kern. „Die SPÖ war immer dann erfolgreich, wenn an ihrer Spitze eine starke Persönlichkeit stand, die die Zügel in der Hand hielt.“ [Zeiler 2019:19] Die von Gerhard Zeiler beschriebene starke Präsenz und der Drang zum Tor fehlen Pamela Rendi-Wagner, die SPÖ verlorn mit ihr als Spitzenkandidatin weitere Stimmen. Obwohl ihr Auftreten im Wahlkampf überraschte, blieben die WählerInnen-Mobilisierung und der gewünschte Wahlerfolg aus. „Die Kandidatin verbesserte sich zwar inhaltlich in den TV-Duellen und überraschte professionelle Beobachter in deren negativer Erwartungshaltung positiv. Der in zahlreichen Umfragen schon davor dokumentierte Absturz bei den Sympathiewerten war damit aber nicht auszugleichen.“ [Hofer 2019:33f]

Zusammenfassend ist zu sagen, dass Christian Kern und die aktuelle Parteichefin Pamela Rendi-Wagner die Entfremdung der Parteispitze von der sozialdemokratischen StammwählerInnenschaft durch ihre postmaterialistische Einstellung verstärkt haben. Die KernwählerInnenschaft teilt viele Werte und Einstellungen ihrer sozialdemokratischen RepräsentantInnen nicht mehr. „Aus dieser Perspektive ist der ‚progressive Neoliberalismus‘ (Fraser 2017) sozialdemokratischer Parteien, der progressive Haltungen in Fragen der Emanzipation von Frauen und Minderheiten mit wirtschaftsliberalen Einstel-

lungen verbindet, ein Resultat der Mittelklasseherkunft der Parteifunktionäre, die sich zunehmend von den sozialen Sorgen und Nöten der traditionellen Wählermilieus entfernt haben.“ [Bandau 2019:599]

Hier bestätigt sich auch meine fünfte Hypothese: „Das Auftreten und die Einstellungen der SpitzenkandidatInnen führen zu einer abnehmenden Wahlzustimmung der StammwählerInnen.“ Es entsteht also eine Kluft zwischen der Parteispitze und den WählerInnen, die sich in niedrigeren Wahlergebnissen zeigt. Es entsteht das Bild einer elitären Parteispitze, die sich vor allem in ökonomischer Sicherheit von ihren WählerInnen unterscheidet, zwei Seiten, deren Weltanschauung immer weiter auseinanderdriftet. Und diese parteipolitische Elite bleibt auch bestehen, solange die SpitzenkandidatInnen immer wieder aus denselben Kreisen und dem Establishment kommen. „Die Elite ist diskreditiert, auch weil sie sich nur aus sich selbst erneuert; unkonventionelle, wagemutige Persönlichkeiten werden ferngehalten.“ [Kotanko 2020:15] Die StammwählerInnenenschaft wendet sich politischen Alternativen zu, um das verbliebene WählerInnen-Potential muss die SPÖ vorwiegend mit den Grünen kämpfen. Die Abwanderung der WählerInnen zu den Grünen kann oftmals nicht ausgeglichen werden, was zu Wahlverlusten seitens der SPÖ führt.

5.3.4 Wahlmotive:

Wahlmotive ändern sich von einer Wahl zur nächsten und sind von Ereignissen, Thementrends, gesellschaftlichen und politischen Strukturen und deren Veränderungen abhängig. Sie umfassen die wichtigsten bzw. entscheidenden Gründe, warum WählerInnen eine Partei wählen.

In den letzten Jahren rückten die SpitzenkandidatInnen als Wahlmotiv immer mehr in den Mittelpunkt. Doch ist das der richtige Weg, „[...]“, wenn in Deutschland, in Österreich oder in Frankreich Wahlen so derart personalisiert werden, dass man eigentlich gar nicht mehr über Inhalte spricht?“ [Heisterhagen 2018:249] Bei der SPÖ zeigte sich dieser Trend vor allem bei der Wahl 2017 als Christian Kern als Spitzenkandidat im Mittelpunkt stand. Bei der Wahl 2019 veränderten sich allerdings die Wahlmotive der SPÖ-WählerInnen.

Hauptgrund dafür, die jeweilige Partei zu wählen

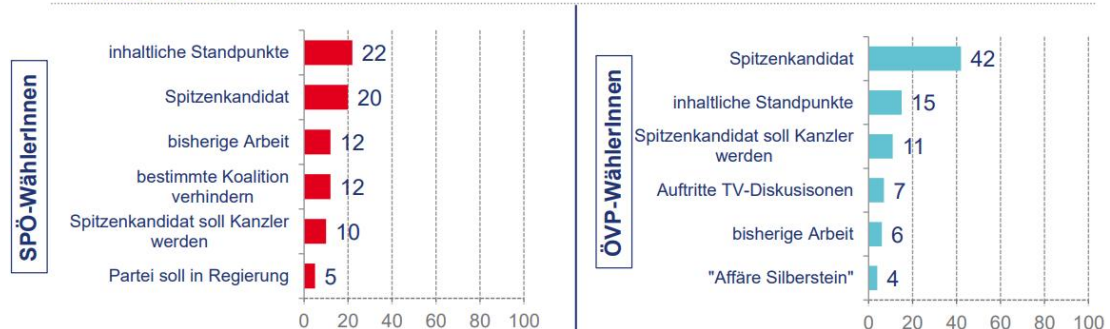


Abbildung 19: Hauptgrund die SPÖ zu wählen 2017

Schon 2017 sind neben der/dem SpitzenkandidatIn auch inhaltliche Themen, Regierungsbeteiligung oder die bisherige politische Performance der Partei wichtige Wahlmotive. Auf die Frage nach dem Hauptgrund, die SPÖ bei der Wahl 2017 zu wählen, hat bereits eine knappe Mehrheit inhaltliche Standpunkte als Entscheidungsmotiv angegeben. Knapp danach folgt aber schon die Person des Spitzenkandidaten Christian Kern als Wahlmotiv der SPÖ-WählerInnen. „Kern war für einen Großteil der Wähler ein emotionaler Anker, die SPÖ – noch einmal – zu wählen.“ [Hajek 2017:183]

Mit etwas Abstand folgen dann erst die Motive „gut befundene Arbeit“ und das Verhindern einer bestimmten Koalition. Bei letzterem stand vor allem der Widerstand gegen eine schwarz/türkis- blaue Koalition im Vordergrund. Diese strategische Entscheidung vieler WählerInnen brachte der SPÖ einige Stimmen von den Grünen ein. „Zwei Drittel dieser WählerInnen wollten mit ihrer Stimme für die SPÖ die Bildung einer schwarz-blauen Koalitionsregierung verhindern.“ [Plasser/Sommer 2018:85] Der Entscheidungsgrund Christian Kern zum Bundeskanzler zu machen ist auf Platz 5 der Reihung zu finden, die Hoffnung auf eine Regierungsbeteiligung der SPÖ findet sich am Ende des Rankings. Im Laufe des Wahlkampfes sank die Wahrscheinlichkeit einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung nach der Wahl immer tiefer, ein Ende der großen Koalition war mit dem Wahlsieg der ÖVP abzusehen. Wer beim Urnengang für die SPÖ stimmte, konnte also mit großer Wahrscheinlichkeit von einer sozialdemokratischen Opposition ausgehen. Das erklärt, dass eine mögliche Regierungsbeteiligung nur für wenige SPÖ-WählerInnen ein Wahlmotiv darstellte.

Weitere Wahlmotive der SPÖ-WählerInnen

„Welche Partei hat Ihrer Meinung nach ...?“ In Prozent der SPÖ-WählerInnen, Wahltagsbefragung Nationalratswahl 2017 im Auftrag des ORF



Abbildung 20: Diskutierte Themen der SPÖ-WählerInnen 2017

Die zweite Grafik veranschaulicht die Motive der SPÖ- WählerInnen noch einmal genauer. Sie wollen vor allem mit ihrer Stimme belohnen, dass ihre Partei ihrer Meinung nach bisher die beste Arbeit geleistet hatte. Diese positive Einschätzung gilt auch für die Arbeit der großen Koalition, die bis zu dieser Wahl bestand hatte. „Befragte, die der Bundesregierung zumindest ein bedingt positives Zeugnis ausstellen, haben in erster Linie SPÖ gewählt.“ [SORA/Institut für Strategieberatungen 2017:7] Inhaltliche, programmatische Motive sind auch in dieser Statistik weit vorne zu finden, gefolgt vom Wahlmotiv Spitzenkandidat. Gleich ausschlaggebend, die SPÖ zu wählen, ist laut dieser Grafik auch die Meinung, dass die SPÖ für Österreich die besten Vorschläge für mehr Gerechtigkeit hätte. „Personen, die Österreich als eher gerecht empfinden, haben bei der Nationalratswahl vor allem die SPÖ, aber auch die ÖVP gewählt.“ [SORA/Institut für Strategieberatungen 2017:7] Das zeigte sich vor allem bei Sozialthemen wie Einkommen, Pensionen oder Sozialleistungen. „Konsequenterweise entschieden sich Wähler, die sich über soziale Probleme besondere Sorgen machten, mehrheitlich für die SPÖ.“ [Plasser/ Sommer 2018:94] Nur an fünfter Stelle räumten die WählerInnen der SPÖ eine große Glaubwürdigkeit bei der Kontrolle von Missständen ein.

Die Wahl 2017 war insgesamt von einer politischen Vertrauenskrise geprägt, die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Österreich und Unmut den Politikern und Parteien gegenüber, mit sich brachte. Dieses Vertrauen hatten vor allem FPÖ-WählerInnen verloren, während die Unzufriedenheit der SPÖ-WählerInnen sich bei deren Wahlentscheidung

„Unter Wählern, die den politischen Parteien und Politikern im Großen und Ganzen vertrauen, erzielten SPÖ und ÖVP einen gemeinsamen Stimmenanteil von 82 Prozent, für die FPÖ entschieden sich nur 9 Prozent der vertrauensvollen Wähler.“ [Plasser/ Sommer 2018:109]

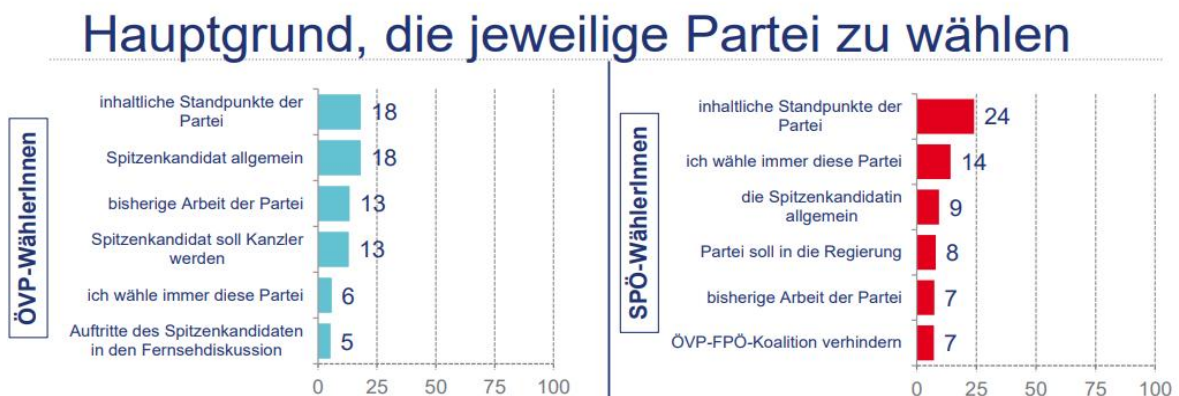


Abbildung 21: Hauptgrund die SPÖ zu wählen 2019

Bei der Wahl 2019 standen, wie auch schon 2017, die inhaltlichen Standpunkte der SPÖ als Wahlmotiv im Vordergrund und stellten 2019 auch den Hauptgrund dar, die sozialdemokratische Partei zu wählen. An zweiter Stelle reiht sich 2019 das Motiv der StammwählerInnen: „ich wähle immer diese Partei“. „Bei der SPÖ dominierten die inhaltlichen Standpunkte sowie das Traditionsmotiv, [...]“ [SORA/Institut für Strategieanalysen 2019: 7] An dritter Stelle findet sich die Spitzenkandidatin, Pamela Rendi-Wagner als Wahlmotiv, gleichauf mit dem Wunsch einer Regierungsbeteiligung der SPÖ, der bisherigen Arbeit der Partei und dem Verhindern einer schwarz/türkis-blauen Koalition. Es zeigt sich also, dass Pamela Rendi-Wagner als Spitzenkandidatin bei dieser Wahl für die WählerInnen ein noch schwächeres Wahlmotiv war als Christian Kern 2017. Auch strategische Wahlmotive ging zwischen den beiden Nationalratswahlen zurück. Eine ÖVP-FPÖ Koalition zu verhindern ist 2019 nur mehr an der sechsten Stelle im Entscheidungsranking zu finden, 2017 war dieses Wahlmotiv bedeutender.

Auch die Zufriedenheit mit der bisherigen Arbeit der Partei war 2019 weniger ausschlaggebend und ist in der Wichtigkeit von noch zwölf Prozent und an dritter Stelle 2017 auf sieben Prozent und fünft gereiht 2019 gesunken. Eine höhere Bedeutung kommt bei dieser Wahl dem Wunsch nach einer Regierungsbeteiligung der SPÖ zu.

Nah zwei Jahren als Oppositionspartei wollen die SPÖ-WählerInnen ihre Partei wieder als Teil der Regierung sehen. Hier spielt natürlich auch die große Unzufriedenheit mit der vorhergehenden Regierung von ÖVP und FPÖ eine Rolle. Klarerweise ist somit das Ziel der SPÖ-WählerInnen ihre Partei in der Regierung zu sehen. Die bisherige Arbeit der Partei ist in der Wichtigkeit gesunken, von zwölf Prozent und an dritter Stelle gereiht auf sieben Prozent und fünft gereiht, wie die Grafik von SORA zeigt. Das Verhindern einer schwarz/türkis-blauen Koalition wurde für die WählerInnen 2019 ebenfalls als weniger wichtig betrachtet.

5.3.5 Koalitionsmöglichkeiten:

Die SPÖ war in den letzten dreißig Jahren mit einer Unterbrechung zwischen 2000 und 2006 durchgehend Regierungspartei und stellte den Bundeskanzler. Sie führte in dieser Zeit ausschließlich große Koalitionen, gemeinsam mit der ÖVP, an. Eine Koalition mit der FPÖ schlossen die Parteivorsitzenden immeraus, eine Zusammenarbeit mit einer der anderen Parteien ging sich rechnerisch nie aus.

Ähnlich wie beim Thema Migration scheiden sich auch bei der Frage nach einer etwaigen Koalition mit der FPÖ die sozialdemokratischen Geister. Eine Gruppe schließt eine Koalition mit der FPÖ aus inhaltlichen und ideologischen Gründen dezidiert aus und würde sich nur auf eine Zusammenarbeit mit den Grünen oder der ÖVP einlassen. Dieser Flügel sieht zwischen SPÖ und FPÖ unüberwindbare Differenzen, die sich mit den sozialdemokratischen Prinzipien nicht vereinbaren lassen.

„Die zweite Gruppe – nicht immer öffentlich, aber durchaus unter der Hand – sieht die Möglichkeit einer SPÖ-FPÖ-Koalition nicht jetzt, aber in der Zukunft. Dem burgenländischen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil wird nachgesagt, diese Linie zu vertreten, [...]“ [Zeiler 2019:14] Das zeigte sich auch bei der Bildung der burgenländischen Landesregierung unter dem ehemaligen Landeshauptmann Hans Niessl. Ungeachtet der zahlreichen Kritik, auch aus Teilen der eigenen Partei, regierte er das Burgenland ab 2015 in einer Koalition mit der FPÖ. Diese Entscheidung bedeutet für die SPÖ eine Zerreißprobe und sorgte für großen parteiinternen Unmut gegen Hans Niessl. Der SPÖ-Parteivorsitzende Werner Faymann akzeptierte zwar diese Koalitionsvariante, jedoch nicht alle konnten diese Entscheidung gutheißen und übten Kritik: „[...] vor allem aus

den eigenen Reihen, die GenossInnen aus Wien taten sich besonders hervor [...].“ [Fürst 2018:109] Hier zeigte sich erneut das große Spektrum an Einstellungen und Meinungen innerhalb der SPÖ. 2019 übernahm Hans Peter Doskozil den Posten als Landeshauptmann und behielt die burgenländische Regierungskoalition mit der FPÖ bei. Bei der Landtagswahl 2020 holte Doskozil dann die absolute Mehrheit für die SPÖ.

Als offizielle Parteilinie der Bundes-SPÖ wird aber sowohl bei den Wahlen 2017 als auch 2019 eine Koalition mit der FPÖ von vornherein ausgeschlossen.

Vor der Wahl 2017 wurde Österreich von einer großen Koalition aus SPÖ und ÖVP regiert. Wie bereits geschildert, beendete die ÖVP unter Sebastian Kurz diese Zusammenarbeit und rief Neuwahlen aus. „Die wesentlichen Fraktionen der herrschenden Klasse des Landes haben beschlossen, die sogenannte Sozialpartnerschaft und deren politische Verdichtung in Form der langjährigen SPÖ-ÖVP-Allianz aufzukündigen.“ [Zeller 2018:294] Im Falle eines ÖVP-Wahlsieges war für Sebastian Kurz klar, nicht mit der SPÖ koalieren zu wollen. Sollte die SPÖ das Rennen gewinnen, wäre sie in einer unangenehmen Situation gewesen, die SPÖ-intern häufig präferierte Koalition mit den Grünen (oder auch den NEOS) war aber rechnerisch bereits vor der Wahl sehr unwahrscheinlich. Die Koalitions-Präferenzen und Einstellungen der SPÖ-Mitglieder schlossen andere Möglichkeiten aus. „Die Gretchenfrage, wie es die SPÖ mit der FPÖ und einer etwaigen Koalition mit ihr halte, war mittels Wertekompass klargestellt und erfolgreich aus dem Wahlkampf gebracht worden.“ [Uhl 2017:66] Die SPÖ positionierte sich bei diesem Thema dieses Mal ganz klar und schloss eine Koalition mit der FPÖ bereits vor der Wahl aus. So blieben den SozialdemokratInnen, rein rechnerisch, nur die Möglichkeiten einer neuerlichen großen Koalition mit der ÖVP oder eine Mehrparteien-Koalition mit den Grünen und den NEOS. Letztere Möglichkeit erschien dabei die unwahrscheinlichste, sie fand jedoch bei den WählerInnen Zuspruch. „Die Koalitionspräferenzen der SPÖ-Wähler tendieren in erster Linie in Richtung einer Dreier-Koalition aus SPÖ, Grünen und NEOS. Für eine rot-blaue Koalition sprach sich nur ein Fünftel der SPÖ-Wähler aus, ein knappes Viertel der SPÖ-Wähler wünschte sich eine neuerliche Regierungszusammenarbeit mit der ÖVP.“ [Plasser/ Sommer 2018:128]

Nach der Wahl waren dann diese Koalitionsoptionen für die SPÖ unbedeutend. Ohne die realistische Aussicht auf eine Neuauflage zwischen SPÖ und ÖVP (Sebastian Kurz

hatte diese Möglichkeit bereits in seinem Wahlkampf ausgeschlossen), blieb der SPÖ nur die Rolle der Oppositionspartei.

Ähnlich positionierte sich die SPÖ auch bei der Wahl 2019. Mit der Hoffnung die vielen Grün-WählerInnen von 2017 halten zu können, wurde eine Koalition mit der FPÖ bereits im Vorhinein ausgeschlossen. „Pamela Rendi-Wagner emphasized on several occasions that, in her view, a coalition with the right-wing populist FPÖ was not an option, but she did not position herself clearly concerning other coalition options.“ [Eberl/ Huber/ Plescia 2020:9] Die erste Wahl bei der Koalitionspartner-Frage wären 2019 wohl implizit die Grünen gewesen, auch eine Dreier-Koalition aus SPÖ, Grünen und NEOS wären wahrscheinlich in Betracht gekommen, jedoch blieben die Erfolgschancen für beide Optionen rechnerisch eher unwahrscheinlich. Zu einer möglichen Zusammenarbeit als Juniorpartnerin der ÖVP äußerte sich die SPÖ nicht eindeutig. Sebastian Kurz und die ÖVP stellten klar, dass eine große Koalition mit der SPÖ von ÖVP-Seite, die am wenigsten präferierte Möglichkeit wäre. Ohne, dass es jemand explizit aussprach, war nach Kurz Wahlsieg für die SPÖ klar, dass sie nicht Teil der Regierung sein wird. „While neither the ÖVP nor the SPÖ immediately ruled out the possibility of forming a coalition together, it was widely known that neither of the parties (nor their voters) was very much in favour of a grand-coalition government.“ [Eberl/ Huber/ Plescia 2020:9] SPÖ-WählerInnen hätten eindeutig eine Koalition mit den Grünen bevorzugt, mit weitem Abstand folgten erst die ÖVP und die NEOS. Hier zeigt sich auch eine geringe Zustimmung der WählerInnen zu einer SPÖ/FPÖ-Koalition. Die SPÖ hatte hier im Sinne ihrer WählerInnen der FPÖ bereits vor der Wahl eine mögliche Zusammenarbeit abgesprochen.

Der Ausschluss einer Koalition mit der FPÖ wird vor allem von vielen VertreterInnen der SPÖ-Bundespartei getragen, auch der Wiener Landespartei wird die strikte Ablehnung einer rot-blauen Zusammenarbeit nachgesagt. Die FPÖ wirft der SPÖ deswegen häufig Ausgrenzung vor und meint selbst, sie wäre für alle Optionen offen. In der SPÖ gibt es zu diesem Thema wie erwähnt mehrere Meinungsgruppen. Jene, die eine Zusammenarbeit mit der FPÖ als vertretbar und einen generellen Ausschluss dieser Möglichkeit für falsch halten: „Auch wenn es mit dieser Bundes-FPÖ aktuell unmöglich ist, eine Zusammenarbeit zu vereinbaren, muss eine demokratiepolitische Normalität herbeigeführt werden, die nicht von einer Ausgrenzungspolitik dominiert wird.“ [Fürst 2018:112] Bisher ergab sich für die SPÖ noch nicht in die Situation, auf Bundesebene

über eine mögliche rot-blaue Regierung abstimmen zu müssen. Für Gerhard Zeiler wären die Folgen ganz klar: „Dies hätte – wenn dafür überhaupt eine Parteitagsmehrheit erzielbar wäre – mit ziemlicher Sicherheit eine Parteispaltung zu Folge. Die Gewinner wären in erster Linie die Grünen, denen ein nicht zu unterschätzender Teil der SPÖ-Wählerschaft automatisch zufallen würde.“ [Zeiler 2019:14]

Aktuell ist die SPÖ davon noch weit entfernt, die Ergebnisse der letzten beiden Wahlen brachten die SPÖ nicht in die Position einen Koalitionspartner wählen zu können, die ÖVP führte nach ihren Wahlsiegen die Verhandlungen und die SPÖ war nicht mehr Teil der Regierung.

Auch bei der Diskussion um etwaige KoalitionspartnerInnen zeigt sich der Riss innerhalb der SPÖ. Es schwingt die Frage mit, welches politische Klientel die Partei bedienen kann und möchte. Der liberale, postmaterialistische Teil der SPÖ, hier sind ein Großteil der Bundespartei und die Wiener Landespartei stark vertreten, stellt sich aus moralisch-ideologischen Gründen gegen eine Koalition mit der FPÖ, sie ziehen diese Option nicht ernsthaft in Erwägung. Hier spielt auch die Abgrenzung zur rechtspopulistischen FPÖ und deren WählerInnen eine gewisse Rolle. Diese politische und moralische Ausgrenzung provoziert jedoch den ungewollt entgegengesetzten Effekt. „Aber eine *ausgrenzende Moralisierung*, die letztlich sogar nur Verachtung für die von einem neoliberalen Kapitalismus ausgegrenzten unteren Schichten der westlichen Industriestaaten übrig hat, sorgt genau für das Gegenteil davon, was die Progressiven der kosmopolitischen Klasse wollen. [...] Wer sich *ökonomisch* und sogar *moralisch* nach unten gedrückt fühlt, der wird sich ein *Ventil* suchen, um dagegen zu protestieren. Und das war zuletzt der *Rechtspopulismus*.“ [Heisterhagen 2018:104] Die eindeutige Ausgrenzung der FPÖ als potentieller Koalitionspartner der SPÖ hat eine Gegenreaktion ausgelöst und zu einer WählerInnen-Abwanderung von der SPÖ zur FPÖ geführt.

5.3.6 WählerInnenströme: Wer kommt, wer geht von der/zur SPÖ?

Die SPÖ-Wahlergebnisse der letzten Nationalratswahlen haben sich zwischen 2013 und 2017 kaum verändert und bis 2019 verschlechtert. Die SPÖ hat in dieser Zeit zwar WählerInnen gewonnen, aber auch viele verloren. Bei den Zu- und Abwendungen kann man ein Muster erkennen, manch mitbewerbende Partei stellt demnach mehr Konkur-

renz dar als andere. 2017 erreichte die SPÖ mit Christian Kern ein Endergebnis von 26,9 Prozent der Stimmen. Sie konnte damit das Ergebnis von 2013 ohne maßgebliche Gewinne oder Verluste halten, das bedeutet auch die Zahl der Zu- und Abwanderer blieb in etwa ausgeglichen. Kurz vor der Wahl überwogen dann die Zuwanderer ganz leicht: „Ein hoher Anteil von Spätentscheidern findet sich auch unter Zuwanderern zur SPÖ, unter Wählern der NEOS bzw. der Liste Pilz.“ [Plasser/ Sommer 2018:80] Viele Menschen entschieden aus strategischen Gründen vor Parteisympathie. Mit der Befürchtung einer möglichen Regierungszusammenarbeit von ÖVP und FPÖ konnte die SPÖ viele Menschen mobilisieren. „Wer also eine Stimme gegen eine mögliche schwarz-blaue Koalition abgeben wollte und mit den wirtschaftsliberalen NEOS nicht konnte, hatte nur mehr die SPÖ und Christian Kern.“ [Hajek 2017:181]

Die SPÖ verzeichnete den größten Verlust an WählerInnen mit 155.000 Stimmen an die FPÖ. Die meisten Zugewinne kamen jedoch von einer anderen Partei: „Jeder zweite Zuwanderer zur SPÖ hatte 2013 noch die Grünen gewählt. Ehemalige Grün-Wähler, von denen sich zwei Drittel aus koalitionstaktischen Überlegungen entschlossen haben, diesmal die SPÖ zu stärken und damit die Bildung einer schwarz-blauen Koalitionsregierung zu verhindern *kompensieren* die Abwanderung von SPÖ-Wählern zur FPÖ bzw. ÖVP. [...]“ [Plasser/ Sommer 2018:83f] Das zeigen auch die Zahlen der SORA/ISA-Wahlanalyse und der GfK Austria: Nur acht Prozent der Zuwanderer kamen von der ÖVP (ein Prozent der gesamten SPÖ-Stimmen), 15 Prozent (3 Prozent der gesamten SPÖ-Stimmen) wanderten hingegen von der SPÖ zur ÖVP. Eine größere Anzahl Zuwandererstimmen, 4 Prozent der gesamten SPÖ-Stimmen und 17 Prozent aller Zuwanderer, erhielt die SPÖ von den (ehemaligen) mitte-rechts Parteien FPÖ, Team Stronach und BZÖ. Bezüglich der NEOS ergab die Wählerstomanalyse folgendes Ergebnis: „Jeder zehnte SPÖ-Zuwanderer hatte 2013 noch die NEOS gewählt.“ [Plasser/Sommer 2018:84] In Zahlen wären das 12 Prozent aller Zuwandererstimmen und ein Prozent der SPÖ-Gesamtstimmen.

Wie bereits erwähnt, verlor die SPÖ die meisten Stimmen an die FPÖ und die Liste Pilz, die wenigsten WählerInnen wanderten zu den Grünen und den NEOS. Mit 12 Prozent konnte die SPÖ, wie bereits angeführt, im Gegenteil die meisten Stimmen von den Grünen für sich gewinnen. „Diese Stimmen waren für den schlussendlich versöhnlichen, aber nicht zufriedenstellenden Wahlausgang der SPÖ eminent wichtig.“ [Hajek 2017:181] Die Stimmen der ehemaligen Grün-WählerInnen bewahrten die SPÖ also vor

großen Stimmenverlusten und sicherten ihr bei der Wahl 2017 den zweiten Platz. So ließ sich der Absturz der SPÖ noch ein wenig hinauszögern.

Anders dann bei der Wahl 2019: Da erreichte die SPÖ mit Pamela Rendi-Wagner nur mehr 21,2 Prozent der Stimmen. „Die SPÖ kann bei dieser Wahl 68% ihrer WählerInnen von 2017 wieder für sich gewinnen.“ [SORA/Institut für Strategieberatungen 2019:3] 2019 wanderten die WählerInnen der SPÖ vor allem an folgende Parteien ab: Die SPÖ verliert 2019 ihre zugewonnenen WählerInnen von 2017 vor allem an die Grünen und an die ÖVP. „[...] most of former SPÖ votes went to the Greens and to a lesser extent to the ÖVP.“ [Eberl/Huber/Plescia 2020:9] Ein Großteil jener WählerInnen, die 2017 von den Grünen zu SPÖ gewandert waren, kehrte bei dieser Wahl also wieder zu ihrer ursprünglichen Partei zurück. „The party moves to a more liberal cultural position over time, and thus closer to the position of the Greens.“ [Rennwald/ Evans 2014:1121] Außerdem bedeutete die Rolle der SPÖ bei der Abwahl von Sebastian Kurz einen starken Sympathieeinbruch bei den WählerInnen, der den Trend noch zusätzlich verstärkte. „Eine noch größere Rolle als die Abwahl spielte für den SPÖ-Absturz in den Umfragen allerdings der massive Aufwärtstrend für die Grünen, die bei der Nationalratswahl 2017 an der Vier-Prozent-Hürde scheiterten, [...]“ [Sommer 2019:184] Das bei der Wahl 2019 bestimmende Wahlkampfthema „Klimaschutz“, das Entstehen von Umweltbewegungen wie ‚Fridays for Future‘, sowie der Wunsch der WählerInnen die Grünen erneut im Nationalrat zu sehen, hatte eben ein Erstarken der Grünen zur Folge, die eifrig im WählerInnenteich der SPÖ fischten. Der stetige Aufwärtstrend der ÖVP unter Sebastian Kurz nahm nicht ab, was einen Stimmengewinn für die ÖVP von 74 000 ehemaligen SPÖ-WählerInnen bedeutete. Neben den massiven Verlusten konnte die SPÖ auch neue WählerInnen mobilisieren: „Zugewinne erzielt die SPÖ mit 36.000 Stimmen von der FPÖ. 45.000 SPÖ-Stimmen kommen von ehemaligen NichtwählerInnen (inkl. Personen, die 2017 noch nicht wahlberechtigt waren).“ [SORA/Institut für Strategieberatungen 2019:3]

Die Wählerströme zeigen also, dass die Schwächung der SPÖ in den letzten Jahren vor allem Stimmengewinne für die ÖVP und die Grünen bedeutet. „Wer es sich nicht wohlig in der Sozialdemokratie einrichtete, wandte sich den Grünen zu.“ [Walser 2018:281] Weiters finden sich auch zwischen der SPÖ und der FPÖ einige WechselwählerInnen. „Als politische Kraft wirklich bedeutsam sind die Rechtspopulisten aber so gut wie immer erst dann geworden, wenn sie über ihr traditionelles Wählerreservoir hinaus die

Stimmen enttäuschter früherer Wähler von Parteien links der Mitte gewinnen konnten.“ [Hartmann 2018:224] Als „ehemalige“ Massen- bzw. Großpartei hatte die SPÖ unterschiedliche Meinungen und Richtungen mit ihrem WählerInnenpotential abgedeckt. Diese breite Auffächerung führt aktuell zu abwandernden WählerInnen, sowohl politisch nach links, als auch nach rechts.

5.3.7 Wahlkampfthemen:

5.3.7.1 SPÖ und Zuwanderung:

Migration und Integration als Wahlmotiv prägte den Wahlkampf 2017 und spaltet bis heute die Nationen und besonders die Sozialdemokratie in ganz Europa.

Ablehnung, Angst und Unsicherheit prägen die öffentliche Diskussion zum Thema Zuwanderung, Gefühle, die Menschen in ganz Europa in ähnlicher Weise zeigen und die so als transnational bezeichnet werden können. „We term this cleavage a transnational cleavage because it has as its focal point the defense of national political, social and economic ways of life against external actors who penetrate the state by migrating, exchanging goods or exerting rule.“ [Hooghe/ Marks 2018:110] Das Cleavage umfasst Migration und Asyl, die österreichischen Parteien positionieren sich mit ihren Meinungen und Einstellungen entlang dieser Konfliktlinie. Im Gegensatz zu anderen Parteien sind die Meinungen und Einstellungen innerhalb der SPÖ zu diesem Thema sehr unterschiedlich, es wurde bisher noch keine einheitliche Linie gefunden. Damit ist die SPÖ aber kein Einzelfall, sondern die Sozialdemokratie in ganz Europa ist ähnlich gespalten. „The political principles of Social Democracy thus fail to provide an adequate foundation for a clear stand on immigration and integration.“ [Becker/ Kalm 2003:143]

5.3.7.2 Positionen innerhalb der SPÖ:

Ähnlich wie den SozialdemokratInnen auf europäischer Ebene, geht es auch der SPÖ. Zum Thema Migration konnte bisher noch keine gemeinsame Linie gefunden werden. „Weder verfügt sie über eine traditionell gefestigte ideologische Position zu diesem Themenkomplex, wie es die Konkurrenten an den ideologischen Rändern dieser Achse tun, noch sind sich die eigenen Wähler und Funktionäre in dieser Fragestellung einig.“ [Gruber 2017:100] Diese Uneinigkeit führt zu Unklarheiten bei den WählerInnen und lässt eine klare Linie und damit eine eindeutige Identifikationsmöglichkeit vermissen. Vor allem die Parteichefs in den Bundesländern wollen mit sehr unterschiedlichen

Einstellungen überzeugen. „Und auch in der SPÖ sind die Ansichten – hier der burgenländische Landeshauptmann Doskozil, dort Teile der Wiener SPÖ und der frühere Bürgermeister Michael Häupl – meilenweit entfernt.“ [Zeiler 2019:123] Die SPÖ-Bundespartei vertrat in den letzten Jahren eher eine liberale Einstellung, die sie erneut von ihren StammwählerInnen entfernt. Anstatt einer internen Einigung und einer einheitlichen vertraten einige SPÖ-FunktionärInnen ihre gegensätzlichen Meinungen auch medial und sorgten so für einen unorganisierten Eindruck der sozialdemokratischen Partei. „Deshalb muss es der Mindestanspruch an eine sozialdemokratische Migrationspolitik sein, diesbezüglich eine tragfähige Position zu entwickeln, die den eigenen Mitgliedern und Wählern zu erklären vermag, worin die unverrückbaren sozialdemokratischen Prinzipien zu Zuwanderung und Integration bestehen. Mag dieser Grundkonsens noch so schmal sein, er ist im Hinblick sowohl auf den Zusammenhalt der Partei als auch auf die Profilbildung gegenüber den Wählern dringend notwendig.“ [Gruber 2017:104] Eine gemeinsame Linie in dieser Frage würde den WählerInnen etwas Konkretes in die Hand geben, sie könnten sich anhand der sozialdemokratischen Anschauung positionieren und ihre Wahlentscheidung entsprechend treffen. Gibt es jedoch kein eindeutiges Migrationskonzept, wirkt die Partei unvorbereitet. Die WählerInnen wissen nicht, worauf sie sich mit einer Stimme für die SPÖ einlassen, und fürchten, die SPÖ könnte anschließend entgegen der Einstellung des/der WählerIn handeln. Letztendlich beleiben alle unzufrieden zurück. Da ist dann für viele die Wahl einer eindeutig positionierten Partei die logische Konsequenz. „Die gespaltene Position der SPÖ trägt derzeit zur Desillusionierung beider Flügel und der ihnen nahestehenden Wählergruppen bei, die sich gleichermaßen im Stich gelassen fühlen: [...]“ [Gruber 2017:104] Wenn sich beide potentiellen WählerInnengruppen nicht repräsentiert fühlen, wenden sie sich anderen Möglichkeiten zu und wählen Parteien, die ihre Ideologie besser bzw. eindeutiger vertreten.

Die SPÖ vermittelt das Bild einer sozialdemokratischen Elite, die aufgrund ihrer ökonomischen Sicherheit, ihres sicheren Jobs und ihres Bildungsgrades keine Angst vor einer großen Zahl an Flüchtlingen zu haben braucht. Diese Einstellung entfernt die Parteispitze jedoch erneut von den WählerInnen. „Gestützt auf humanitäre Überzeugungen unterstützten große Teile der sozialdemokratischen Parteieliten eine liberale Flüchtlingspolitik, die von vielen Wählerinnen und Wählern aus der Arbeiterschicht nicht nur kritisch gesehen werde, sondern diesen auch die Kosten dieser Politik aufbürde, bei-

spielsweise in Form von verschärfter Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.“ [Bandau 2019:599]

Der burgenländische Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil schlägt im Gegensatz dazu einen anderen Weg ein, seine Einstellung zur Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik ist restriktiver und unterscheidet sich von der Bundespartei und der Wiener Landespartei. „Diese inhaltliche Zerrissenheit zeigte sich erneut stark in den unterschiedlichen Positionierungen der Landesparteien in Wien und im Burgenland im Sommer 2015.“ [Dorfner 2017:36] Doskozil kritisierte zum Beispiel im Gegensatz zu vielen seiner sozialdemokratischen ParteikollegInnen die Zuwanderungspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. In Margaretha Kopeinigs Buch über den ehemaligen Minister und aktuellen burgenländischen Landeshauptmann wird Doskozil zitiert: „Führende Politiker, die Signale an fluchtbereite Menschen senden, dass alle willkommen seien, handeln falsch.“ [Kopeinig 2017:125]

Von dieser Uneinigkeit innerhalb der Sozialdemokratie profitieren vorrangig rechtspopulistische Parteien, im Falle Österreichs die FPÖ. Das zeigen auch Hooghe und Marks auf: „Radical right parties take more extreme positions on these issues, place more salience on them, and exhibit greater internal unity than mainstream parties.“ [Hooghe/Marks 2018:111] Die SPÖ ist, aufgrund ihrer liberalen Einstellung zum Thema Migration für Teile ihrer StammwählerInnenschaft keine Wahl-Option mehr. Die Meinungen der WählerInnen und jene der ParteivertreterInnen entfernen sich immer mehr voneinander, sodass diese ehemaligen SPÖ-Stimmen zur FPÖ wandern.

Hooghe und Marks bringen auch die Positionierung innerhalb des Parteiensystems ein. In Parteien, die auf der politischen links-rechts-Achse eher in der politischen Mitte angesiedelt sind, ist Uneinigkeit am wahrscheinlichsten. „[...] that serious internal dissent is highest among political parties that take a middling position on European integration in 2014.“ [Hooghe/Marks 2018:121]

5.3.7.3 Einstellung der WählerInnen:

Einen weiteren Aspekt, warum SPÖ-Funktionäre und Teile der Parteispitze bei diesem Thema zu keiner innerparteilichen Einigkeit und schon gar nicht zu einer Übereinstimmung mit den WählerInnen finden, hat Gerhard Zeiler in seinem Buch kurz ausgeführt: die Schauplätze für Migration und Integration sind in mittel- und westeuropäischen Län-

dern meist Städte und dort eher sozial benachteiligte Stadtteile. Die Ablehnung gegenüber Flüchtlingen ist gerade hier oftmals stärker. Zuwanderung beängstigt Menschen, die das Gefühl der nationalen Zugehörigkeit und Staatsbürgerschaft benützen um ihren Selbstwert zu erhöhen. Starker Nationalismus erzeugt Skepsis oder Ablehnung gegenüber Fremden und schürt Neid und Konkurrenz. „In the absence of territorial identity – perhaps the most powerful source of mass political mobilization–domestic conflict was compressed to a left–right conflict about who gets what.“ [Hooghe/ Marks 2018:113]

Neben den städtischen Brennpunkten ist die negative Haltung zum Thema Zuwanderung auch im ländlichen Bereich verbreitet. Während die Einstellung zu Migration bei der städtischen Bevölkerung durch eine unmittelbare Nähe zu MigrantInnen beeinflusst wird, ist in ländlichen Gebieten durch die Furcht vor Veränderung durch Migration, oft negativ, geprägt. „Und die örtlichen Vertreterinnen und Vertreter der Sozialdemokratie sind letzten Endes zumeist nicht extrem weit von der Grundstimmung ihrer Kernklientel entfernt.“ [Zeiler 2019:124] Es ist besonders die Einstellung der SPÖ-Spitze, die sich von der Meinung der WählerInnen beim Thema Zuwanderung und der Aufnahme von Flüchtlingen unterscheidet. Besonders WählerInnen in prekären Arbeitssituationen hatten eine negative und ablehnende Meinung hinsichtlich Flüchtlingen und deren Aufnahme in Österreich. Sie sehen ihre Arbeitsplätze und auch staatliche Sozialleistungen bedroht und fühlten sich mit diesen Sorgen von den sozialdemokratischen PolitikerInnen alleine gelassen. „Es entstand einfach der Eindruck: Die Elite lässt diese Leute hier rein und lässt uns mit denen jetzt alleine.“ [Heisterhagen 2018:127] Die SPÖ zeigt auch beim Thema Zuwanderung und Flüchtlingsintegration eine sehr postmaterialistische Einstellung, das Thema Migration und Integration wurde zur Gewissensfrage. „Die Debatte um die Migrationspolitik ist zuletzt von einer *politischen Ebene* auf eine *moralische Ebene* verschoben worden.“ [Heisterhagen 2018:122] Das führte dazu, dass die SPÖ-Spitze die Sorgen und Bedenken der WählerInnen rund um die Flüchtlingsaufnahme einerseits garnicht wahrnahmen, andererseits aus ihrer elitären Überzeugung auch nicht vertraten. Die WählerInnen wanderten aus diesem Grund zu anderen Parteien ab. „These parties raise issues related to Europe and immigration that mainstream parties would rather ignore.“ [Hooghe/Marks 2018:126]

„Ignoriert“ hat die SPÖ das Thema Zuwanderung zwar nicht, in erster Linie haben sich jedoch andere Parteien dazu positioniert: Beim Thema Asyl und Migration nehmen vor allem die FPÖ und die Grünen sehr eindeutige Positionen ein. Die ÖVP tendiert seit der Übernahme von Sebastian Kurz sehr stark in Richtung des Konservatismus der FPÖ

und versucht so ihren ideologischen Platz zu diesem Thema zu finden. Die Sozialdemokratie blieb beim Thema Zuwanderung jedoch in der zweiten Reihe und konnte nicht im Vordergrund auftreten. Die konservative Seite wird bereits von FPÖ und ÖVP repräsentiert, die Grünen decken die liberale Seite ab. Die SPÖ schwimmt zwischen ihren Mitbewerbern herum und kann sich nicht eindeutig entscheiden. „Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Positionen von sozialdemokratischen AkteurInnen nicht nur alleine auf Ideologie beruhen, sondern auch diskursive Elemente, sowie politischer Wettbewerb stets eine Rolle spielen.“ [Dorfner 2017:359] Das zeigt sich bei der Einstellung zu Asyl und Migration besonders, hier spielte für die SPÖ die Positionierung der anderen Parteien eine Rolle: die FPÖ und die ÖVP auf der einen Seite und die Grünen auf der anderen Seite decken die politische Spannweite der Einstellungen zu Migration bereits ab und so fiel es der SPÖ noch schwerer sich an dieser Konfliktlinie nachhaltig zu positionieren.

5.3.7.4 Wahlkampfthema Zuwanderung:

Der Wahlkampf 2017 wurde vom Thema Migration und Integration geprägt, der Urnengang fiel in die Zeit der Nachwehen der Flüchtlingswelle und damit in eine Zeit der Aufnahme vieler Asylsuchender. Das Thema erreichte hohe mediale Aufmerksamkeit und wurde zum wichtigsten Thema des Wahlkampfes. Das zeigen auch die Daten von SORA/ISA: „58 Prozent der Befragten gaben in der SORA/ISA Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2017 an, dass sie im Wahlkampf „sehr häufig“ über „Asyl und Integration“ diskutiert haben, das ist der mit Abstand höchste Wert unter elf abgefragten Themen.“ [Hofinger/Holzer/Oberhuber/Zandonella 2017:193] Bei so einem vieldiskutierten Wahlkampf-Thema positionierten sich die einzelnen Parteien möglichst eindeutig, um den WählerInnen ihren Standpunkt zu verdeutlichen. Wie bereits erwähnt, fiel der SPÖ das Finden einer klaren Einstellung auf Grund von unterschiedlichen, partei-internen Meinungen schwer und bis zum Schluss konnten sich die SozialdemokratInnen an dieser Konfliktlinie nicht eindeutig positionieren. „Der SPÖ ist es sichtlich schwergefallen, eine Position zu finden, die einerseits innerparteilich akzeptiert wurde und andererseits nicht allzu weit von der Position des Medianwählers entfernt ist.“ [Plasser/Sommer 2018:54] Da die Parteispitze zu keiner Einigkeit fand, versuchte die SPÖ das Thema vorerst in den Hintergrund zu drängen und ihren Schwerpunkt auf Soziales, wieder das Thema Gerechtigkeit zu legen. Ein Plan, der jedoch nicht wirklich aufging: „[...] da Kurz das den Österreichern wichtige Thema Integration, Migration und Asyl

klar besetzt hatte und die SPÖ mit Christian Kern bei diesem Thema nicht punkten konnte.“ [Hajek 2017:180] Mit dem Slogan „Holen Sie sich, was ihnen zusteht“ versuchte die Partei an die Ursprünge der Sozialdemokratie anzuknüpfen und soziale Ungleichheit in den Vordergrund zu stellen. Doch der Gerechtigkeitsbegriff wanderte im Laufe des Wahlkampfes immer mehr zu den mitte-rechts Parteien (ÖVP und FPÖ) und wurde in das große Thema ‚Asyl und Integration‘ eingegliedert. „Verteilungsgerechtigkeit und Fairness wurden nicht im Hinblick auf zunehmende Vermögenskonzentration und die wachsende Schere zwischen Arm und Reich diskutiert – wie es im Interesse der SPÖ gelegen wäre, die dies zwar Ansatzweise, aber letztlich nicht konsequent genug versucht hat.“ [Hofinger/Holzer/Oberhuber/Zandonella 2017:194] Das Thema Soziale Gerechtigkeit ging sehr stark mit der Legitimation und Vergabe von Sozialleistungen einher. Die Frage, an wen und wie viele Sozialleistungen verteilt werden und ob die bestehenden Kriterien gerechtfertigt seien, stand meist im Vordergrund der Diskussionen. Ein Thema bei dem vor allem ÖVP und FPÖ dominierten. „Sozialdemokratie und Grünen fehlte es demgegenüber an Visionen, Konzepten, Ideologien und Interessenbindung. Darauf haben das Kapital und seine rechten Recken gewartet.“ [Dimmel 2018:57] Diese Debatte über Verteilungsgerechtigkeit konnte die SPÖ nicht wirklich für sich nutzen und nie die Themenführerschaft der Diskussion übernehmen. Es entstand eher das Bild, die SPÖ würde sich neutral zurückhalten. Nachdem dieses Thema bei der Bevölkerung aber stark im Vordergrund stand und unabhängig von Meinung und Einstellung ein häufiger Bestandteil von Diskussionen war, nahm sich die SPÖ dabei quasi aus dem Spiel. „AnhängernInnen von SPÖ, ÖVP und FPÖ diskutierten in unterschiedlichem Ausmaß über diese Themen, Asyl und Integration sowie Sozialleistungen waren aber bei allen drei Parteien sehr wichtig, bei der FPÖ kam noch Sicherheit hinzu.“ [SO-RA/Institut für Strategieanalysen 2017:10]

So fiel die SPÖ mit ihrer schwammigen Linie immer wieder ihren eigenen Fehlern zum Opfer. „Einerseits sollte in Abgrenzung zur FPÖ weiterhin eine liberale Linie vermittelt werden. Auf der anderen Seite sollte mit Blick auf eine vermeintlich rigide Bevölkerungsmeinung explizit Härte gezeigt werden – mit dem Effekt, dass sprachlich etwa im „Plan A“ Flüchtlinge und Einwanderer primär als Bedrohung für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter gerahmt wurden.“ [Hofinger/Holzer/Oberhuber/Zandonella 2017:192] Hier zeigt sich erneut, dass die SPÖ im meinungspolitischen Spektrum keinen eindeutigen Platz einnehmen konnte. Um mit den Themen Migration, Asyl und Integration im Wahlkampf und im politischen

und parlamentarischen Alltag arbeiten zu können, suchte die SPÖ einen Kompromiss, der keiner war, weil er sich nicht wirklich durchsetzte: Die Partei bestritt den Wahlkampf, ohne, dass sich die vielen, unterschiedlichen Meinungen in der Partei änderten. „Integration vor Zuzug in den nächsten Jahren ist die inhaltliche Position der SPÖ, auf die man sich nach (zu) langen innerparteilichen Diskussionen als Kompromiss geeinigt hat.“ [Zeiler 2019:129]

2019 wurden Migration und Integration vom Klimaschutz als Hauptthema des Wahlkampfes abgelöst. Doch die Vielzahl an Geflüchteten und deren Integration blieben in der Gesellschaft weiterhin präsent. Die Aufnahme von Flüchtlingen und die daraus resultierenden Folgen und Probleme wurden weiterhin zur WählerInnen-Mobilisierung genutzt. Wie auch schon im Jahr 2017 hielt sich die SPÖ beim Thema Zuwanderung auch 2019 eher zurück, in ihrem Wahlkampf, wie auch in den Medien, standen andere Themen im Vordergrund. „Zumindest für ÖVP- und FPÖ-Wähler hatten die Themen Asyl und Zuwanderung, obwohl sie in der medialen Berichterstattung kaum mehr vorkamen, nach wie vor ein hohes Mobilisierungspotential.“ [Sommer 2019:197]

Das zeigt auch die nachfolgende Tabelle von Franz Sommer aus dem Buch *„Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale“*: bei den Aussagen „die Folgen der Flüchtlingskrise sorgen weiterhin für ernste Probleme“, „Es könnte jederzeit wieder zu einem Anstieg der Flüchtlingszahlen kommen“ und „Aufnahmebereitschaft: die Möglichkeiten sind bereits erschöpft“ ist die Zustimmung bei FPÖ und ÖVP- WählerInnen besonders hoch. Die SPÖ-WählerInnen weisen bei dieser Umfrage keine eindeutige Positionierung auf, sondern Zustimmung und Ablehnung sind relativ ausgewogen verteilt. Am ehesten noch tendiert die Meinung der sozialdemokratischen WählerInnenschaft bei der ersten Frage nach der Flüchtlingskrise in eine Richtung. 60 Prozent sind der Überzeugung, Österreich hat die Folgen der Flüchtlingskrise unter Kontrolle, dem gegenüber stehen nur 36 Prozent, die meinen, die Flüchtlingskrise sorge weiterhin für Probleme. Bem Thema „Zustrom von Flüchtlingen“ meinen 39 Prozent, dass die Gefahr eines unkontrollierten Zustroms gebannt sei, 53 Prozent befürchten das Gegenteil. Hinsichtlich der Frage der Aufnahmebereitschaft sind die Prozentsätze am ausgeglichensten: 44 Prozent meinen, Österreich könnte weitere Flüchtlinge aufnehmen, 46 Prozent meinen, die Möglichkeiten sind bereits erschöpft. Auch diese Tabelle spiegelt die Uneinigkeit der SPÖ- WählerInnen herauslesen, ein Muster, das sich von der Parteispitze abwärts durchzieht.

In % wählen (Quelle:Sommer 2019:198)	gesamt	ÖVP	SPÖ	FPÖ	NEOS	Grüne
<u>Flüchtlingskrise:</u>						
1) Österreich hat die Folgen der Flüchtlingskrise unter Kontrolle	42	32	60	11	62	87
2) Folgen der Flüchtlingskrise sorgen weiterhin für ernste Probleme	53	63	36	86	34	16
<u>Zustrom von Flüchtlingen:</u>						
1) Gefahr eines unkontrollierten Zustroms gebannt	26	18	39	6	43	50
2) Könnte jederzeit wieder zu einem Anstieg der Flüchtlingszahlen kommen	68	79	53	91	50	37
<u>Aufnahmebereitschaft:</u>						
1) Können weitere Flüchtlinge aufnehmen	29	17	44	4	48	63
2) Möglichkeiten sind bereits erschöpft	63	76	46	94	44	22

5.3.7.5 Die SPÖ und das Thema Klima/Umwelt:

Die SPÖ war und ist nicht für ihre ausgeprägte Umweltpolitik bekannt, diese Rolle bleibt im österreichischen Parteiensystem den Grünen vorbehalten. „Aber in der Regel darf man sagen: Umweltbewegung und Arbeiterbewegung können nicht so gut miteinander.“ [Heisterhagen 2018:212] Viele sozialdemokratische KernwählerInnen arbeiten in nicht gerade umweltfreundlichen Branchen, zum Beispiel in der Industrie. Mit einem Schwerpunkt auf Umweltpolitik hätte die SPÖ ein wenig den Anschein erweckt, gegen die eigenen WählerInnen zu arbeiten. Deswegen fanden sich in sozialdemokratischen Wahlprogrammen quer durch Europa bisher kaum Forderungen zum Thema Umwelt und deren Schutz, das trifft schließlich auch auf die SPÖ zu.

Durch die Umweltbewegung *Fridays for future*, wöchentliche Klimastreiks auch in Österreich, und das berühmteste Gesicht der Bewegung, die schwedische Umweltaktivistin Greta Thunberg, fand das Thema Klimaschutz den Weg in die österreichische Tagespolitik. Als Wahlkampfthema lösten Erderwärmung und Klimaschutz 2019 Asyl und Migration aus dem Jahr 2017 ab. „In fact, compared to the 2017 election, immigration-related issues were much less salient during the 2019 campaign. Instead, the fight against the climate crisis moved to the top of many voters’ concerns and was featured prominently in most party agendas.“ [Eberl/ Huber/ Plescia 2020:6] Das führte zu einem Umwelt- und Klimaaufschwung in den Parteiprogrammen, die in diesem Wahljahr häufiger und prominenter platziert Umweltthemen beinhalteten.

Auch die SPÖ begann 2019, anders als in vorherigen Wahlkämpfen, mit Umweltthemen zu werben und den Klimaschutz mehr Raum im Wahlprogramm zu geben. Der allgemeine Wahlkampf Fokus auf mehr Klimaschutz bewegt die SPÖ vordergründig dazu, bei diesem Thema Position zu beziehen. Gleichzeitig wollten SozialdemokratInnen mit einer aktiven Klimapolitik eine allzu starke Abwanderung der WählerInnen zu den Grünen, die das Thema Umweltschutz besonders stark besetzten, verhindern. „Als eine der ersten Maßnahmen, die bewusst sehr früh im Wahlkampf eingesetzt wurden, präsentierte die SPÖ das ‚1-2-3-Klimaticket‘ – die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, wie zum Beispiel der Bahn, sollte damit nach dem Vorbild Wiens in ganz Österreich günstiger und attraktiver gemacht werden.“ [Hirsch 2019:79] Es folgte die Anregung eines ‚Klimabonus‘ für PendlerInnen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren. Die sozialdemokratischen Klima-Forderungen konzentrierten sich sehr stark darauf, Anreize zur Benützung öffentlicher Verkehrsmittel zu schaffen.

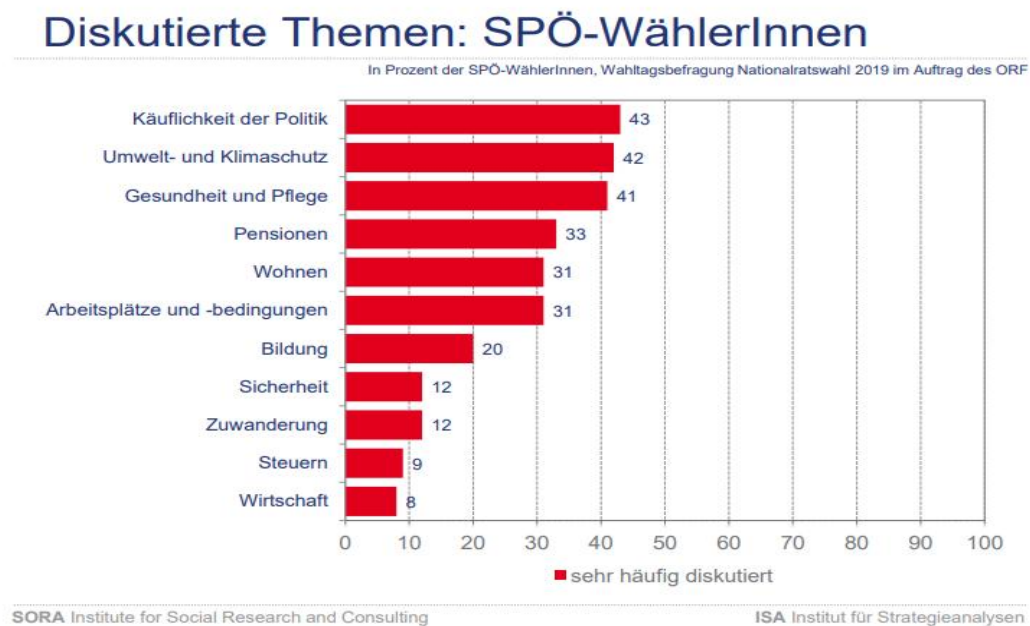


Abbildung 22: Diskutierte Themen der SPÖ-WählerInnen 2019

SPÖ-WählerInnen erachteten den Klimaschutz als wichtiges Thema, wie die obenstehende Grafik zeigt, wurde Umwelt- und Klimaschutz nach ‚Käuflichkeit der Politik‘ an zweiter Stelle genannt. „SPÖ-WählerInnen diskutierten demgegenüber mehr über das Thema Käuflichkeit der Politik, aber ebenso über Umweltschutz und Gesundheit.“ [SORA/Institut für Strategieanalysen 2019:8]

Doch einen Punkt hat das Wahlkampfthema Umwelt mit jenem aus 2017, Asyl und Migration, gemeinsam: Die Einstellung der SPÖ dazu hilft ihr nicht bei der Rückgewinnung der KernwählerInnen. Die Klimakrise wird immer wieder als Problem jener Elite gesehen, die es sich leisten können, für den Umweltschutz einzutreten. „Wenn Umweltaktivisten aus schicken Büros ihre Agenda formulieren, aber Hunderte Kilometer weit weg Menschen dadurch tatsächlich und ganz real ihre Arbeit wegen Umweltregulierungen verlieren, dann ist das ein Problem. [...] Das Schicksal des Arbeiters muss den Umweltaktivisten interessieren.“ [Heisterhagen 2018:214] Die SPÖ wandert hier also auf einem schmalen Grad, der zwischen dem Umweltgedanken als notwendiger Maßnahme und der Rücksicht auf StammwählerInnen verläuft. Sie hat als Partei aber erkannt, dass das Thema Klimaschutz immer wichtiger wird und besonders neue und zukünftige WählerInnen beeinflusst. „Denn wenn die SPÖ sich nicht in die erste Reihe des Kampfes gegen den Klimawandel stellt, wird sie – völlig zurecht – keine Option für die Jugend bei künftigen Wahlgängen mehr sein.“ [Zeiler 2019:151]

5.4. Ausblick/Entwicklung der Sozialdemokratie:

Zu einer umfassenden Analyse der SPÖ gehört auch ein Ausblick, eine Prognose wohin sich die Sozialdemokratie entwickelt.

Handelt es sich also bei dem aktuellen Abwärtstrend um ein rein temporäres, politisches Phänomen und die Sozialdemokratie wird bald wieder erfolgreicher werden oder ist die Zeit für sozialdemokratische Parteien schlicht und einfach zu Ende?

Bo Rothstein und Sven Steinmo sehen die Sozialdemokratie von zwei Seiten politisch unter Druck gesetzt: von rechts und von links. „The first, and certainly most obvious, challenge to the universalistic principles underlying social democracy comes from an emerging anti-immigrant sentiment in several of these countries.“ [Rothstein/Steinmo 2013:103] Laute Stimmen gegen Migration schaden der Sozialdemokratie, da sie diese Einstellung oftmals nicht teilt und so Stimmung gegen sozialdemokratische Parteien entstehen kann. Das zeigt sich auch in Österreich: Die SPÖ verliert WählerInnen an die FPÖ, die zwar nicht gegen Sozialleistungen und den Wohlfahrtsstaat propagiert, jedoch mit lauter Stimme für eine Bevorzugung der ÖsterreicherInnen bei Sozialleistungen wirbt. Rothstein und Steinmo sehen hier nicht von der Sozialdemokratie stark beworbene Sozialleistungen in Gefahr, sondern deren Verteilung, die rechtspopulistische Parteien anders gestalten wollen als die sozialdemokratischen Parteien. Auch die FPÖ erzielte mit der Einstellung ‚ÖsterreicherInnen zuerst‘ bei der Wahl 2017 viel Zuspruch bei den WählerInnen, während die SPÖ hingegen Stimmenverlor.

Die zweite Herausforderung stellte die politische Linke dar: Hier handelt es sich vorrangig um eine liberale, gesellschaftliche Einstellung und Weltoffenheit, mit der Parteien links von der Sozialdemokratie oftmals werben. Sie stellen diese Werte dabei häufiger in den Vordergrund als die Sozialdemokratie das tut. „In recent years there has been considerable pressure from the left within the social democratic movements towards various forms of identity politics. Ethnicity, sexual orientations and various lifestyle issues have been proposed as mobilising factors that have become grounds for making specific demands for targeted policies for these identity groups.“ [Rothstein/Steinmo 2013:104] Hier besteht für die Sozialdemokratie die Gefahr WählerInnen an linke bzw. linkere Parteien zu verlieren, da diese für eine offenere Gesellschaft eintreten.

Die SPÖ kann hier gut beispielhaft angeführt werden: Bei den Nationalratswahlen 2017 noch in geringerem Ausmaß, aber vor allem 2019 verlor die SPÖ viele WählerInnen an die Grünen, die 2019 einen Aufwärtstrend erlebten.

Die Analyse von Rothenstein und Steinmo erkennt und bestätigt den Abwärtstrend der europäischen, sozialdemokratischen Parteien. Für die Autoren handelt es sich dabei aber um die Abwahl der einzelnen Parteien und nicht der Sozialdemokratie selbst. „There may be many reasons why several leading social democratic parties have still not been able to convert this into electoral success and struggle to find a politically viable strategy. But the fact that social democracy as an idea or as a viable model has failed is clearly not one of them.“ [Rothenstein/Steinmo 2013:105]

Frank Bandau wiederum zeigt in seinem Text zwei Lager auf, die die Zukunft der Sozialdemokratie unterschiedlich bewerten: Dabei sieht er die AnhängerInnen des „strukturalistischen Pessimismus“ deutlich in der Mehrheit gegenüber alle jenen optimistischen AutorInnen, die eine Erneuerung durch „die Möglichkeit zu einer ideellen Veränderung“ sehen. [vgl. Bandau 2019:601]

Das Lager der „Pessimisten“ vertritt den Standpunkt, die besten Zeiten der Sozialdemokratie seien bereits vorbei, ihre Ideen und Programme nicht mehr zeitgemäß und ein neuerlicher Aufschwung unwahrscheinlich. „Nach dieser Lesart basierten die sozialdemokratischen Erfolge der Vergangenheit auf den außergewöhnlichen ökonomischen Rahmenbedingungen eines Goldenen Zeitalters, das längst vergangen ist und nicht wiederkehren wird.“ [Bandau 2019:601] Gemäß dieser Interpretation hat die Sozialdemokratie ausgedient und kann für die Gesellschaft und ihre Menschen mit ihren Ideen nichts mehr tun. Die politischen und sozialen Rahmenbedingungen haben sich verändert und die Notwendigkeit sozialdemokratischer Parteien, die für bestimmte gesellschaftliche Veränderungen kämpfen, ist nicht mehr gegeben, was die Krise, in der sich die Sozialdemokratie befindet, erklärt.

Bandau befasst sich in seinem Text auch mit den institutionellen Faktoren, also den Parteien selbst. Rückt man diese in den Vordergrund, so Bandau, dann zeigt sich in der Politikwissenschaft und bei Forschenden kein eindeutiges Bild. Kritisiert werden die VertreterInnen der Parteien, die nicht mehr aus derselben, sozialen Schicht wie ihre potentiellen WählerInnen kommen, die sich anschließend nicht verstanden und repräsentiert fühlen. Als Auslöser dafür sehen Forschende, dass „durch die Akzeptanz neoliberaler Ideen sowie die Übernahme der Führung der Parteien durch Vertreterinnen und Vertreter der neuen Mittelklasse schwer, vielleicht sogar irreversibel beschädigt.“ [Bandau 2019:603] Die Führungsebene und ihre WählerInnen entfernen sich immer weiter voneinander und das führt zu Unverständnis und sinkenden Wahlergebnissen. Auch Mi-

chael Hartmann sieht für sozialdemokratische RepräsentantInnen nur dann eine Chance, wenn ein Personalwechsel in starkem Zusammenhang mit der Abkehr vom Neoliberalismus vollzogen wird. „Daher ist eine wesentliche Voraussetzung für eine veränderte, nicht mehr dem neoliberalen Mainstream verhaftete Politik, dass auch diese Politiker, unabhängig von ihrer Herkunft, soweit irgendwie abgelöst werden.“ [Hartmann 2018:242f.]

Das zweite Lager gesteht der Sozialdemokratie die Möglichkeit der „programmatischen Erneuerung“ zu. [vgl. Bandau 2019:604] Wie auch Nils Heisterhagen erwähnt Bandau die Rückkehr zu sozialdemokratischen Grundprinzipien und die Lossagung vom Neoliberalismus als mögliches, erfolgsversprechendes Mittel. „Die Rettung der Linken ist offensichtlich. Man muss sie nur noch wollen. Realismus nenne ich das, wenn die Linke, inklusive der neuen Liberalen, endlich begreift, dass der Neoliberalismus das Problem ist.“ [Heisterhagen 2018:310] Als Konsequenz sieht Bandau hier eine thematische Rückeroberung wirtschaftlicher Themen und einen veränderten Zugang der sozialdemokratischen Parteien.

Bandau verbindet also eine erneuerte Sozialdemokratie sowohl mit einem Personenwechsel an der Spitze, als auch mit einer programmatischen Erneuerung der Partei. „Idealerweise gelingt es sozialdemokratischen Parteien mit neuen Köpfen und frischen Ideen auf diese Weise, nicht nur ihre klassische Wählerklientel wieder hinter sich zu vereinen, sondern auch neue Wählerkoalitionen zu schmieden.“ [Bandau 2019:604] Um ehemaliger WählerInnen wieder für sich gewinnen zu können, muss die Sozialdemokratie ihre Grundanliegen wiederfinden und sich selbst auch ein wenig neu erfinden. Sozialdemokratische Eckpfeiler, wie die Vertretung der ArbeiterInnen und soziale Gerechtigkeit sollten, so Bandau, wieder ihren Weg in die aktive sozialdemokratische Politik finden und zur politischen Aufgabe werden. „Die wesentliche Aufgabe sozialdemokratischer Parteien besteht aus dieser Perspektive in der Formulierung eines politischen Projektes, das – wie in der Vergangenheit – unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen unter einem gemeinsamen Dach vereint.“ [Bandau 2019:605]

Bandau fasst seine Analyse in drei grundlegenden Fragen zur Zukunft der Sozialdemokratie zusammen: In der ersten Frage befasst er sich mit der Durchführbarkeit einer an den Interessen der ArbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen ausgerichteten Politik in Zeiten des globalisierten Kapitalismus. Die Antwort des Autors und anderer, von ihm zitierter ForscherInnen, fallen in dieser Sache eher negativ aus.

In der zweiten Frage geht es um die potentiellen WählerInnen sozialdemokratischer Parteien. Geht die Sozialdemokratie in zwei zu unterschiedlichen Gruppen auf WählerInnenfang? Lassen sich diese beiden Gruppen nicht mehr in einer sozialdemokratischen Partei vereinen? Thomas Novotny sieht diese Vereinbarkeit nicht: „An einem Aufbruch zu solchen Zukunftsufern hindert sie offensichtlich auch der Zwang, zwei Wählergruppen gerecht zu werden, welche in ihrer Selbsteinschätzung und Grundstimmung auseinanderdriften. Das sind einerseits die gehobenen städtischen Mittelschichten; und das ist andererseits ihre einstige Stammwählerschaft von nunmehr enttäuschten und verbitterten Arbeitern.“ [Novotny 2018:42] Bandau, der sich in seinem Text auf Kitschelt und Häusermann bezieht, zieht ein negatives Resümee. Er sieht die Sozialdemokratie nicht in der Lage ihre unterschiedlichen WählerInnengruppen zu vereinen und politische Angebote für alle zu schaffen.

Abschließend erörtert Bandau die Möglichkeit neuer Koalitionen und Zusammenschlüsse und den Blickwinkel der WählerInnen auf die Sozialdemokratie: „Die dritte Frage lautet schließlich, ob Beobachter, die von endogenen Wählerpräferenzen ausgehen, glauben, dass sozialdemokratische Parteien und nicht andere politische Kräfte in der Lage sein werden, die Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler zu prägen und neue Wählerkoalitionen zu bilden.“ [Bandau 2019:604] Hier ist sein Fazit ebenfalls pessimistisch, sieht er docheine zu starke Veränderung der Sozialdemokratie über die Jahre, die von den Marx'schen Ideen abweicht und sich zu stark an den Kapitalismus von Keynes annähert. Wie auch Nils Heisterhagen kritisiert Bandaus Text die Hinwendung zu einer neoliberalen Politik.

Frank Bandau sieht zwar keine besonders optimistischen Zukunftsperspektiven, ganz abschreiben sollte man die Sozialdemokratie jedoch auch nicht: „Vertrauen wir auf das Urteil der Forschungsgemeinde, dann ist die Lage der Sozialdemokratie also in der Tat ernst, wenn auch nicht völlig hoffnungslos.“ [Bandau 2019: 605]

Zusammenfassend lassen sich also drei wesentliche Punkte anführen: Wenn die Sozialdemokratie bei Wahlen wieder erfolgreich sein möchte, sehen Politikwissenschaftler die Abkehr von neoliberalen Ideen und Programmen als notwendigen Schritt. Damit sollte auch ein Personalwechsel der EntscheidungsträgerInnen einhergehen, zurück zu Persönlichkeiten, die die alten sozialen Grundwerte glaubwürdig und überzeugend verkörpern, um auf diesem Weg einer weiteren Entfernung der sozialdemokratischen Führungsebene von ihrer StammwählerInnenschaft entgegenzuwirken. Einen weiteren wichtigen

Punkt umfasst eben die Rückkehr zu sozialdemokratischen Grundprinzipien, die in den letzten Jahren in den Hintergrund gedrängt wurden. Allerdings möchte ich betonen, dass nur allein eine Rückbesinnung nicht ausreichen wird, sondern der sozialdemokratische Grundgedanke muss in die heutige Lebenswelt der WählerInnen transportiert werden. Zukunft erfolgreich zu sein, ist auch noch ein dritter Punkt wichtig: die Mobilisierung ehemaliger WählerInnengruppen. Traditionell sozialdemokratisch Wählende, wie zum Beispiel ArbeiterInnen, sind zu eher rechtspopulistischen Parteien abgewandert und fühlen sich nicht mehr vertreten, selbiges gilt für die linke Mittelschicht, die immer stärker zu weiter links stehenden Parteien, wie den Grünen, tendiert.

Die Sozialdemokratie sollte sich wahrscheinlich auch bewusst machen, welche WählerInnenstimmen man denn gewinnen möchte und ob eine Erreichen dieser beiden unterschiedlichen WählerInnengruppen überhaupt möglich ist.

6 Zusammenfassung/Fazit:

6.1 Ergebnisse, Verifizierung/Falsifizierung der Thesen:

Ich habe mich in dieser Arbeit mit der SPÖ und ihren WählerInnen seit 2016 beschäftigt und mich insbesondere der Forschungsfrage: *„Welche gesellschaftlichen und politischen Faktoren führ(t)en zu den Wahlverlusten der SPÖ in den letzten Jahren? Eine Analyse der Partei und ihrer WählerInnen von 2016 bis heute.“* gewidmet.

Die Auswertung der WählerInnenstromanalyse hat aufgezeigt, bei welchen Bevölkerungsgruppen die SPÖ im Zeitraum von 2016 bis heute besonders stark an Stimmen verloren hat und aus welchen Gründen. Gleichzeitig konnte ich mich anhand der Fachliteratur mit der Partei selbst beschäftigen und die SPÖ und ihre Parteispitze genauer analysieren.

Nun gehe ich noch einmal auf meine zu Beginn aufgestellten Hypothesen ein und werde zusammenfassen, welche Annahmen sich im Zuge meiner Analyse bestätigt haben und welche ich falsifizieren konnte.

Meine erste Annahme lautete: „Die SPÖ befindet sich seit 2016 in einer Krise.“ Sieht man sich das Abschneiden der SPÖ bei den letzten Wahlen an, liegt es nahe von einer Krise zu sprechen, auch die wissenschaftliche Literatur und die verschiedenen Krisenbegriffe haben diese Hypothese bestätigt. „Die Sozialdemokratie steckt in ihrer tiefsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Eindrucksvoll wird dies durch einen Blick auf die Wahlergebnisse der jüngeren Vergangenheit verdeutlicht.“ [Bandau 2019:588] Hiermit zeigt sich also, dass meine erste Hypothese bestätigt werden konnte.

Meine zweite Annahme lautete: „Die SPÖ hat die Verbindung zu ihrer Basis bzw. KernwählerInnengruppe verloren.“ Meine Analyse zeigt, dass sich vor allem ArbeiterInnen, als einstige sozialdemokratische KernwählerInnengruppe, von der SPÖ abgewandt haben und besonders bei der Wahl 2017 stark zu FPÖ und ÖVP wechselten. „Angesichts fortdauernder wirtschaftlicher Krisenerfahrung, steigender Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigungs- beziehungsweise Lebensverhältnisse macht ein wachsender Teil der einstigen Stammwählerschaft gerade die Sozialdemokratie dafür verantwortlich, sie ‚im Stich gelassen zu haben‘ [...]“ [Gruber 2017:101] Die sozialdemokratische WählerInnenbasis fühlt sich von der SPÖ nicht mehr gut repräsentiert, bricht weg und sieht sich nach elektoralen Alternativen um. Diese mangelnde Repräsentation drückt sich sowohl in immer weniger Parteipersonal aus der ArbeiterInnenschicht, als

auch in thematischer Form (sozialdemokratische Forderungen richten sich immer häufiger nach der Mittelschicht) aus. „Neuere Studien bestätigen das sozialdemokratische Wahldilemma, indem sie nachweisen, dass die immer stärkere wahlstrategische Ausrichtung an der Mittelschicht zu einer Abwendung der Arbeiterschaft führt.“ [Bandau 2012:590f] Somit ist auch meine zweite Hypothese verifiziert.

Drittens stellte ich zu Beginn dieser Arbeit die Hypothese auf: „Die SPÖ ist beim Thema Zuwanderung intern gespalten und vertritt keine eindeutige Position. Das führt zu einer Abwendung der WählerInnen.“ Vor allem bei der Nationalratswahl 2017 waren Asyl und Zuwanderung bestimmende Themen im Wahlkampf. Unterschiedliche Meinungen und Einstellungen zu diesem Thema, sowohl bei der WählerInnenschaft als auch in den eigenen Reihen, erschwerten der SPÖ eine eindeutige Positionierung, die eine teilweise Abwanderung ihrer WählerInnen verhindern hätte können. Die SPÖ sieht ihr WählerInnenpotential bei ArbeiterInnen und bei der Mittelschicht und nimmt deshalb eine eher schwammige Position ein. Das hatte jedoch nicht den gewünschten, vereinigenden Effekt. „Die bisherige ambivalente Politik des ‚Durchmogelns‘ in Migrationsfragen muss durch eine deutliche und aktive Positionierung überwunden werden. Die Betonung liegt hier zunächst vor allem auf Klarheit, Beständigkeit und Prominenz, erst in zweiter Linie auf dem Inhalt. Die gesplante Position der SPÖ trägt derzeit zur Desillusionierung beider Flügel der ihnen nahestehenden WählerInnengruppen bei, [...]“ [Gruber 2017:103f] Das Fehlen einer klaren Linie führt zu einer Entfremdung eines Teils der sozialdemokratischen WählerInnenschaft von der SPÖ, somit ist auch meine dritte Hypothese bestätigt.

Meine vierte Annahme befasst sich mit der politischen Ausrichtung der SPÖ in den letzten Jahren: „Die SPÖ-Bundespartei ist thematisch immer mehr neoliberal und postmodern positioniert, was zu einer Abwendung der Kernwählerschaft führt.“ Die SPÖ hat sich in den letzten Jahren in ihrer politischen Einstellung immer weiter dem Neoliberalismus, wie ihn Nils Heisterhagen kritisiert, zugewandt. Diese neue Anschauung umfasst viele tagespolitische Themen, zeigt sich jedoch am deutlichsten in der sozialdemokratischen Einstellung zu Asyl- und Migrationspolitik. Die Literatur, Frank Bandau und Nils Heisterhagen an vorderster Front, betonen den starken Anteil des Neoliberalismus an der Krise der Sozialdemokratie. „Ideelle Erklärungen machen die Übernahme bestimmter, zumeist neoliberaler Ideen für die Krise verantwortlich.“ [Bandau 2019:590] Neoliberalismus favorisiert Privatisierung und Sozialabbau, was von ArbeiterInnen als Empfängergruppe von Sozialleistungstransfers klarerweise meist negativ gesehen wird.

Die SPÖ sieht jedoch nicht, [...], dass rechtspopulistische Parteien zunehmend in einem traditionell sozialdemokratischen Wählermilieu wildern, weil die linken Parteien eben durch ihren zentralen Fokus auf *postmoderne Identitätspolitik* und ihre Vernachlässigung der *sozialen Frage* den Bezug zu diesen Wählern zum Teil verloren hätten.“ [Heisterhagen 2018:34] Die Rezeption in der Literatur zeigt also zu Beginn des Zitats, dass der Neoliberalismus eine teilweise Abwendung der traditionellen, sozialdemokratischen WählerInnenschaft mit sich bringt. Das schließt natürlich nicht aus, dass die SPÖ mit dieser Einstellung neue WählerInnen gewinnen konnte, die Abwanderung zeigt sich jedoch deutlich stärker und steht hier im Vordergrund, womit sich meine vierte Hypothese bestätigt.

Meine fünfte These lautete: „Das Auftreten und die Einstellungen der SpitzenkandidatInnen führen zu einer abnehmenden Wahlbereitschaft der StammwählerInnen.“ Die Literatur und die Wählerstromanalyse haben gezeigt, dass sich die SPÖ-Parteispitze immer weiter von ihren StammwählerInnen entfernt. Unterschiedliche Lebenswelten bringen verschiedene Einstellungen und Werte mit sich, der politische Graben zwischen sozialdemokratischen FunktionärInnen und StammwählerInnen wird dadurch größer. „Sowohl Abgeordnete wie Mitarbeiter der SPÖ leben nicht mehr wie ihre eigenen Wähler; selbst wenn die Eltern noch Hackler waren, zogen es die Exponenten der Partei spätestens nach Übernahme des ersten Amts vor, dem Herkunftsmilieu zu entsagen.“ [Fleck 2018:87] Die KernwählerInnenschaft der SPÖ wendet sich als Konsequenz ab und gibt ihre Stimme anderen Parteien. Man muss die SpitzenkandidatInnen Christian Kern und Pamela Rendi-Wagner gesondert betrachten. Christian Kern konnte 2017 das Ergebnis der Nationalratswahl 2013 ungefähr halten. Für dieses Ergebnis konnte er jedoch nicht die ursprüngliche StammwählerInnenschaft der SPÖ zurückgewinnen, wie die WählerInnenstromanalyse gezeigt hat, sondern er hat vorrangig ehemalige GrünwählerInnen für sich gewonnen, ArbeiterInnen wandten sich weiterhin eher von der SPÖ ab.

Unter Pamela Rendi-Wagner schrumpfte das Wahlergebnis der SPÖ um zirka 7 Prozent, die GrünwählerInnen von 2017 kehrten 2019 wieder zu ihrer Partei zurück, die 2017 den Einzug ins Parlament verfehlt hatte. „Gerade die Sozialdemokratie sollte aus dieser *elitären Welt* ausbrechen und ihren sozialen Blick dahin richten, wo es brodeln und stinkt. [...] Die Sozialdemokratie war lange die Partei, die die Sorgen der Menschen ernstnimmt. Im Zuge der ‚neuen Linken‘ hat sie aber dem heutigen *liberalen Moralismus* den Weg geebnet. Nun aber kann sie nicht einsehen, dass sie es ist, die von

diesem *liberalen Moralismus* am meisten Schaden nehmen wird.“ [Heisterhagen 2018:184] Der Schaden für die SPÖ zeigt sich in immer weiter sinkender Zustimmung bei ArbeiterInnen, also bei den ursprünglichen KernwählerInnen. Literatur, Wahlergebnisse und WählerInnenstromanalyse bestätigen meine Annahme und verifizieren meine fünfte Hypothese.

Meine letzte Hypothese lautete: „Die SPÖ verliert Stimmen an die FPÖ, da sie kein eigenes Konzept für Migration und Asyl hat und den Freiheitlichen so nichts entgegenhalten kann.“ Seit 2015 bilden Migration, Asyl und Integration in Österreich eine neue Konfliktlinie, an der sich alle Parteien mit ihren Einstellungen und Programmen positionieren. Auf Grund der parteiinternen Uneinigkeit hat die SPÖ nie eine feste Position bezogen und kann dadurch von den WählerInnen nicht eingeordnet werden. „Deshalb muss es der Mindestanspruch an eine sozialdemokratische Migrationspolitik sein, diesbezüglich eine tragfähige Position zu entwickeln, die den eigenen Mitgliedern und Wählern zu erklären vermag, worin die unverrückbaren sozialdemokratischen Prinzipien zu Zuwanderung und Integration bestehen.“ [Gruber 2017:104] Hiermit bestätigt sich der Aspekt meiner Hypothese, der der SPÖ unterstellt, sie habe kein eigenes Konzept für Zuwanderung, da innerparteiliche Uneinigkeiten und die Diversität ihrer WählerInnengruppen eine Konzeptausarbeitung bisher verhindert haben. Die inThese daraus gezogene Konsequenz, die FPÖ würde davon profitieren, lässt sich jedoch so nicht bestätigen. Die WählerInnenstromanalyse zeigt, dass neben einer Abwanderung zu FPÖ auch ein signifikanter Teil der WählerInnen die ÖVP als passende Alternative betrachteten. Der Grund dafür ist eine migrationspolitische Umpositionierung der ÖVP, die unter Sebastian Kurz weiter Richtung FPÖ rückte und das Thema Zuwanderung neu definierte. „Stattdessen besetzte die ÖVP [...] das Thema für sich, während ihr die SPÖ zunehmend die migrationspolitische Definitionsmacht überließ.“ [Gruber 2017:99] Meine Annahme lässt sich also insofern verifizieren, dass die SPÖ ein Migrationskonzept vermissen lässt, die WählerInnen jedoch sowohl zur FPÖ als auch zur ÖVP wandern

.

6.2 Fazit/ offene Fragen:

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich fast alle meine Hypothesen bestätigt haben. Die SPÖ-KernwählerInnenschaft wendet sich von der Sozialdemokratie ab, folgende drei eindeutige Gründe hat meine Analyse ergeben: SPÖ-ParteifunktionärInnen und die

Parteiführung haben sich von der Lebenswelt der ursprüngliche KernwählerInnenschaft entfernt, die SPÖ hat bei wichtigen Themen keine eindeutige Linie, interne Uneinigkeiten prägen das Bild und die SPÖ ist in den letzten Jahren ideologisch weiter in die neo-liberale Richtung gewandert ist.

Ob die Sozialdemokratie tatsächlich wieder einen Aufschwung erleben wird, wenn sie zu ihren ursprünglichen Werten zurückkehrt, kann ich nicht eindeutig beantworten, ein sicherer Ausblick liegt außerhalb meiner Möglichkeiten. Ich möchte jedoch die Vermutung anstellen, dass eine Veränderung in den drei genannten wesentlichen Punkten einen positiven Effekt auf Wahlergebnisse hätte.

Ganz abschreiben sollte man die SPÖ aber nicht, kommt doch ihr alter Glanz immer wieder zum Vorschein, wie zum Beispiel bei den Landtagswahlen 2020 im Burgenland und in Wien.

Die SPÖ steht aber auf jeden Fall vor einer großen Aufgabe. „Sie hat eine lange Talfahrt hinter sich, die am 26. Jänner 2020 im Burgenland durch die absolute Mehrheit für Landeshauptmann Hans Peter Doskozil unterbrochen wurde. Ob da ein Sonderfall bei einer Landtagswahl ist oder ob eine Trendwende beginnt, ist offen.“ [Kotanko 2020:16f] Dieser Lichtblick gibt vielleicht Rückenwind, ist aber sehr regional und ob er die SPÖ-Bundespartei retten kann, ist nicht absehbar und bleibt offen. Aktuell sieht es nicht so aus, als ob die SPÖ hinsichtlich Ideologie oder Personal Änderungen vornehmen will. Dabei schwingt wohl auch das Bestreben mit, dass ohne Umbrüche zumindest der Status quo erhalten bleiben würde. „Nur keine Veränderungen, es könnte ja schlechter kommen“ ist der Hintergrund vieler politischer Positionierungen, die letztendlich aus einem latenten Zukunftspessimismus rühren.“ [Zeiler 2019:164] Ob die SPÖ den Weg aus der Krise schafft oder zur Kleinpartei wird, ist abzuwarten und bleibt offen.

Literaturverzeichnis

Bandau, Frank (2019): *Was erklärt die Krise der Sozialdemokratie? Ein Literaturüberblick*. PVS Politische Vierteljahresschrift (60), Seite 587-609

Becker, F., & Kalma P. (2003). *Integration of Immigrants: In Our Society and in the Political Paradigm of Social Democracy*. In R. Cuperus. & K. A. Duffek & J. Kandel (Hrsg.), *The Challenge of Diversity. European Social Democracy Facing Migration, Integration, and Multiculturalism* (97-105) Innsbruck, Studienverlag

Best, Robin E. (2011): *The declining electoral relevance of traditional cleavage groups*. European Political Science Review (3), Seite 279-300

Brandstätter, Helmut (2019): *Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst*. Verlag Kremayr & Scheriau, Wien, 4. Auflage

Cap, Josef (2018): *Kein Blatt vor dem Mund*. Verlag Kremayr & Scheriau, Wien

Clark, William/ Golder, Matt/ Nadenichek Golder, Sona (2013): *Principles of Comparative Politics*. 2nd edition, Washington, DC: Congressional Quarterly Press, Kapitel. 14, Seite 603-633

Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Gottweis, Herbert/ Kramer, Helmut/ Lauber, Volkmar/ Müller, Wolfgang C./ Tálos, Emmerich (Hg.) (2006): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien. (hier Teil III: Parteiensystem, Seite 322–411)

Dalton, Russell (2008): *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. Washington, DC, Congressional Quarterly Press, 5.Auflage

Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.) (2018): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin

Dimmel, Nikolaus (2018): *Post-Demokratie? Post-Politik!* In: Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin, Seite 56-74

Dolezal, Martin (2019): *Libertäre und autoritäre Positionen im österreichischen Parteiensystem: Die Nationalratswahlkämpfe von 1945 bis 2013*. In: Dolezal, Martin/ Grand, Peter/ Molden, Berthold/ Schriffl, Martin (2019): *Sehnsicht nach dem starken Mann? Autoritäre Tendenzen in Österreich seit 1945*. Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar, Seite 117-216

- Dorfner, Anna (2017): *Flüchtlingsbewegung 2015: Positionen und Strategien der SPÖ Wien und SPÖ Burgenland*. Masterarbeit Universität Wien
- Eberl, Jakob-Moritz/ Huber, Lena Maria/ Plescia, Carolina (2020): *A tale of firsts: the 2019 Austrian snap election*. West European Politics
- Engl, Sabrina Vanessa (2015): *SPÖ im Wandel. Zustimmungsverlust nach der Ära Kreisky. Analyse der Sozialdemokratischen Partei Österreichs nach 1945*. Masterarbeit Universität Wien
- Fleck, Christian (2018): *Die vierte Kränkung der Menschheit und die Folgen für die Sozialdemokratie*. In: Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin, Seite 83-88
- Foltin, Robert (2018): *Reform um jeden Preis*. In: Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin, Seite 99-103
- Fürst, Roland (2018): *Linke Vernunft und Verantwortung anstatt linken Selbstzwecks*. In: Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin, Seite 104-113
- Gabriel, Oscar W./ Keil, Silke I. (2012): *Kapitel 2: Theorien des Wahlverhaltens*. In: Gabriel, Oscar W./ Westle, Bettina (2012): *Wahlverhalten in der Demokratie. Eine Einführung*. Nomos UTB, 1. Auflage, Baden-Baden, Seite 43-79
- Glantschnigg, Christian (2018): *„Places and Party Preferences: Contextual Effects on Political Behaviour in Austria.“* Dissertation, Universität Wien
- Gruber, Oliver (2017): *„Mehr als nur ‚the economy, stupid!‘ – Österreichs Sozialdemokratie und ihr ambivalentes Verhältnis zu Migration.“* In: Bröning, Michael/ Mohr, Christoph P. (Hsg.): *Flucht, Migration und die Linke in Europa*. Dietz Verlag, Bonn, Seite 92-110
- Hajek, Peter (2017): *Die Ideen des Mai 2017*. In: Hofer, Thomas/ Toth, Barbara (Hsg.): *Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership*. ÄrzteVerlag, Wien, Seite 174-187
- Hartmann, Michael (2018): *Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden*. Campus Verlag, Frankfurt
- Heimlich, Willibald (2012): *Theorie und Praxis der SPÖ von 1989 bis 2010*. Diplomarbeit, Universität Wien

- Heimlich, Willibald (2013): *Die SPÖ ist tot! Lang lebe die SPÖ!* tredition, Hamburg
- Heisterhagen, Nils (2018): *Die liberale Illusion. Warum wir einen linken Realismus brauchen.* Verlag J.H.W. Dietz, Bonn
- Hirsch, Stefan (2019): *Kein Diskurs, wenige Bewegung.* In: Toth, Barbara/ Hofer, Thomas (Hsg.): *Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale.* Ecwin, Salzburg-München, Seite 73-86
- Hofinger, Christoph/ Holzer, Andreas/ Oberhuber, Florian/ Zandonella, Martina (2017): *Neue Rahmen für alte Themen.* In: Hofer, Thomas/ Toth, Barbara (Hsg.): *Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership.* ÄrzteVerlag, Wien, Seite 188-199
- Hooghe, Liesbet/ Marks, Gary (2018): *Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage.* Journal of European Public Policy (25:1), Seite 109-135
- Hofer, Thomas/ Toth, Barbara (Hsg.) (2017): *Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership.* ÄrzteVerlag, Wien
- Hofer, Thomas (2017): *Wahlkampf auf schiefer Ebene.* In: Hofer, Thomas/ Toth, Barbara (Hsg.): *Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership.* ÄrzteVerlag, Wien, Seite 9-49
- Hofer, Thomas (2019): *Auf dem Weg zur Emokratie.* In: Toth, Barbara/ Hofer, Thomas (Hsg.): *Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale.* Ecwin, Salzburg-München, Seite 12-58
- Hofer, Thomas (2019): *Von der Kunst des politischen Abgangs.* In: Khol, Andreas/ Karner, Stefan/ Sobotka, Wolfgang/ Rausch, Bettina/ Ofner, Günther/ Halper, Dieter (Hsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2018.* Böhlau Verlag, Wien, Köln, Weimar, Seite 379-390
- Horacek, Nina/ Toth, Barbara (2017): *Sebastian Kurz. Österreichs neues Wunderkind?* Residenz Verlag, Salzburg-Wien
- Huber, Michael David (2004): *SPÖ-PS. Sozialdemokratie in Österreich und Frankreich. Ein Vergleich zweier Parteien mit unterschiedlicher Geschichte, Entwicklung, Struktur und Organisation.* Diplomarbeit, Universität Wien
- Jahn, Detlef (2013): *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft.* Springer VS, Wiesbaden, 2.Auflage

Jakes, Jürgen-Klaus (2013): *Bravo Regierung! Hauptpunkte der innerparteilichen Kritik in der SPÖ während der drei Großen Koalitionen*. Diplomarbeit Universität Wien.

Jenny, Marcelo (2006): *Programme: Parteien im politischen Wettbewerbsraum*. In: Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Gottweis, Herbert/ Kramer, Helmut/ Lauber, Volkmar/ Müller, Wolfgang C./ Tálos, Emmerich (Hg.) (2006): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien. Seite 295-311

Johann, David/ Glantschnigg, Christian/ Glinitzer, Konstantin/ Kritzinger, Sylvia/ Wagner, Markus (2014): *Das Wahlverhalten bei der Nationalratswahl 2013*. In: Kritzinger, Sylvia/ Müller, Wolfgang C./ Schönbach, Klaus (Hsg.): *Die Nationalratswahl 2013*. Böhlau Verlag, Seite 191-213

Khol, Andreas (2019): *2007-2017: Zehn Jahre des Stillstands und des Übergangs*. In: Parlamentsdirektion (Hsg.): *Umbruch und Aufbruch. Parlamentarische Demokratie in Österreich*. New academic press, Wien, Seite 163-174

Keating, Michael/ McCrone, David (2013) (Hsg.): *The Crisis of Social Democracy in Europe*. Edinburgh University Press

Keusch, Florian (2008): *Der Wahlkampf der SPÖ bei der Nationalratswahl 2006. Personen, Issues und Strategie*. ‘Diplomarbeit Universität Wien

Klien, Rainer (2018): *Das türkis-blaue Gift stürzt Arme und AusländerInnen in den Abgrund*. In: Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin, Seite 125-129

Kotanko, Christoph (2020): *Kult-Kanzler Kreisky. Mensch und Mythos*. Ueberreuter, Wien

Kopeinig, Margaretha (2017): *Hans Peter Doskozil. Sicherheit neu denken*. Kremayr & Scheriau, Wien

Kraft, Roberta (2005): *Amerikanisierung der österreichischen Wahlkämpfe am Beispiel der SPÖ*. Diplomarbeit Universität Wien

Kritzinger, Sylvia/ Zeglovits, Eva/ Lewis-Beck, Michael/ Nadeau, Richard (2013): *The Austrian Voter*. VR unipress, Wien

Leser; Norbert (2008): *Der Sturz des Adlers. 120 Jahre österreichische Sozialdemokratie. Ein Lesebuch für Leser-Leser*. K&S Verlag, Wien

- Lipset, Seymour Martin, Stein, Rokkan (1990): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments*, in: Mair, Peter (Hrsg.): *The West European Party Systems*. Oxford, Oxford University Press, 91-138
- Manwaring, Rob/ Kennedy, Paul (2018): *Why the Left loses: Understanding the Comparative Decline of the Centre-Left*. Bristol University Press, Policy Press, Seite 5-21
- Mattes, Astrid/ Rosenberger Sieglinde K. (2015): *Islam and Muslims in Austria*. In: M. Burchardt / I. Michalowski (eds.), *After Integration, Islam und Politik*, Springer Fachmedien, Wiesbaden, p. 129 – 152.
- Micus, Matthias (2011): *Die Macht der Autosuggestion. Reale Krise und gefühlte Stärke bei der österreichischen Sozialdemokratie*. In: Butzlaff, Felix/ Micus, Matthias/ Walter, Franz (Hsg.): *Genossen in der Krise. Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand*. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, Seite 31-48
- Mielke, Gerd (2009): *Parteienkrise durch Parteieliten? Anmerkungen zur Diskussion über den Niedergang der deutschen Parteien*. In: Kaspar, Hanna/ Schoen, Harald/ Schumann, Siegfried/ Winkler, Jürgen R. (Hsg.): *Politik-Wissenschaft-Medien*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Seite 377-390
- Misik, Robert (2017): *Christian Kern. Ein politisches Porträt*. Residenz-Verlag, Salzburg-Wien
- Mitterlehner, Reinhold (2019): *Haltung. Flagge zeigen in Leben und Politik*. Ecowin Verlag, Salzburg-München
- Müller, Wolfgang C.: *Das Parteiensystem-Politische Bewegungen*. In: Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Gottweis, Herbert/ Horner, Franz (u.a.) (1997): *Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die zweite Republik*. Manz Verlag, Wien, dritte Auflage
- Müller, Wolfgang C. (2008): The Surprising Election in Austria, October 2006. IN: *Notes on Recent Elections / Electoral Studies*. 27 (2008), 151-190.
- Müller, Wolfgang C. (2004): The Parliamentary Election in Austria, November 2002. IN: *Notes on Recent Elections / Electoral Studies*. 23 (2004), 329-360.
- Müller, Wolfgang C. (2006): *Parteiensystem: Rahmenbedingungen, Format und Mechanik des Parteienwettbewerbs*. In: Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Gottweis, Herbert/ Kramer, Helmut/ Lauber, Volkmart/ Müller, Wolfgang C./ Tálos, Emmerich (Hg.) (2006): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien. Seite 269-294

- Narr, Wolf-Dieter (1973): *Zur Genesis und Funktion von Krisen - einige systemanalytische Marginalien*. In: Jänicke, Martin (Hsg.): *Herrschaft und Krise. Beiträge zur politikwissenschaftlichen Krisenforschung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, Seite 224-236
- Nehammer, Karl (2019): *Den Weg der Veränderung fortsetzen*. In: Toth, Barbara/ Hofer, Thomas (Hsg.): *Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale*. Ecwin, Salzburg-München, Seite 59-72
- Neubauer, Christian (2010): *Messung soziodemographischer Einflussgrößen auf das Wahlverhalten: Eine Analyse der drei österreichischen Nationalratswahlen 1999, 2002 und 2006*. Diplomarbeit, Universität Wien
- Nowotny, Thomas (2018): *Die notwendige Sozialdemokratie: Warum Ralf Dahrendorf irrte und was es heute braucht*. INDES (2018/3), Seite 29-44
- Pelinka, Anton (2005): *Vergleich politischer Systeme*. Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar
- Pelinka, Anton (2005): *Vom Glanz und Elend der Parteien. Struktur und Funktionswandel des österreichischen Parteiensystems*. StudienVerlag, Innsbruck, Wien, Bozen.
- Pelinka, Peter (2005): *Eine kurze Geschichte der SPÖ. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen*. Ueberreuter, München
- Pittler, Andreas (2018): *Geschichte Österreichs. 1918 bis heute*. PapyRossa Verlag, Köln
- Plasser, Fritz/ Sommer, Franz (2018): *Wahlen im Schatten der Flüchtlingskrise. Parteien, Wähler und Koalitionen im Umbruch*. Facultas, Wien
- Plasser, Fritz (2016): *The Changing Austrian Voter Today*. In: Bischof, Günter/ Karlhofer, Ferdinand (Hsg.): *Austrian Studies Today*. Contemporary Austrian Studies Volume 25, UNP Press Innsbruck University Press, Seite 171-180
- Rennwald, Line/ Evans, Geoffrey (2014): *When Supply Creates Demand: Social Democratic Party Strategies and the Evolution of Class Voting*. West European Politics (37:5), Seite 1108-1135
- Roth, Dieter (2008): *Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

- Rothenstein, Bo/ Steinmo, Sven (2013): *Social Democracy in Crisis? What Crisis?* In: Keating, Michael/ McCrone, David (Hsg.): *The Crisis of Social Democracy in Europe*. Edinburgh University Press
- Sandner, Günther (2012): *Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie*. Renner Institut, Wien
- Schoibl, Heinz (2018): *Zu Ende gedacht*. In: Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin, Seite 230-241
- Sidl, Günther (2013): *Die Transformation der österreichischen Sozialdemokratie. Die SPÖ im Spannungsfeld zwischen Tradition und neuen gesellschaftspolitischen Herausforderungen*. Dissertation Universität Wien
- Sommer, Franz (2019): *Kettenreaktionen*. In: Toth, Barbara/ Hofer, Thomas (Hsg.): *Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale*. Ecowin, Salzburg-München, Seite 181-200
- Sully, Melanie A. (1977): *The Socialist Party of Austria*. In: Paterson, William E./ Thomas, Alastair H. (Hrsg.): *Social Democratic Parties in Western Europa*. Croom Helm, London, Seite 213-233
- Toth, Barbara/ Hofer, Thomas (Hsg.) (2019): *Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale*. Ecowin, Salzburg-München
- Toth, Barbara (2019): *Einmal Ibiza und zurück*. In: Toth, Barbara/ Hofer, Thomas (Hsg.): *Wahl 2019. Strategien, Schnitzel, Skandale*. Ecowin, Salzburg-München
- Turrini, Peter (2018): *Eingemauert in Enttäuschungen*. In: Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin, Seite 277-280
- Ucakar, Karl (2006): *Die Sozialdemokratische Partei Österreichs*. In: Dachs, Herbert/ Gerlich, Peter/ Gottweis, Herbert/ Kramer, Helmut/ Lauber, Volkmar/ Müller, Wolfgang C./ Tálos, Emmerich (Hg.) (2006): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien. Seite 312-330
- Uhl, Hannes (2017): *SPÖ: Ein Wahlkampf im Krisenmodus*. In: Hofer, Thomas/ Toth, Barbara (Hsg.): *Wahl 2017. Loser, Leaks & Leadership*. ÄrzteVerlag, Wien, Seite 62-75
- Vahrner, Alois/ Zenhäuser, Mario (2019): *Der Umbau der Republik*. In: Khol, Andreas/ Karner, Stefan/ Sobotka, Wolfgang/ Rausch, Bettina/ Ofner, Günther/ Halper, Dieter

(Hsg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik 2018*. Böhlau Verlag, Wien, Köln, Weimar, Seite 191-198

Walser, Harald (2018): *Es gibt nur Richtiges im Falschen*. In: Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin, Seite 281-287

Wiencierz, Christian (2017): *Vertrauen in politische Parteien. Der Einfluss von Gesprächen über Wahlwerbung auf die Vertrauenswürdigkeit*. Springer Verlag, Wiesbaden

Zandonella, Martina/ Perloth, Flooh (2017): *Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse. Nationalratswahl 2017*. SORA Institute for Social Research and Consulting, ISA Institut für Strategieanalysen

Zandonella, Martina/ Perloth, Flooh (2017): *Wahlanalyse Nationalratswahl 2017. SORA/ISA im Auftrag des ORF*. SORA Institute for Social Research and Consulting, ISA Institut für Strategieanalysen

Zandonella, Martina/ Perloth, Flooh (2019): *Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse. Nationalratswahl 2019*. SORA Institute for Social Research and Consulting, ISA Institut für Strategieanalysen

Zandonella, Martina/ Perloth, Flooh (2019): *Wahlanalyse Nationalratswahl 2019. SORA/ISA im Auftrag des ORF*. SORA Institute for Social Research and Consulting, ISA Institut für Strategieanalysen

Zeiler, Gerhard (2019): *Leidenschaftlich rot. Darum mehr Sozialdemokratie*. Brandstätter Verlag, Wien

Zeller, Christian (2018): *Ein neokonservativer Versuch*. In: Dimmel, Nikolaus/ Schmid, Tom (Hsg.): *Zu Ende gedacht. Österreich nach Türkis-Blau*. Mandelbaum Kritik & Utopie, Wien-Berlin, Seite 294-300

Zulehner, Paul Michael (1973): *Säkularisierung von Gesellschaft, Person & Religion. Religion und Kirche in Österreich*. Herder Verlag, Wien-Freiburg-Basel

Online Quellen:

Grafik Sitze im Nationalrat 2017:

Quelle: https://www.google.com/search?q=sitze+im+nationalrat+2017&client=firefox-b-d&source=lnms&tbm=isch&sa=X&ved=2ahUKEwj1rKfmvrrAhVLpYsKHVmsBd8Q_AUoAXoECA0QAw#imgc=6jyzGm5VGtosqM, Zugriff 20.10.2020

Grafik Sitze im Nationalrat 2019:

Quelle: <https://www.vienna.at/ergebnis-der-nationalratswahl-2019-so-hat-oesterreich-gewaehlt/6368037>, Zugriff 14.6.2020

Grafik: Stadt/Land-Unterschied:

Quelle: <https://www.salzburg24.at/news/oesterreich/nationalratswahl-starke-stadt-land-unterschiede-bei-urnenwahl-76972084>, Zugriff 14.6.2020

Online-Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000058651579/viktor-klima-glueckloser-kanzler-wird-70>, Zugriff 20.10.2020

Anhänge

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Cleavages nach Lipset und Rokkan

Abbildung 2: Ergebnis Nationalratswahl 2017 (Vergleich mit 2013)

Abbildung 3: Mandatsverteilung 2017 (Veränderung zu 2013)

Abbildung 4: Ergebnis Nationalratswahl 2019 (Vergleich mit 2017)

Abbildung 5: Mandatsverteilung 2019 (Veränderung zu 2013)

Abbildung 6: Wahlverhalten nach Geschlecht 2017

Abbildung 7: Wahlverhalten nach Geschlecht 2019

Abbildung 8: Wahlverhalten nach Alter 2017

Abbildung 9: Wahlverhalten nach Alter 2019

Abbildung 10: Wahlverhalten nach formaler Bildung 2017

Abbildung 11: Wahlverhalten nach Erwerbsstatus 2017

Abbildung 12: Wahlverhalten nach formaler Bildung 2019

Abbildung 13: Wahlverhalten nach Erwerbsstatus 2019

Abbildung 14: Unterschied Stadt/Land Nationalratswahlen 2017/2019

Abbildung 15: Wahlverhalten nach Zufriedenheit mit der vorherigen Regierung 2017

Abbildung 16: Wahlverhalten nach Zufriedenheit mit der vorherigen Regierung 2019

Abbildung 17: Direktwahl BundeskanzlerIn 2017

Abbildung 18: Direktwahl BundeskanzlerIn 2019

Abbildung 19: Hauptgrund die SPÖ zu wählen 2017

Abbildung 20: Diskutierte Themen der SPÖ-WählerInnen 2017

Abbildung 21: Hauptgrund die SPÖ zu wählen 2019

Abbildung 22: Diskutierte Themen der SPÖ-WählerInnen 2019

Abstract:

Abstract (Deutsch):

In dieser Arbeit untersucht die SPÖ und ihre WählerInnen von 2016 bis heute und analysiert Gründe, warum immer weniger ÖsterreicherInnen bereit sind, ihre Stimme für die SPÖ abzugeben. Ein Rückblick auf die SPÖ über die letzten dreißig Jahre (ab 1990) leitet die Arbeit ein, da sich die Wahlergebnisse der SPÖ in diesem Zeitraum halbierten (von 42% 1990 auf 21% 2019). Die anschließende Untersuchung stützt sich auf die Daten und Grafiken des SORA Instituts for Social Research and Consulting und konzentriert sich auf die Nationalratswahlen der Jahre 2017 und 2019. Meine Forschungsfrage lautet: *Welche gesellschaftlichen und politischen Faktoren führ(t)en zu den Wahlverlusten der SPÖ in den letzten Jahren? Eine Analyse der Partei und ihrer WählerInnen von 2016 bis heute.* Für die Beantwortung dieser Forschungsfrage habe ich die WählerInnenströme der Nationalratswahlen 2017 und 2019 nach sozialdemografischen und politischen Faktoren analysiert. Hinzu kommen Analysefaktoren anhand der Cleavage-Theorie nach Lipset und Rokkan und dem „Linken Realismus“ nach Nils Heisterhagen.

Folgende Ergebnisse gehen aus meiner Analyse hervor:

- 1) Die SPÖ befindet sich in einer Krise.
- 2) Die SPÖ spricht eine ihrer ursprünglichen KernwählerInnengruppe, die ArbeiterInnen, nicht mehr an und verliert diese WählerInnen an andere Parteien.
- 3) Die SPÖ ist intern gespalten und vertritt, unter anderem bei den Themen Zuwanderung und einer möglichen Koalition mit der FPÖ, keine einheitliche Meinung.
- 4) Neoliberale Positionen prägen die Einstellungen der SPÖ-FunktionärInnen, das führt zu einer ideologischen Entfernung von der KernwählerInnenschaft.
- 5) Die SpitzenkandidatInnen repräsentieren ihre WählerInnenschaft nicht, sie werden als Elite gesehen, da sie nicht mehr aus der Parteibasis kommen.

Abstract (English):

This master thesis examines the Austrian Social Democratic Party (SPÖ) and their voters from 2016 until now. It analyses the reasons why Austrians decreasingly cast their vote for the SPÖ. The thesis opens with a retrospection of the past thirty years (starting from 1990), because the party lost much approval during this time period, receiving only half as many votes in 2019 compared to 1990. The following analysis is based on the data and the graphics of SORA Institut für Sozialforschung und Beratung and focuses on the Austrian national elections (Nationalratswahlen) of 2013 and 2019. My research question therefore is: *What are the societal and political factors that contributed to the electoral loss of the Austrian Social Democratic Party (SPÖ) during the last years? An analysis of the party and its voters from 2016 until today.* In order to answer my research question I analysed the data according to socio-demographic and political factors. Furthermore, criteria based on Lipset and Rokkan's Cleavage-theory and the concept of 'Linker Realismus' by Nils Heisterhagen are used.

The most important outcomes of my analysis are the following:

- 1) The Austrian Social Democratic Party (SPÖ) is in a crisis.
- 2) The SPÖ fails to address their electoral basis, the blue collar workers and they wander off to vote for others.
- 3) The SPÖ and their members are thematically divided. This especially concerns the issues of migration and a potential coalition with the Austrian Freedom Party (FPÖ). There is no unitary position in the SPÖ.
- 4) Neoliberal positions dominate the politics of the party and the members. This tends to result in a separation of the party members and the electoral basis.
- 5) Top candidates of the SPÖ do not represent their voters, they are viewed as an elite because they do not come from their electorate any more.